

Schicksalstag einer Präsidentin

Machtpoker bis zum Schluss: Ob Ursula von der Leyen im Amt bleibt oder nicht, entscheidet das EU-Parlament heute Mittag in Straßburg

3



Sie braucht mindestens 361 Stimmen: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) Foto: dts Nachrichtenagentur/imagoe

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten ist ja naturgemäß parteiisch, wenn an Verboten rumgenörgelt wird. An Verboten hat *verboten* logischerweise nie was auszusetzen. Auch nicht an dem gerade besonders umstrittenen Verbot von

Elsässers Flammkuchen.

Kommentar von Kersten Augustin zum Haushalt 2025

Grüne ohne Sicherung

Das Kabinett hat den Bundeshaushalt beschlossen, den letzten. Nun wird erkennbar, mit welchem Nachlass die Parteien der Koalition in den Wahlkampf ziehen, der nach den Landtagswahlen im Herbst beginnen wird.

Die Grünen sind mit ihrem zentralen Projekt, Kindergrundsicherung, gescheitert. Aus einer großen Reform, die „Kinder aus der Armut holen“ sollte und für das die Ministerin erst 5.000 Stellen und 12 Milliarden Euro forderte, ist eine Website geworden. Dort sollen Eltern prüfen können, auf welche Leistungen sie Anspruch haben.

Familienministerin Lisa Paus mag das abstreiten, die Details sind tatsächlich komplex. Aber erfolgreiche Politik lebt auch von Vereinfachung. Zur Fairness gehört, dass das Scheitern der Kindergrundsicherung nicht allein den Grünen zuzuschreiben ist. Die deutsche Bürokratie ist ein

Monster, Kinderarmut ein Versagen mehrerer Politiker-Generationen. Und der Koalitionspartner SPD hatte kein Interesse, dass sich die Grünen mit dem Thema profilieren. All das wussten die Grünen, als sie die Kindergrundsicherung ins Zentrum ihrer Sozialpolitik stellten. Es waren die Grünen, die aus Proporz eine kaum bekannte Finanzpolitikerin auf eine Stelle setzten, in der es auch um mediale Vermittlung geht. Eine ihrer Vorgängerinnen, Franziska Giffey, erfand das Gute-Kita-Gesetz. Bei der Kindergrundsicherung weiß bis heute niemand, was damit gemeint ist.

Sozialpolitische Verbesserungen sind mühsam und schwer zu vermitteln. Gerechtigkeit ist ein schwieriges Geschäft, das erfahren gerade nicht nur die Grünen. Alle sagen zwar, sie hätten gern mehr davon. Aber was gerecht ist, ist umstritten. Das muss auch die SPD erfahren. Jahrelang erzählte sie sich selbst, dass sie Hartz IV reformie-

ren müsse, um wieder erfolgreich zu sein. Aber als sie dann das Bürgergeld einführte, war es auch wieder falsch. Jetzt werden Sanktionen gegen Arbeitslose wieder verschärft, und vom Bürgergeld bleibt nur der neue Name.

Politisch erfolgreich sind einfache Ziele: Olaf Scholz wird mit der Forderung nach 15 Euro Mindestlohn in den Wahlkampf ziehen. Und mit dem Bundeshaushalt wird das Kindergeld um 5 Euro per Gießkanne erhöht. Das ist zwar sinnlos, sieht aber jede auf ihrem Konto.

Die Grünen wollten mal eine Partei für alle werden. Die Kindergrundsicherung sollte diesen Anspruch untermauern. Zusammen mit dem Streit um das Heizungsgesetz stehen sie am gefühlten Ende dieser Legislatur als Klientelpartei da. Keine leichte Ausgangsposition für den Kanzlerkandidaten Robert Habeck.

6



Foto: dpa

Der Stille unter den Scherben
Gitarrist und Komponist von Ton Steine Scherben: Nachruf auf R. P. S. Lanrue 17

Nach dem Verbot
„Compact“ verschwindet aus den Regalen, die Debatten gehen weiter 2, 12

„Erniedrigungen und Schläge“
Schwere Vorwürfe: Palästinenser über Haft in israelischen Gefängnissen 4-5

steile these

„Das iranische Wahlergebnis lässt die sanfte Hoffnung zu, dass die Machthaber umdenken“

Bahman Nirumand, Iran-Kenner

12

Die taz wird ermöglicht durch

23.392

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de

Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de

taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz

Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

Ausgabe Berlin Nr. 13418
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland
4 190254 802805
4 0629



Estlands Ministerpräsident in spe **Kristin Michal** steht vor Dilemma

Es sei ein offenes Geheimnis, dass er den Job schon lange wollte. „Seine Ernennung bezeichnen viele seit Jahren als unausweichlich“, schreibt das estnische Nachrichtenportal *Postimees*. Die Rede ist von Kristen Michal, voraussichtlich nächster Ministerpräsident Estlands. Vor einigen Tagen hat er sich in die Niederungen der Regierungsbildung begeben. Nötig geworden war dieser Schritt, weil seine Vorgängerin Kaja Kallas sich anschickt, den Chefdiplomaten der EU, Josep Borrell, zu beerben.

Der 48-jährige gebürtige Tallinner, der als äußerst zielstrebig, gut organisiert und ambitioniert beschrieben wird, schloss ein Studium der Sozialwissenschaften ab und legte auch noch einen Master der Universität Tallinn in Jura nach. Seine politische Karriere startete Michal, Reserveoffizier der estnischen Streitkräfte und verheirateter Vater dreier Söhne, 1996. Da trat er in die liberale Reformpartei ein, die aktuell in einer Koalition mit den Sozialdemokraten und der ebenfalls liberalen *Eesti 200* die Regierungsgeschäfte führt. 2005 wurde er ins estnische Parlament (*Riigikogu*) gewählt, dem er auch in der Zeit von 2012 bis 2015 angehörte.

Am 6. April 2011 wurde Michal zum Justizminister ernannt. Das Intermezzo währte jedoch gerade einmal 20 Monate, weil der sogenannte Plastikbeutel-Skandal dazwischenkam. Bei diesem ging es um Geldwäsche und illegale Parteienfinanzierung – dubiose strafbewährte Betätigungen, in die auch Michal verwickelt gewesen sein soll. Er musste schließlich zurücktreten. 2015 wurden die Vorwürfe jedoch aus Mangel an Beweisen fallen gelassen. Offensichtlich haben viele Est*innen diese Ereignisse jedoch nicht vergessen. Laut einer aktuellen Umfrage des estnischen Unternehmens Kantar Emor antworteten auf die Frage, ob sie Michal vertrauten, nur 7 Prozent der Befragten mit Ja.

Seine Parteikolleg*innen waren offensichtlich schon damals weniger zimperlich. Denn die unschöne Episode tat dem Fortkommen Michals, der außer seiner Muttersprache Estnisch auch noch Englisch, Finnisch, Deutsch und Russisch spricht, keinen Abbruch. Von 2015 bis 2016 stand er dem Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur vor, seit Mai 2023 war er Minister für Klimafragen – das Ministerium musste er von Grund auf neu aufbauen. Ende Juni wurde Michal auf einer Pressekonferenz gefragt, welches seine Stärken seien, die ihn von Kaja Kallas unterscheiden. Antwort Michal: Jede/r Regierungschefin habe einen eigenen Stil, aber er könne von allen seinen Vorgänger*innen viel lernen. Er werde versuchen, sein Ding durchzuziehen.

Doch das dürfte so einfach nicht werden, steht doch der Neue vor einem veritablen Dilemma. Einerseits steht auch für Michal vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine die „Sicherheit Estlands“ ganz oben auf Prioritätenliste. Hinzu kommen Hilfen für die Ukraine, die nicht zur Disposition stehen. Beides zusammen erfordert jedoch eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben (schon jetzt 3,43 Prozent des BIP), was auch durch eine zeitlich befristete Kriegssteuer für alle finanziert werden soll. Andererseits weist der estnische Staatshaushalt ein Defizit auf. Schon jetzt hat Michal seine Landsleute auf Einsparungen eingeschworen, was bei vielen nicht gut ankommt.

Ihm in die Quere kommen könnte auch Staatschef Alar Karis. Der will sich künftig mehr in die Innenpolitik einmischen. Was das heißt, war im Juni zu beobachten. Da weigerte sich Karis, ein Gesetz über die Besteuerung von Autos zu verkünden, da dieses angeblich gegen die Verfassung verstoße. *Barbara Oertel*

Da muss man nicht zwischen den Zeilen lesen: Eine Mitarbeiterin einer Bahnhofsbuchhandlung nimmt eine Ausgabe des Magazins „Compact“ aus dem Sortiment. Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Debatte über Verbot

Nach dem Vorgehen des Bundesinnenministeriums gegen das rechtsextreme „Compact“-Magazin wird weiter über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme diskutiert

Von **Jean-Philipp Baeck**

Während Jurist*innen über die Verhältnismäßigkeit des Verbots des *Compact*-Magazins diskutieren, meldet die Branche Vollzug: Der Pressegroßhandel stoppte die Belieferung von Supermärkten und Tankstellen, Ebay nahm Artikel von der Plattform, das Video-Portal Youtube sperrte zwei Kanäle, wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet.

Das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) hatte das rechtsextreme Magazin am Dienstag verboten. Seit 2021 gilt *Compact* laut Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“. Die erste Ausgabe erschien 2010, zuletzt lag die Auflage bei rund 40.000 Exemplaren.

Chefredakteur Jürgen Elsässer hatte sich immer wieder deutlich geäußert. 2023 schrieb er auf der *Compact*-Webseite: „Wir wollen dieses Regime stürzen. Wir machen keine Zeitung, indem wir uns hinter den warmen Ofen oder den Computer verziehen und irgendwelche Texte wie eine Laubsägenarbeit auf den Markt bringen. Sondern das Ziel ist der Sturz des Regimes.“ In Texten wurde gegen Geflüchtete gehetzt und sich antisemitisch und verschwö-

rungs-ideologisch etwa über die „Hochfinanz“ oder „Globalisten“ beklagt. *Compact* war in der rechtsextremen Szene stark vernetzt, mit Verbindungen zu Verschwörungsideologen, zur Identitären Bewegung, zu Pegida, der Kleinpartei Freie Sachsen und einer besonders großen Nähe zur AfD.

Im demokratischen Spektrum herrschte in der Bewertung des Magazins denn auch weitgehende Einigkeit. Ein Sprecher der Amadeu Antonio Stiftung betonte die Rolle von *Compact* für den Aufstieg der AfD – „auch aufgrund der internationalen Vernetzung mit Antidemokraten in Russland oder den USA“. Das brandenburgische Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus erklärte, es sei „richtig, hier alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten auszuschöpfen“.

Aus den Parteien kam Unterstützung für das Verbot etwa von der Juristin und Vize-Chefin der Unionsfraktion, Andrea Lindholz (CSU), von Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) sowie vom Grünen-Parteivorsitzenden Omid Nouripour. Die Linken-Politikerin Martina Renner forderte zu *Compact* noch weitere Aufklärung, „über die Finanzierung aus dem Ausland und verdeckte Geldflüsse an die AfD“.

Kontroverser verläuft die verfassungsrechtliche Debatte. Für die grüne Medienstaatsministerin Claudia Roth umfasse die Pressefreiheit „völlig zu Recht einen großen Schutzbereich“. Wenn diese jedoch dafür missbraucht werde, aggressiv-kämpferisch gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorzugehen, seien ganz klar Grenzen überschritten. Anders sieht es FDP-Vize und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki, der befürchtet, dass das Verbot gerichtlich aufgehoben werden könnte.

Vereinsverbote hatten vor dem Bundesverwaltungsgericht meistens bestanden. Nach taz-Informationen enthält die 79 Seiten lange Begründung zur Verbotsverfügung auch eine mehrseitige Abwägung des Verbots gegenüber der Pressefreiheit. Insgesamt argumentiert das Innenministerium, *Compact* sei weniger Pressepublikation als politische Organisation, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet.

Compact ist nicht der einzige Fall, in dem ein Presseorgan über das Vereinsrecht verboten wurde. Das Bundesinnenministerium verweist auf das Verbot der Neonazi-Internetplattform Altermedia im Jahr 2016, der linksradikalen Internetplatt-

form Linksunten. *Indymedia* im Jahr 2017 und der Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH im Jahr 2019. Alle drei Verbote haben Bestand. Dem Mezopotamien Verlag wurde vorgeworfen, die PKK zu unterstützen. Das Verbot war rechtmäßig, entschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2022.

Der Verfassungsrechtler David Werdermann hingegen meint, das Innenministerium missbrauche für das Verbot von *Compact* das Vereinsrecht. Werdermann ist Verfahrenskoordinator der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Er hält das Verbot für „wahrscheinlich rechtswidrig“ und mahnt zur Verhältnismäßigkeit. Verfassungsfeindliche Beiträge in der Zeitung können nicht ohne Weiteres einer Redaktion oder dem Verlag zugerechnet werden. Erst müsse versucht werden, gegen konkrete Beiträge vorzugehen, „bevor ein ganzes Medium plattgemacht wird“, erklärte der Jurist.

Auch der Oldenburger Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler sieht in dem Verbot einen Verstoß gegen die Verfassung. Selbst ein Aufruf zu Mord würde nach seiner Überzeugung kein Verbot des Verlages und einer Publikation als ganze rechtfertigen.

meinung + diskussion 12



Aussage im Wirecard-Prozess

Chefbuchhalter des zusammengebrochenen Finanzdienstleisters bricht Schweigen

Aus München **Patrick Guyton**

Eineinhalb Jahre hat der dritte Angeklagte im Münchner Wirecard-Prozess stoisch geschwiegen. Am Dienstag nun hat Stephan von Erffa mit seiner vorbereiteten Aussage begonnen. In vielen Worten und Sätzen kommt vor allem eine klare Botschaft durch: Von Erffa, in Medien immer wieder als „Chefbuchhalter“ tituliert, will von keinem Betrug bei dem zusammengebrochenen Zahlungsdienstleister gewusst haben. Er will nicht Mitglied der „Bande“ gewesen sein, die sich laut Anklage aus ihm als dem Mann der Zahlen, dem Ex-Vorstandschef Markus Braun sowie dem in Dubai ansässigen und für das Asien-Geschäft zuständigen Oliver Bellenhaus gebildet hat.

Dem Trio wirft die Staatsanwaltschaft München in dem nun schon seit mehr als eineinhalb Jahren lau-

fenden Verfahren vor, das Geschäft auf dem asiatischen Markt mit Tricksereien weitgehend erfunden zu haben, um das Unternehmen damit künstlich aufzublähen. Nach dem Zusammenbruch Wirecards Ende Juni 2020 fehlten in den Büchern ausgewiesene 1,9 Milliarden Euro. Die Ermittler gehen von einem mutmaßlichen Betrug über 3,1 Milliarden Euro aus, die Aktionäre haben 20 Milliarden verloren.

Stephan von Erffa reiht in einer unendlichen Kaskade Sätze aneinander wie: „Für strategische Entscheidungen war stets der Vorstand zuständig.“ – „Viele Themen waren mir unbekannt.“ Oder: „Inhaltliche Prüfungen wurden von mir nicht erwartet.“ Gleich zu Beginn gibt er sein „tiefes Bedauern“ zum Ausdruck, dass es auch in seiner Abteilung zu „Fehlern“ gekommen sei. Er selbst habe sich aber „zu keinem Zeitpunkt“ finanziell berei-

chert, sondern nur sein reguläres Gehalt bezogen.

„Ein Geständnis habe ich bisher nicht gehört“, sagt ein Gerichtssprecher während einer Verhandlungspause. Von Erffas Aussage waren Verständigungsgespräche zwischen ihm, der Gericht und der Staatsanwaltschaft vorausgegangen. Für ein vollumfängliches Geständnis der ihm vorgeworfenen Taten wurde ihm eine Strafe von sechs bis acht Jahren Haft zugesichert. Ansonsten wären wohl bei einer Verurteilung um die zehn Jahre möglich.

Bislang sieht es überhaupt nicht danach aus, dass von Erffa – übrigens ein Cousin der AfD-Politikerin Beatrix von Storch – im Sinne der Anklage eine Mitschuld gesteht. „Ich kann nur von vielen Jahren Schreibtisch in Aschheim erzählen“, sagt er. In der Gemeinde bei München war die Wirecard-Zentrale.

taz **lage**

Kulturwechsel

Die taz-„kultur“ bekommt eine neue Führung: Dirk Knipphals (60) übernimmt zum 1. August die Ressortleitung des Feuilletons (wie es anderswo heißt) der taz. Andreas Fanizadeh (61) wechselt nach 17 Jahren als Ressortleiter in die Stellung eines kulturpolitischen Chefkorrespondenten.

Fanizadeh hat das politische Feuilleton der taz seit 2007 entscheidend geprägt. Als Blattmacher hat er daran mitgewirkt, die Kulturseiten der taz auf einen magazin- und wochenzeitungstauglichen Kurs zu bringen. Künftig wird er mehr Zeit für seine Autorentätigkeit erhalten, um kulturpolitische Diskurse in der taz abbilden zu können. Ebenso wird er regelmäßig taz-talks zu aktuellen Kulturthemen im Salon-Format veranstalten und moderieren.

Fanizadehs Schwerpunkte liegen in der Verknüpfung internationaler und nationaler Themen ebenso wie auf kulturpolitischen Debatten, die sich genreübergreifend in den verschiedenen Formaten und Medien der „Schönen Künste“ verbergen. Die Geschichte der künstlerischen Avantgarden und des deutschen Linksradikalismus gehören zu seiner Expertise ebenso wie die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zuletzt schrieb Fanizadeh vertieft über die Ansprüche auf Rückgabe alter Schätze und Schlösser, die das letzte deutsche Kaiserhaus gegen den Staat hegt. Intensiv beschäftigte er sich auch mit Debatten in Kunst und Wissenschaft um Fragen von Meinungsfreiheit und kolonialer Kontinuität. *(taz)*



Von der Leyens Eiertanz

Das Werben der Konservativen um Melonis Rechte verärgert die Grünen. Das könnte von der Leyen am Donnerstag die Wiederwahl zur Kommissionspräsidentin kosten

Aus Straßburg **Eric Bonse**

Ursula von der Leyen stand auf keinem Wahlzettel. Und nur knapp ein Drittel der Wähler haben ihrer konservativen Parteienfamilie bei der Europawahl im Juni die Stimme gegeben. Dennoch will sich die CDU-Politikerin am Donnerstag im Europaparlament in Straßburg wieder zur Präsidentin der EU-Kommission wählen lassen – mit Stimmen aus allen Lagern, ohne feste Koalition oder klares Programm.

Kann das gut gehen? Werden vage Versprechen, die von der Leyen allen Parlamentsfraktionen in nicht öffentlichen Hinterzimmergesprächen gemacht hat, für die Wiederwahl reichen? Das fragen sich nicht nur die zahlreichen Kritiker – von Martin Sonneborn (Die Partei) bis hin zu Fabio De Masi (BSW), die von der Leyen wegen ihrer nicht aufgeklärten Affären und umstrittenen Deals attackieren.

Zweifel hat auch Daniel Freund. Der deutsche Grünen-Abgeordnete hat gegen die Kommission vor dem höchsten EU-Gericht geklagt, weil diese 10 Milliarden Euro an Ungarn ausgezahlt hatte – trotz ungelöster Rechtsstaats-Probleme unter Regierungschef Viktor Orbán. Freund und die Grünen wollen dennoch – zusammen mit der konservativen EVP, den Sozialdemokraten und den Liberalen – für von der Leyen stimmen. Man müsse abwägen und eine proeuropäische Mehrheit sichern, sagte Freund der taz. Schließlich stehe angesichts von Donald Trump und Wladimir Putin viel auf dem Spiel. Doch ob das reicht, um die notwendigen 361 Stimmen zu holen, ist unklar. Und ganz

sicher ist die Zusage der Grünen noch nicht.

Die Entscheidung könnte in letzter Minute fallen: Nach der Regierungserklärung, die von der Leyen am Donnerstagvormittag in Straßburg hält, „Klimaschutz und Verteidigung europäischer Werte müssen dort eine zentrale Rolle spielen, um uns Grüne zu überzeugen“, so Freund – und fügt warnend hinzu: „Es dürfte eng werden.“

Dabei hätte diese Zitterpartie nicht sein müssen. „Ein klarer Bekenntnis zu einer Vierkoalition mit den Grünen hätte schnell für stabile Mehrheiten gesorgt“, gibt sich Freund kämpferisch. Doch die EVP und ihr bayerischer Chef Manfred Weber (CSU) wollten kein formelles Bündnis mit den Grünen.

Weber will sich alle Optionen offen halten – sogar mit den Rechten. Im Wahlkampf hatten von der Leyen und Weber um die rechtskonservativen Europäischen Konservativen und Reformer der italienischen Postfaschistin Giorgia Meloni geworben.

Doch je mehr Zugeständnisse die deutsche Kandidatin den italienischen Rechten macht, desto größer wird der Widerstand im linken und liberalen Lager. Sozialdemokraten und Liberale haben von der Leyen vor einem Pakt mit den Rechten gewarnt – im Zweifel könnten sie gegen sie stimmen.

Es ist ein wahltaktischer Eiertanz, den die Konservativen kurz vor der entscheidenden Abstimmung aufführen. Ihr Verhalten ist aber nicht nur demokratietheoretisch fraglich. Es ist auch ein großes Risiko. Denn die Wahl ist geheim – wer will, kann von der Leyen unerkannt eins auswi-

schen. Rund 10 Prozent der Abgeordneten werden dies erfahrungsgemäß tun. Einen Fraktionszwang gibt es auch nicht, was die Unsicherheit vergrößert. Vor allem gibt es keine zweite Chance. Wenn von der Leyen im ersten Wahlgang scheitert, ist es vorbei. Dann ist sie endgültig durchgefallen und muss ihr Brüsseler Amt im Herbst abgeben. So sehen es die Regeln des Europaparlaments vor. Bei einer Wahlpleite müssten die Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel einen neuen Kandidaten präsentieren – doch wen?

Sozialdemokraten und Liberale haben von der Leyen vor einem Pakt mit den Rechten gewarnt

Erinnerungen an 2019 werden wach. Damals hatten sich die EU-Chefs über das Parlament hinweggesetzt und den Wahlsieger Weber – er war seinerzeit selbst Spitzenkandidat – ausgebootet. An seiner Stelle wurde von der Leyen nominiert, obwohl sie sich nicht mal für Brüssel beworben hatte; nur das CDU-Parteibuch sprach für sie. Am Ende stimmte das Europaparlament zu – mit dem denkbar knappen Ergebnis von 9 Stimmen Mehrheit.

Wie wird das Parlament diesmal reagieren? Auch diese Frage spielt am Donnerstag in Straßburg eine Rolle. In letzter Minute ist noch ein weiterer Stressfaktor hinzugekommen: Das Urteil des EU-Gerichts zu den umstrittenen Corona-Impfstoffverträ-

gen, die von der Leyen 2020 und 2021 unter größter Geheimhaltung geschlossen hatte. Grüne Europaabgeordnete haben auf Offenlegung der Verträge geklagt – und weitgehend recht bekommen. Die EU-Kommission habe nicht ausreichend Zugang zu Dokumenten gewährt, entschieden die Richter in Luxemburg.

Es ist ein herber Schlag für von der Leyen, die sich persönlich in die Impfstoff-Beschaffung eingeschaltet hatte. Er könnte unentschiedene Abgeordnete dazu bewegen, mit Nein zu stimmen – zumal die EU-Kommission wieder einmal mauert. Man habe das Urteil „zur Kenntnis genommen“ und fühle sich in der Sache bestätigt, erklärte von der Leyens Chefsprecher Eric Mamer. Dass seine Chefin etwas falsch gemacht haben könnte und dass es womöglich besser wäre, den Fehler zu korrigieren, kam ihm nicht in den Sinn.

Daraufhin erklärte Fabio De Masi, der auf hartem Oppositionskurs ist: „Frau von der Leyen bekommt einen Tag vor der Wahl vom Gerichtshof der EU bescheinigt, in der Pfizer-Affäre gegen EU-Recht verstoßen zu haben“, so der BSW-Politiker. „Frau von der Leyen sollte auf eine Kandidatur verzichten.“

Das wird sie gewiss nicht tun. Doch die Stimmung ist nun noch aufgeheizter. In Straßburg haben die vielleicht wichtigsten Stunden der Parlamentsgeschichte begonnen – von der Leyens Schicksal steht auf der Kippe. Und das der EU auch. Wenn es schiefliegt, stürzt sie erneut über eine Europawahl in die Krise – wie vor fünf Jahren. Die Wunden sind bis heute nicht verheilt.

Haben sich seit 2022 immer mehr angenähert: Meloni (l.) und von der Leyen
Foto: Dursun Aydemir/Anadolu Agency/picture alliance

Für Entwarnung ist es zu früh

Zerstritten und zersplittert: Im neuen Europaparlament spielen die Rechten keine große Rolle. Doch das kann sich noch ändern

Aus Straßburg **Eric Bonse**

Der „Cordon sanitaire“ – die europäische Brandmauer gegen rechts – hält. Bei der Verteilung der wichtigsten Posten im neu gewählten Europaparlament in Straßburg sind die Rechtsradikalen und Nationalisten leer ausgegangen. Sie konnten keine großen Parlamentsausschüsse übernehmen und haben nur einen Vizepräsidenten ergattert.

Zwar wird mit Antonella Sberna künftig auch ein Mitglied der rechtsradikalen Fratelli d'Italia die mit großer Mehrheit wiedergewählte Parlamentspräsidentin Roberta Metsola vertreten. Mehr als ein Achtungserfolg für Italiens postfaschistische Regierungschefin Giorgia Meloni, die die Fratelli leitet, ist das aber nicht. Von einer zentralen Rolle in der EU ist Meloni, anders als erwartet, weit entfernt. Vor der Europawahl war die machtbewusste Italienerin oft als „Königsmacherin“ beschrieben worden. Denn EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte offen um Meloni und die Stimmen ihrer rechten Parteifreunde im Europaparlament geworben.

Doch die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), die Meloni anführt, sind nur die viertgrößte Fraktion im neuen Parlament geworden. Auf Platz drei hat sich die neue Fraktion der Patrioten für Europa geschoben, in der Frankreichs Nationalistenführerin Marine Le Pen und Ungarns Rechtspopulist Viktor Orbán den Ton angeben.

Die EKR ist nicht mehr so wichtig; selbst als Mehrheitsbeschafferin für von der Leyen wird sie bei der entscheidenden Abstimmung am Donnerstag wohl nicht mehr gebraucht. Denn diese Rolle haben die Grünen übernommen – sie haben sich dem Wahlbündnis für von der Leyen angeschlossen, um eine Mehrheit auch ohne die Rechten zu sichern.

Praktisch bedeutungslos ist die AfD und ihre in letzter Minute aus dem Boden gestampfte Fraktion Europa der Souveränen Nationen (ENS). Fraktionschef René Aust (AfD) gebietet lediglich über 25 Abgeordnete aus rechtsextre-

Von einer zentralen Rolle in der EU ist die machtbewusste Giorgia Meloni mit ihren rechtsradikalen Fratelli d'Italia weit entfernt

men Klein- und Kleinstparteien. Aus Sicht der anderen beiden Rechts-Fraktionen ist er das (entbehrliche) dritte Rad am Wagen.

Es wäre allerdings falsch, die zersplitterte Rechte völlig abzuschreiben. Zum einen ist sie stärker denn je: Nimmt man alle drei Fraktionen zusammen, so erreichen sie mit 187 Abgeordneten fast so viele wie die seit Jahrzehnten tonangebende Europäische Volkspartei (EVP) um von der Leyen (188). Sie hängen auch die Liberalen ab, die mit 53 Parlamentariern nur noch die fünftgrößte Fraktion bilden (früher war Renew die Nummer drei).

Zum anderen ist nicht auszuschließen, dass sich die bisher fast lehrbuchmäßig verfeindeten, weil national dominierten Fraktionen – EKR für Italien, Patrioten für Frankreich und ENS für Deutschland – irgendwann doch noch vereinen. Eine „nationalistische Internationale“ klingt zwar paradox, ist aber durchaus noch möglich.

Außerdem sind die Rechten nicht nur im Europaparlament stärker geworden, sondern auch in den EU-Staaten. In Italien, den Niederlanden und Kroatien sind Rechtsextreme sogar an der Regierung beteiligt – dort hat der „Cordon sanitaire“ nicht gehalten. In Den Haag pakieren die Liberalen mit den Rechten, in Kroatien die EVP.

„Die Mitte hält“, haben die proeuropäischen Parteien nach der Europawahl erleichtert ausgerufen. Doch in vielen Ländern franzt die Mitte bedenklich aus. Und die Europapolitik wird nicht nur im EU-Parlament gemacht, sondern auch im Rat, der Vertretung der 27 EU-Staaten. Dort könnten die Rechten auch Einfluss auf die Gesetzgebung bekommen.

Für Entwarnung ist es also zu früh – auch wenn der „Cordon sanitaire“ im neuen Europaparlament hält.

europäische union

Das Gefängnis Ofer im Westjordanland: Nach Angaben der israelischen NGO HaMoked hält Israel in seinen Gefängnissen derzeit über 3.300 Menschen in Administrativhaft fest
Foto: Debbie Hill/ UPI Photo/imagio



Unrecht hinter Gittern

Nach dem 7. Oktober wurden vermehrt Palästinenser festgenommen. Sie berichten von Gewalt und unmenschlichen Bedingungen in israelischen Gefängnissen. Zwei Ex-Häftlinge erzählen

Aus Bethlehem und Gaza-Stadt **Lisa Schneider** und **Sami Ziara**



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des **Recherchefonds Ausland e. V.**
taz.de/auslandsrecherche

Als Munther Amira im israelischen Gefängnis Ofer im Westjordanland ankommt, rechnet er mit dem Prozess, den er bereits kennt: Die Sicherheitskräfte unternehmen einen Sicherheitscheck, der Gefangene muss seine Hose und sein Shirt ausziehen. Amira, ein bekannter Aktivist aus dem Aida Camp in Bethlehem setzt sich schon seit Jahrzehnten gegen die israelische Besatzung seiner Heimat ein – immer frei von Gewalt, das ist ihm wichtig, betont er. Trotzdem wurde er in der Vergangenheit festgenommen, Amnesty bezeichnete ihn damals als politischen Häftling. „Doch diesmal war es anders“, sagt Amira. Und erzählt so gefasst und ruhig, fast monoton, als sei diese Geschichte nicht seine eigene, sondern die eines Bekannten: Die Soldaten fordern ihn auf, auch die Unterhose auszuziehen. Er weigert sich. „Ich sagte ihnen: Ihr könnt mich auch überprüfen, ohne dass ich meine Unterwäsche ausziehe“. Die Widerworte verhallen, die Sicherheitskräfte schlagen ihn, ziehen sie ihm mit Gewalt aus. „Es ist ein Moment von großer Aggressivität, wenn man nackt ist und jemand einen anfasst.“

Sie fordern ihn auf, das Bein zu heben, dann das andere, die Arme – hoch, runter. Dann holen sie einen Metalldetektor, ein kleines in der Hand zu haltendes Gerät, das auch bei Sicherheitschecks am Flughafen verwendet wird. „Sie haben angefangen damit zu spielen“, sagt er und zeigt auf seinen Intimbereich. „Da habe ich gelernt, was sexuelle Belästigung ist und was es bedeutet, gegen seinen Willen berührt zu werden.“ Er pausiert lange, und lässt den Blick durch den Raum schweifen. Im Hintergrund summt die Klimaanlage. Schließlich sagt er: „Es fällt mir schwer, zu verstehen, warum sie das tun.“

Nach dem 7. Oktober beginnt im Westjordanland eine Welle von Festnahmen. Nach Angaben der israelischen Nichtregierungsorganisation HaMoked, die sich für die Rechte von Palästinensern einsetzt, hält Israel in seinen Gefängnissen derzeit über 3.300 Menschen in Administrativhaft fest. Wenn Menschen in Administrativhaft genommen werden, müssen sie noch kein Verbrechen begangen haben. Die Befürchtung, dass sie es in Zukunft tun könnten, reicht aus. Wie genau die Behörden – im Fall des Westjordanlandes das Militär – das begründen, bleibt geheim, sogar vor den Gefangenen selbst. Theoretisch liegt die Maximaldauer der Administrativhaft bei sechs Monaten, sie kann aber immer wieder verlängert werden.

Viele von den Gefangenen wurden nach dem Angriff der Hamas auf Israel im vergangenen Herbst festgenommen – und einer von ihnen war von Mitte Dezember bis Ende Februar 2024 Munther Amira. Auch in Gaza verhaftet das israelische Militär vermehrt Gefangene. Wie viele es genau sind, ist kaum nachzuvollziehen. Im Verlauf des

Krieges werden immer wieder Bilder von bis auf die Unterhose entblößten, in Reihen auf dem Boden sitzenden, gefesselten Männern öffentlich.

Die Gefangenen aus Gaza und dem Westjordanland landen schließlich entweder in temporären Haftanstalten, in dem durch eine Recherche von CNN bekannt gewordenen Militärcamp Sde Teiman in der Wüste Südisraels. Oder in den Gefängnissen des Israeli Prison Service (IPS) in Israel und dem Westjordanland, so wie Amira. Gemein ist beiden: Wieder entlassene Gefangene sowie Zivilorganisationen prangern systematische Menschenrechtsverstöße an – Gewalt, Hunger, Folter. Auch Amira erhebt schwere Vorwürfe gegen die Soldaten, die ihn festnahmen, gegen die Beschäftigten des Gefängnisses Ofer und gegen das israelische Gefängnisystem selbst. Seine Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen, sie decken sich aber mit Berichten weiterer Gefangener in verschiedenen Medien, sowie mit den Angaben von diversen Nichtregierungsorganisationen.

Als die Soldaten ihn in seinem Haus in Bethlehem festnehmen, sei seine 19-jährige Tochter bei ihm gewesen, erzählt er. Die Soldaten hätten sie in ein anderes Zimmer gebracht. Den beiden Söhnen – der eine erst dreizehn Jahre alt – hätten sie Handschellen angelegt, die beiden ebenfalls aus

Wenn Menschen in Administrativhaft genommen werden, müssen sie noch kein Verbrechen begangen haben. Ein Verdacht reicht

dem Raum geschafft. Auch sein Bruder, der ein paar Häuser weiter lebt, wird zunächst festgenommen, erzählt er. Eine Verwechslung mit ihm selbst. Die Soldaten, sagt er, hätten ihn und seinen Bruder geschlagen und misshandelt. Schließlich fotografierten die Soldaten ihn – und warteten, bis eine Bestätigung kommt. „Das ist er, sagten sie.“

Mit gefesselten Händen und verbundenen Augen, sagt Amira, beginnt die Fahrt. Einmal halten die Soldaten an: „Sie haben mir gesagt: Wir werden deinen Traum wahr werden lassen. Ich frage: Welcher Traum? Sie sagen: Du wolltest doch ein Shaheed, ein Märtyrer, sein!“ Dann habe er geantwortet, dass das nicht stimmt. Und sagte: „Ich bin ein Friedensaktivist, ich bin nicht bewaffnet.“ Sie antworten: „Wir bringen dich nach Gaza.“ Dann habe er Panik bekommen. Wohin die Fahrt tatsächlich führe, habe er nicht gewusst. Nach drei Tagen Zwischenstation in einem Gefängnis in der



Mitte November 2023 will er den Netzarim-Korridor passieren. Diese vom israelischen Militär kontrollierte Passage verläuft horizontal durch Gaza hindurch, südlich von Gaza-Stadt. Wer von Nord- nach Süd Gaza fliehen will, wozu das israelische Militär die Bewohnenden von Gaza-Stadt Mitte Oktober aufforderte, muss durch ihn hindurch. In dem Korridor wird er festgenommen, erzählt er. Warum, wisse er bis heute nicht. Von seiner Festnahme im November bis zu seiner Entlassung im Frühling habe man ihm keinen einzigen Anklagepunkt genannt. Auch Amira weiß bis heute nicht, was genau ihm denn nun eigentlich vorgeworfen wird.

Dazu befähigt ist Israel nach Angaben von Addameer – einer palästinensischen Nichtregierungsorganisation, die Gefangene unterstützt und deren Behandlung dokumentiert – durch drei verschiedene Gesetze: Für die Gefangenen aus dem besetzten Westjordanland gilt Militärrecht, das die Anwendung von Administrativhaft erlaubt. Für Gefangene aus Gaza gilt ein Gesetz, das es Israel ermöglicht „unrechtmäßige Kämpfer“ festzunehmen und festzuhalten. Auch israelische Staatsbürger können im derzeit im Notstand geltenden Gesetz in Administrativhaft genommen werden. Laut *Haaretz* wurden seit dem 7. Oktober aber nur 10 jüdische Israelis in Administrativhaft genommen.

Ein Bild von vor der Festnahme zeigt Muhammad als Mann in den 30ern, mit sorgfältig gestutztem Bart, vollen Wangen und dünner werdendem, vorteilhaft gestyltem Haar über der Stirn. Heute sieht er viel schmaler aus, mit Schatten unter den Augen. Aus Ofer kehrt er nach Gaza in ein Zelt zurück, in eine der humanitären Zonen südlich des Netzarim-Korridors, wo sich viele Geflüchtete aus ganz Gaza heute ballen.

Nachdem die Soldaten ihn im November festnehmen, kommt er zunächst in die Haftanstalt in Aschkelon, einer israelischen Stadt nahe dem Gazastreifen. Dort wird er verhört, geschlagen und erniedrigt, sagt er. „Sie haben keinen Unterschied gemacht zwischen Alten und Jungen, Ärzten und Ingenieuren, Zivilisten und Militanten. Sie haben uns gesagt: Ihr seid alle Terroristen, ihr seid alle Hunde.“

Gefoltert hätten sie ihn aber nicht, sagt er. Doch wenn die Hamas-Anhänger verhört wurden, habe er ihre Schreie hören können. Im Gefängnis in Aschkelon begegnet Muhammad am ersten Tag seiner Haft einem Mann, dessen Name im Juni in den Medien landen wird. Es ist Iyad al-Rantisi, Leiter der Frauenklinik des Kamal-Adwan-Krankenhauses in Beit Lahiya in Nordgaza. Die beiden Männer sitzen zusammen in einer Zelle. „Er war sehr schwach“, sagt Muhammad. „Ich habe versucht ihm Essen und Trinken zu geben, doch er wollte nicht.“ Al-Rantisi habe darauf bestanden, dass er Arzt sei – sonst nichts.

„Er konnte die Erniedrigungen und die Schläge nicht ertragen“, sagt Muhammad. „Ich habe immer wieder den Wärtern gesagt: Dem Mann geht es schlecht, holt einen Arzt. Sie haben nicht auf mich gehört.“ Eines Tages, erzählt er weiter, bei einer Befragung, habe er dem Verhörenden vom Zustand des Arztes erzählt. Der Beamte schickte zwei Wärter in die Zelle, die nehmen ihn mit, un-

Negev – Naqab, sagt Amira, der arabische Name der Wüste in Südisrael – kommt er schließlich im Gefängnis Ofer an.

Allein die Bedingungen seien dort kaum erträglich gewesen, beschreibt er: So seien etwa die Zellen chronisch überbelegt gewesen. „Wir waren dreizehn Menschen in einer Zelle für fünf Personen. Die Überzähligen mussten auf dem Boden verteilt schlafen.“ Nach einer Entscheidung des obersten israelischen Gerichts aus dem Jahr 2020 muss jedem Gefangenen eine Fläche von mindestens 4,5 Quadratmetern zu Verfügung stehen. Die Weisung des Urteils wurde jedoch nie implementiert, und nach Angaben des Verbandes für Zivilrechte in Israel (ACRI) beträgt die Fläche derzeit gerade einmal knapp über 2 Quadratmeter. Die Situation in den Gefängnissen, so die Organisation, habe sich als „Ergebnis des Krieges erheblich verschlechtert“.

Auch die Versorgung mit Nahrung sei unzureichend, die Lebensmittel teils verdorben, sagt Amira. Die nach dem 7. Oktober geschrumpften Essensrationen für sogenannte Sicherheitsgefangene, wozu auch die sich in Administrativhaft Befindlichen zählen, beschäftigen auch den Obersten Gerichtshof in Israel. ACRI hat dort eine Petition eingereicht und wirft dem Israel Prison Service (IPS) vor, mit Absicht die Rationen reduziert zu haben. Der IPS ist für alle Gefängnisse in Israel zuständig. Bei einer Anhörung Ende Juni nennt das Oberste Gericht das Verhalten des IPS „inakzeptabel“, einer der Richter wirft die Frage auf, warum die geschrumpften Rationen nur für die Sicherheitsgefangenen, nicht aber für normale, kriminelle Gefangene gelten. In einem Brief an ACRI bezeichnet der ultranationalistische Minister für Innere Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, dem der IPS untersteht, die Kürzung der Rationen als „abschreckende Maßnahme“.

IPS beantwortet die Fragen der taz zu den Vorwürfen Amiras und anderer Gefangener mit einem allgemeinen Statement: Alle Grundrechte würden durch das professionell ausgebildeten Gefängnispersonal gewahrt, außerdem könnten die Gefangenen sich auf offiziellem Wege beschweren. Auf konkretere Fragen der taz geht die Behörde nicht ein.

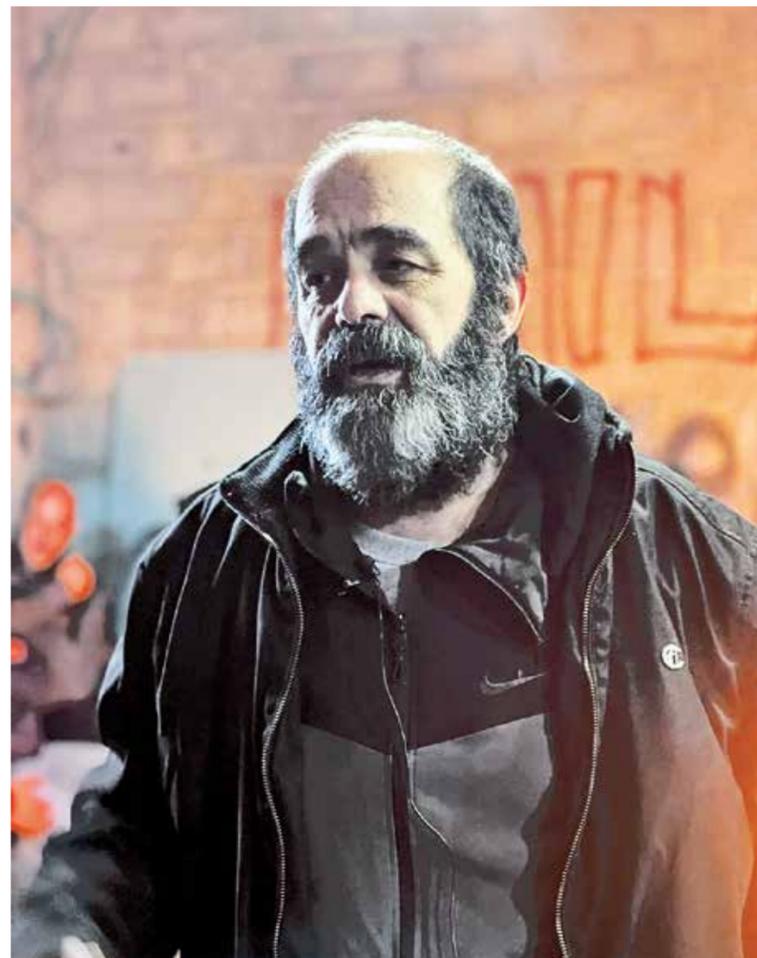
Auch Gewalt sei an der Tagesordnung gewesen, sagt Amira. Etwa beim Appell zum Zählen der Gefangenen. Sie hätten auf dem Boden knien müssen, erzählt er, die Augen nach unten gerichtet, die Hände hinter dem Rücken verschränkt. Wer sich weigert oder die Sicherheitskräfte anblickt, sagt er, wird schnell Opfer von Gewalt. Diese sei in Ofer nicht nur sichtbar, sondern auch hörbar gewesen, sagt Amira. Er befindet sich im Zellenblock 22. Daneben liegt der Block 23 – und dort sitzen die Gefangenen aus Gaza. Im Block 23 sitzt auch Muhammad ein. Seinen echten Namen will er nicht veröffentlicht sehen. Er stammt aus Gaza-Stadt,



ter Gewalt. „Am selben Tag änderte sich etwas im Gefängnis. Ich hatte das Gefühl, dass etwas passiert ist.“ Später sei er befragt worden, was mit dem Arzt geschehen sei. Wer ihn geschlagen habe, wann er Hilfe bekommen habe, ob die Wärter ihn misshandelt hätten, als sie ihn abholten. „Ich habe ihnen alles erzählt: wie sie ihn geschlagen und hinausgezerrt haben.“ Wann genau Iyad al-Rantisi stirbt, weiß Muhammad nicht. „Um den 16. bis 18. November“, sagt er. Das deckt sich mit einem Bericht der linken israelischen Zeitung *Ha'aretz*, der im Juni erscheint. Der Tod des Arztes im Gefängnis von Aschkelon wird erst zu dieser Zeit publik, das Gericht hatte ein sechsmonatiges Informationsembargo verhängt. Al-Rantis Leiche befindet sich noch immer in Israel, die Todesursache ist bis heute unklar.

Die Nichtregierungsorganisation Ärzte für Menschenrechte in Israel (PHRI) sammelt Informationen zu toten palästinensischen Insassen in israelischen Gefängnissen. Der taz liegen zwei Obduktionsberichte vor, die von Ärzten für PHRI verfasst wurden, einer von Ende Oktober, der zweite aus dem Februar. In dem älteren Bericht schreibt der obduzierende Arzt über den Todesfall eines Gefangenen: Es gebe keine Zeichen für eine Gewalteinwirkung von außen. Der an Diabetes Typ I leidende junge Mann sei wahrscheinlich an einem Herzinfarkt gestorben. Wer an Diabetes Typ I erkrankt ist, muss meist den Botenstoff Insulin spritzen, der für einen funktionierenden Stoffwechsel essenziell ist. Wer an Diabetes erkrankt ist, hat ein höheres Infarkttrisiko – gerade bei unpassender Ernährung und mangelnder medizinischer Versorgung.

Der Bericht aus dem Februar bezieht sich ebenfalls auf einen jungen Mann, gerade einmal 20 Jahre alt, der an einer angeborenen Erkrankung des Darms leidet. Er braucht eine spezielle Diät und Darmspülungen, sonst kann seine Krankheit lebensbedrohlich werden, so der Obduktionsbericht. Laut dem obduzierenden Arzt sammelten sich dann im Körper Fäkalien an, was unter anderem zu niedrigem Blutdruck, Schmerzen und Nierenversagen führen könne.



Bezeichnet sich als gewaltlosen Aktivist: Munther Amira nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis Ofer
Foto: privat

Der Verstorbene wird kurz vor seinem Tod aus dem Gefängnis in ein Krankenhaus verlegt, „in ernstem Zustand“, so der Bericht. Kurz nach der Ankunft in der Notaufnahme verstirbt er. Der Obduktionsbericht betont: Der Tod des jungen Mannes hätte wohl vermieden werden können, wenn er rechtzeitig adäquate medizinische Hilfe erhalten hätte, wenn er sich entsprechend seiner Krankheit hätte pflegen können. Bei der Ankunft in der Notaufnahme sei sein Zustand bereits so schlecht gewesen, dass die Chance, ihn noch retten zu können, gering gewesen sei.

Zu al-Rantisi liegt der taz kein Obduktionsbericht vor. Etwa zwei Wochen nach dem Tod des Arztes wird Muhammad nach Ofer verlegt. Als er dort ankommt, erzählt er, hört er den Ruf zum Gebet aus dem nur wenige Kilometer entfernt liegenden Ramallah, der De-facto-Hauptstadt der palästinensischen Autonomiegebiete. Das Gefängnis Ofer liegt im C-Gebiet – also dem Bereich des Westjordanlandes, über das Israel nach den Oslo-Abkommen Anfang der 90er Jahre sowohl die Sicherheits- als auch die Verwaltungskontrolle ausübt.

Muhammads Berichte aus Ofer ähneln denen Amiras: Die Zellen sind überbelegt, die Versorgung mit Lebensmitteln mangelhaft. In seiner Zelle sind während seines Aufenthaltes zwischen zehn und fünfzehn Menschen untergebracht, sagt Muhammad. „Wir hatten drei Matratzen und zwei Decken für uns alle.“ Morgens, erzählt er, wacht er vom Ruf zum Morgengebet im nahen Ramallah auf, dann kommen die Sicherheitskräfte zum Morgenappell. Genau wie Amira, sagt auch Muhammad, dass die Gefangenen dafür auf dem nackten Boden kauern müssen. Und wie Amira in seinem Zellenblock 22, hört auch Muhammad in Block 23 die Schreie der anderen. Schläge, sagt er, seien an der Tagesordnung gewesen.

Mit Muhammad sitzen weitere Menschen aus Gaza in Ofer ein, erzählt er. Bei einem Besuch der Gemeinschaftsduschen – zu denen man äußerst

„Sie haben keinen Unterschied gemacht zwischen Zivilisten und Militanten. Sie sagten: Ihr seid alle Terroristen“

Muhammad, Exhäftling aus Gaza-Stadt

selten Zugang bekommen habe, betont Amira – trifft Muhammad auf Adnan al-Burj. Der ist ebenfalls Arzt, war vor dem Krieg Leiter der Orthopädie des mittlerweile bekannt gewordenen Al-Schifa-Spitals in Gaza-Stadt. Nach israelischen Angaben befand sich unter dem Klinikum ein Kommandozentrum der Hamas, das dafür genutzten Bunker hat Israel während seiner Besetzung des Gazastreifens in den 1980er Jahren selbst gebaut. Nach wochenlangen Gefechten im Frühling ist das Krankenhaus heute zerstört.

Das Wasser in den Duschen in Ofer sei immer kalt, und gehe mit einem Sensor automatisch an, sagt Muhammad. Als die beiden dort warten, stellen sie sich einander vor. Dann kommt ein Wärter zurück, die Konversation versiegt. Es sei das erste und letzte Mal gewesen, dass er al-Burj getroffen habe. Mitte April stirbt er in Ofer. Eine Obduktion wurde laut PHRI nicht vorgenommen.

Nach Angaben von Addameer ist Adnan al-Burj einer von mindestens drei Gefangenen, die seit dem 7. Oktober im Gefängnis Ofer sterben. In allen israelischen Gefängnissen sind es mindestens 18 Tote, so Addameer. Und nach Berichten verschiedener Medien sterben im Militärcamp Sde Teiman über 30 gefangen genommene Palästinenser.

Dazu trägt, wie der Obduktionsbericht von PHRI nahelegt, auch die mangelnde medizinische Versorgung bei. Auch Amira erzählt: Er habe einige gesundheitliche Probleme, müsse drei verschiedene Medikamente einnehmen. Erst nach drei Wochen Haft, habe er zumindest Tabletten gegen seinen Bluthochdruck erhalten. Die zweite Art von dringend benötigter Medizin bekommt er zwei Tage vor seiner Entlassung. Und als er nach etwa zweieinhalb Monaten schließlich freikommt, sagt er, wiegt er 33 Kilogramm weniger als bei seiner Festnahme. In vielen Momenten habe er nicht mehr mit einer Freilassung und einer Rückkehr nach Hause gerechnet, sondern nur noch mit dem Tod.

Amiras 19-jährige Tochter, die mitangesehen hat, wie ihr Vater von den Soldaten bedrängt und schließlich verhaftet wird, stürzt ins Zimmer, die dunklen Locken noch feucht: „Papa, ich brauche dringend die Autoschlüssel.“ Amira seufzt väterlich und beginnt zu suchen. Ihm sei bei seiner Entlassung verboten worden, mit Medien zu sprechen, sagt er, sonst werde man ihn gleich wieder inhaftieren. Trotzdem habe er etwa *Ha'aretz* bereits ein Interview gegeben. Als gewaltloser Aktivist sei es seine Aufgabe, zu erzählen, was ihm passiert sei – auch wenn er dafür wieder einen hohen Preis bezahlen könnte.

meinung + diskussion 12, ausland 10

spahntastisch-wetter

Der CDU-Rechtsausleger Jens Spahn war beim Parteitag der amerikanischen Republikaner und sagte, dass er den Stil von Trump nicht schätze, aber Inhalte durchaus teile. Spahnend! Ob er auch die Pläne für den Umbau der Demokratie gut findet? Das hätte ja auch für Spahn Vorteile. Müsste man sich nicht mit einer lästigen Maskenaffäre herumschlagen. Dann bleib doch gleich da, möchte man über den Großen Teich rufen. Immerhin das Berliner Wetter bleibt stabil: 27 Grad, Sonne.



Die einen bekommen weniger, der andere will noch mehr: Annalena Baerbock, Svenja Schulze und Boris Pistorius am Mittwoch im Bundeskabinett
Foto: Liesa Johannsen/reuters



Sprache zuerst

Deutschland liegt bei der Arbeitsintegration von Ukrainer*innen im Mittelfeld

Von Jasmin Kalarickal

Anfang des Jahres hatten hierzulande 27 Prozent der erwerbsfähigen geflüchteten Ukrainer*innen einen Job. Damit liegt die Beschäftigungsquote in Deutschland im Vergleich mit 26 europäischen Ländern im Mittelfeld. Das zeigt eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Insgesamt zeigten sich erhebliche Differenzen zwischen den Ländern. Die höchste Beschäftigungsquote hatte im ersten Quartal 2024 Litauen mit 57 Prozent, gefolgt von Dänemark (53 Prozent) sowie Polen (48 Prozent). Schlusslichter waren Finnland, Norwegen, Rumänien und Spanien. Dort lagen die Quoten unter 20 Prozent.

Insgesamt zeigten Länder, die eine hohe Nachfrage im Niedriglohnsektor haben, höhere Beschäftigungsquoten. Flexiblere Arbeitsmärkte erleichterten hingegen den Zugang für Zuwandernde in schlechte Jobs, da dies Risiken und Kosten für Unternehmen bei der Einstellung verringerte. Anders als es die überhitzten Diskussionen um den Bürgergeldbezug vermuten lassen, hatten soziale Transferleistungen laut Studie „nur einen kleinen und statistisch nicht signifikanten Zusammenhang“ mit der Beschäftigungsquote. Kürzungen von Sozialleistungen erzielten langfristige negative Effekte.

Langfristig sind laut Studie vor allem Sprachkurse „ökonomisch als Investition“ zu betrachten, auch wenn sie die Beschäftigungsquote kurzfristig senkten. Mittel- und langfristig zeige sich, dass mit einem umfassenden Integrationsansatz nicht nur höhere Beschäftigungsquoten erreicht werden können, sondern auch höhere Gehälter, da die Chancen auf qualifizierte Arbeit steigen.

brief des tages

taz-Talk mit Steffen Mau

„Warum der Osten anders bleibt“, taz vom 10. 7. 24

Es gibt in Görlitz sehr wohl junge Menschen, auch junge Frauen. Die kommen allerdings aus beruflichen Gründen, nicht wegen des guten politischen Klimas. Und was soll das mit den „zu vielen“ Wessi-Rentnern? Weniger Leerstand spült mehr Geld in die Stadtkassen, immerhin hat die Stadt das Pensionopolis-Konzept jahrelang aktiv gefördert. Und schließlich „neue demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten. Beispielsweise Bürgerräte“ – die gibt es längst, und sie sind in den Stadtteilen sehr aktiv an Verbesserungen für die Bürger der Stadt beteiligt, weit mehr als der Gemeinderat, in dem die beiden großen Parteiblöcke schwarz und blau miteinander kungeln. Aber statt sich einzubringen, laufen die Meckerer lieber jeden Montag trommelnd und geifernd durch die Stadt wie ein Karnevalsumzug, hauptberuflich beleidigt. Die werden nicht abgehängt, die hängen sich selber ab. Es geht derzeit um weit größere Probleme, die sich die ganze Menschheit durch aktuelle Dummheiten global aufhalst. In Zeiten der Krise suchen die Vernünftigen Lösungen und die Idioten Schuldige.
Ulrich Burkhardt, Görlitz



Der unmögliche Bundeshaushalt

Das Bundeskabinett hat den Entwurf des Haushalts 2025 beschlossen. Ausgaben und Verschuldung sinken, der Klima- und Transformationsfonds steht perspektivisch infrage

Von Hannes Koch

Finanzminister Christian Lindner (FDP) war zufrieden am Mittwochmittag – hat er mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2025 doch eine quasi unmögliche Aufgabe bewältigt. Sie lautete: im nächsten Jahr weniger Geld auszugeben und trotzdem die Koalition aus SPD, Grünen und FDP zusammenzuhalten. „Zu sehen ist eine üble Mixtur aus Luftbuchungen, Unterveranschlagungen, Tricks und haushaltsrechtlich fragwürdigen Praktiken“, schäumte dagegen Christian Haase, Haushaltspolitiker der Union.

Lindner und die Koalition haben es geschafft, schwer miteinander zu kombinierende Ziele zu verbinden. Höhere Ausgaben für Bundeswehr und Polizei, kaum Kürzungen im Sozialetat auf Wunsch der SPD; Steuererleichterungen für Privathaushalte und Firmen, die die FDP befürwortet; milliardenschwere Investitionen in Klimapolitik und Förderprogramme, ein Anliegen der Grünen.

Gleichzeitig sollen die Ausgaben 2025 im Vergleich zu diesem Jahr sinken und die Neuverschuldung zurückgedrängt wer-

den. Statt 489 Milliarden Euro 2024 stehen 2025 nur 481 Milliarden im Plan, den das Bundeskabinett am Mittwochvormittag beschloss. Die geplante Kreditaufnahme sinkt von 50 auf 44 Milliarden Euro. Laut der mittelfristigen Finanzplanung soll sich diese Tendenz in den folgenden Jahren fortsetzen. Man setze das „Geld besser und zukunftsweisender ein“, sagte Lindner.

Gelungen ist die Operation auch deshalb, weil das Finanzministerium alle Register der „kreativen Buchführung“ zog, wie Oppositionspolitiker Haase bemängelte. Als „Quasi-Schattenhaushalte“ kritisierte er, dass die Ampelregierung eigentlich nötige Zuschüsse an die Deutsche Bahn und die Autobahngesellschaft in Darlehen umwandeln will, wodurch sie weder als Ausgaben gelten noch unter die Schuldenbremse fallen. „Ebenso werden Mehreinnahmen in Milliardenhöhe verbucht, obwohl die unterstellten Effekte beim Wachstumspaket mehr als fraglich sind“, erklärte Haase.

Auch viele weitere Akteure:innen äußerten Kritik. Im Hinblick auf die geplanten 53 Milliarden Euro für die Bundes-

wehr (rund 1 Milliarde mehr als 2024) merkte die Linke im Bundestag an: „kriegstüchtig, aber nicht friedentauglich“. Außerdem beklagte Linke-Haushälterin Gesine Löttsch: „Die Kindergrundsicherung wurde beerdigt.“ Die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner schrieb: „Unser Verständnis von Wachstum ist nicht, dass Menschen zu schlechteren Bedingungen mehr arbeiten – eine Anspielung auf die angepeilte Verlängerung der Arbeitszeit durch die „Wachstumsinitiative“ der Am-

Die Kürzung des Entwicklungsetats sei „eine Katastrophe“, beklagt Brot für die Welt

pel. Wirtschaftsverbände rügen hingegen, die Lage der Unternehmen verbessere sich nur unzureichend. Das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt sah „eine Katastrophe“ in der Kürzung des Entwicklungsetats von gut 11 Milliarden 2024 auf etwa 10 Milliarden Euro 2025.

Die Aufgabe, einen Haushalt aufzustellen, dürfte in den kommenden Jahren eher noch schwerer werden. Dies ist unter anderem daran zu erkennen, welche Ideen in den Erläuterungen zum Entwurf hinsichtlich des Klima- und Transformationsfonds formuliert werden. Dieser Sonderetat finanziert momentan Dutzende Milliarden Euro, die Privathaushalte und Unternehmen unter anderem für Kohlendioxid-Reduzierung erhalten. Möglicherweise geht es so nicht ewig weiter: Der Fonds könnte aufgelöst und sein Geld für andere Aufgaben verwendet werden, heißt es. Laut Lindner sind das „Prüfaufträge des gesamten Kabinetts“. Käme es so, ließe sich ein Klimageld zugunsten von Haushalten mit niedrigem Einkommen, um die steigenden Kosten der fossilen Energien auszugleichen, wohl nicht mehr finanzieren.

Grünen-Haushälter Sven-Christian Kindler regt eine andere Lösung an: Da die starre Schuldenbremse „den großen Herausforderungen unserer Zeit“ nicht gerecht werde, müsse man die „Investitionsbremse“ lockern. Das blockiere jedoch bisher der Bundestag.

Aufnahmeprogramm wackelt

Statt 70 Millionen sind nur noch 9 Millionen für Rettung von Ortskräften und Aktivist*innen vorgesehen

Von Frederik Eikmanns

Dem Aufnahmeprogramm für afghanische Menschenrechte*rinnen und Helfer*innen der Bundeswehr droht das Ende. Im Haushaltsentwurf des Kabinetts ist nur noch ein minimaler Betrag für solche Zwecke vorgesehen. Die Linke und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisieren die geplanten Einsparungen scharf.

Bei der Präsentation des Haushalts stritt Bundesfinanzminister Lindner (FDP) auf Nachfrage der taz zwar ab, dass das Aufnahmeprogramm eingestellt werde. Die Zahlen im Haushaltsentwurf sind aber relativ eindeutig: Der Posten „Resettlement und Leistungen im Rahmen der humanitären Hilfe“ beläuft sich auf nur rund 9 Millionen Euro – kaum mehr als ein Zehn-

tel des bisherigen Betrags von rund 70 Millionen. Damit ließe sich das Bundesaufnahmeprogramm für Afghan*innen wohl nicht mehr finanzieren. Laut Lindner soll es aber noch weitere Besprechungen zwischen Bundesinnenministerium und dem Auswärtigen Amt geben, die für das Programm verantwortlich sind. Ohnehin stehen zunächst noch Verhandlungen im Bundestag an, bevor der Haushalt dort beschlossen wird.

Aufgelegt 2022 sieht das Aufnahmeprogramm die Evakuierung von Afghan*innen nach Deutschland vor, die als sogenannte Ortskräfte die Bundeswehr bei ihrem Einsatz bis 2020 unterstützten und nun von den Taliban bedroht werden. Ebenfalls eingeflogen werden die Familien von Ex-Ortskräften sowie Menschenrechtler*innen. Auch

wegen der intensiven Sicherheitsüberprüfung kamen bisher aber nur wenige 100 Personen über das Aufnahmeprogramm nach Deutschland. Über 32.000 gefährdete Afghan*innen wurden dagegen mit anderweitiger Unterstützung der Bundesregierung eingeflogen, etwa über ein sogenanntes Listenverfahren, das dem Aufnahmeprogramm vorangegangen waren.

Kritik an den Kürzungsplänen gab es am Mittwoch aus den Reihen der Ampelfraktionen nicht. Die fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Clara Bünger, sagte dagegen: „Die Koalition steht gegenüber den extrem bedrohten Menschen im Wort – hier finanzielle Gründe vorzuschieben, ist einfach nur schäbig.“

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, etwa Medico

International, Pro Asyl oder Amnesty warnten am Mittwoch in einem offenen Brief vor den Folgen der Kürzungen der Betroffenen. Als besonders befremdlich kritisierten sie, „dass der Haushaltsentwurf vorsieht, den Haushalt des Innenministeriums um 400 Millionen Euro zu erhöhen, gleichzeitig aber essenzielle Mittel für humanitäre Aufnahmeprogramme zu streichen.“ Alema Alema, Afghanistan-Referentin bei Pro Asyl sagte der taz, die Bundesregierung dürfe „die gefährdeten Menschen in Afghanistan jetzt nicht ihrem Schicksal überlassen.“ Sie schätzt, dass sich derzeit noch etwa 30.000 Personen, die Kriterien für die Evakuierung nach Deutschland erfüllen, in Afghanistan und Nachbarländern aufhalten.

Aus Frankfurt am Main
Joachim F. Tornau

Dafür, dass das hier eines der größten Anti-Terror-Verfahren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, dreht sich ganz schön viel um Frieden und Liebe.

Da sind die Frauen, die zu nahezu jedem Prozesstag kommen und mit Daumen und Zeigefingern Herzchen formen, wenn die Angeklagten hereingeführt werden. Auf ihren T-Shirts steht „Have trust“ oder „Du bist nicht allein“, ihr leicht entrückter Blick verdüstert sich nur, wenn sie nach links schauen. Wo die Presse sitzt.

Da ist ein Hauptangeklagter, der als Rädelführer rechter Reichsbürger den gewaltsamen Umsturz geplant haben soll, mit einem bewaffneten Angriff auf den Bundestag und massenhaften Hinrichtungen. Von dem seine Anwälte aber sagen: Heinrich XIII. Prinz Reuß sei ein vollkommen friedlicher Mensch.

Derart friedlich sogar, dass Herr Reuß nicht einmal einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht habe stellen wollen, das jüngst seine Entlassung aus der Untersuchungshaft abgelehnt hat. Obwohl es, wie Verteidiger Hans-Otto Sieg erklärt, als er am Mittwoch erneut die Außervollzugsetzung des Haftbefehls beantragt, keinerlei Beweise dafür gebe, dass sein Mandat mit einer möglichen Erstürmung des Reichstagsgebäudes irgendwas zu tun gehabt habe. „So ein Quatsch, was soll das denn bringen?“ Mit diesen Worten habe Reuß reagiert, als er zum ersten Mal erfahren habe, was er geplant haben soll.

Seit zwei Monaten wird im Industriegebiet von Frankfurt-Sossenheim, in einer Hochsicherheitsleichtbauhalle, die das Oberlandesgericht der Mainmetropole eigens hat errichten lassen, das Staatsschutzverfahren gegen den adligen Frankfurter Immobilienunternehmer und acht seiner mutmaßlichen Mitverschwörer*innen der „Patriotischen Union“ geführt.

Ehemalige Bundeswehroffiziere sind darunter, ein Polizist und die AfD-Politikerin Birgit Malsack-Winkemann. Die Bundesanwaltschaft hält die Angeklagten für die Führungsriege einer terroristischen Vereinigung, die nicht weniger als einen Putsch gegen die Bundesregierung vorbereitet haben soll. Gegen 17 weitere mutmaßliche Beteiligte wird parallel in Stuttgart und München verhandelt.

In Frankfurt, wo der Prozess nach 16 Verhandlungstagen jetzt in eine vierwöchige Sommerpause gegangen ist, ist der Anklagevorwurf bislang indes allenfalls touchiert worden. Einzelne Angeklagte, auch Reuß und Malsack-Winkemann, haben pauschal ihre Unschuld beteuert und angekündigt, sich noch ausführlicher zu äußern. Andere, wie die Ex-Soldaten Rüdiger von Pescatore und Peter Wörner, wollen zur Sache schweigen. Ansonsten: Frieden



Eigentlich sei Herr Reuß ja ein vollkommen friedlicher Mensch, finden seine Anwälte
Foto: Helmut Fricke/dpa

Ein bisschen Frieden

Die mutmaßliche Führungsriege der Reichsbürger-Verschwörung um Heinrich XIII. Prinz Reuß gibt sich vor dem Frankfurter Oberlandesgericht so menschenfreundlich, dass es beinahe weh tut. Der bewaffnete Umsturz, den die Angeklagten vorbereitet haben sollen, scheint da ganz weit weg

und Liebe. Und Selbstinszenierung.

„Die schlimmste Allergie habe ich gegen Unrecht und Ungerechtigkeit“, sagt Maximilian Eder, auch er ein Angeklagter mit langer Karriere bei der Bundeswehr; in 38 Jahren hat er es bis zum Oberst beim Generalstab gebracht. Doch was die Ermittler*innen bei der Durchsichtung seines Hauses in Niederbayern vorfanden, lässt das Bild eines Mannes entstehen, der sein Leben schon länger nicht mehr im Griff hat: eine Wohnung im Chaos, übersät mit leeren Bier- und Weinflaschen.

„Ich möchte, dass sich alle Menschen wohl fühlen“

Johanna Findeisen-Juskowiak, Angeklagte

Klein und schwächling wirkt der 65-Jährige, beinahe hutzeilig, das graue Haar trägt er unimilitärisch schulterlang. Aus dem schneidigen Soldaten, der er einmal gewesen sein muss, ist ein Jünger des antisemitischen QAnon-Verschwörungskults geworden. Die Welt sieht er von geheimnisvollen Eliten beherrscht, die in unterirdischen Tunneln Kinder foltern.

Sein Selbstbewusstsein aber ist ungebrochen. Fast zwei Tage

lang brüstet sich Eder vor Gericht mit seinem angeblich erfolgreichen Leben, liest Belobigungen vor, die er trotz seiner unbequemen Art von Vorgesetzten bekommen habe, lässt keinerlei Selbstzweifel durchscheinen. Immerhin räumt er ein: „Ich habe nicht die Kraft eines Mahatma Gandhi oder eines Nelson Mandela.“

Weitere Angeklagte haben sich zur Person eingelassen, so weitschweifig wie der Ex-Oberst jedoch niemand. Prinz Reuß gibt freundlich den Familienmenschen, der seine Immobiliengeschäfte zunehmend vernachlässigte, weil er sich um die Restitution von enteigneten Besitztümern des Reuß'schen Adelsgeschlechts in Thüringen bemühte. Ein Auftrag, den ihm sein Vater sozusagen auf dem Sterbebett erteilt habe: „Ich habe es nicht übers Herz gebracht, Nein zu sagen.“

Dass er bei seinem mäßig erfolgreichen Kampf um die früheren Fürstenbesitztümer sein Heil auch in Reichsbürgerideologie suchte, deutet der 72-Jährige lediglich an. So bleibt von seinem Auftritt vor allem eine Szene im Gedächtnis: Als er spricht, ist auch seine Tochter zur Verhandlung gekommen. Sie hat das Downsyndrom, minutenlang stehen Vater und Tochter an der Trennscheibe, die Gerichtssaal und Zuschauererraum trennt, und drücken ihre Hände gegen das Glas.

Peter Wörner war Soldat beim Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw, später Survivaltrainer und Betreiber eines Online-Shops für Militariabedarf. Er lässt sich als einziger Angeklagter ausschließlich von rechts-extremen Szeneanwälten vertreten, sein Shop soll nach einem Bericht des Bayerischen Rundfunks mit einem NPD-Funktionär mit den Worten beworben worden sein, dass es dort „Nazi-Rabatt“ gebe. Die Ermittler*innen fanden bei ihm Waffen, Munition, Nachtsichtgeräte. Vor Gericht aber erzählt der 55-Jährige von seinem „naturnahen Leben“ mit einem Wolfshund, das zu einer „spirituellen Wandlung“ geführt habe. Selbst bei ihm also: Frieden und Liebe.

Birgit Malsack-Winkemann legt den Kopf schief, ein leichtes Lächeln umspielt ihre Lippen. Die 59-Jährige mustert die Ermittler*innen, die in den Zeugenstand treten, mit dem Blick der Richterin, die sie war, bevor und nachdem sie von 2017 bis 2021 für die AfD im Bundestag saß. Überlegen, selbstbewusst, keinen Widerspruch duldend. Und so tritt sie auch auf, als sie über sich spricht. Eine Stütze der Gesellschaft, wie ihre Mitangeklagten, und selbstverständlich keine Terroristin – das ist die Botschaft. „Für mich gehört Politik nicht in die Justiz“, sagt Malsack-Winkemann. Seht her, soll das heißen: Während ich als Richterin in Berlin immer vorbildlich überparteilich ge-

handelt habe, tut das die Bundesanwaltschaft mit ihrer politisch motivierten Anklage überhaupt nicht.

Wäre diese Riege mutmaßlicher Reichsbürgerverschwörer*innen der Cast einer Politkrimiserie, man würde wohl sagen: zu dick aufgetragen, um noch glaubhaft zu sein. Zumal da auch noch Johanna Findeisen-Juskowiak sitzt. Die 53-Jährige war bis zu ihrer Verhaftung Landesvorsitzende der Coronaleugner*innen-Partei „Die Basis“ in Baden-Württemberg. Eine sanft lächelnde Frau mit langen grauen Locken und großem Holzkreuz um den Hals, die ihren Anwalt und Parteifreund Martin Schwab, Juraprofessor in Bielefeld, zur Begrüßung lang und innig umarmt.

Als Spross einer „Waldorfdynastie“ schildert Findeisen-Juskowiak sich. Tierlieb, kinderlieb, naturverbunden, immer positiv denkend. Eine begeisterte Seglerin, Cellistin und Tangotänzerin, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagiere und mit einem Mann aus Westafrika verlobt sei.

„Ich glaube an das Gute“, sagt sie. „Dass die Liebe stärker ist als die Finsternis. Ich möchte, dass sich alle Menschen wohl fühlen.“ Was sich auf Menschen, die sich in der Coronapandemie wohlherfühlten, wenn Masken getragen und Abstände eingehalten wurden, jedoch offensichtlich nicht erstreckte: Die „sofortige Beendigung aller Maßnahmen“ war

Findeisen-Juskowiaks wichtigstes politisches Ziel.

Einiges spricht dafür, dass es diese Ablehnung der Coronapolitik war, was die gelinde gesagt heterogene „Patriotische Union“ zusammengeführt hat. Der Angeklagte Michael Fritsch, ein 61 Jahre alter Polizist aus Niedersachsen, der sich als Coronaleugner derart radikalisiert hatte, dass er aus dem Dienst entlassen wurde, kandidierte ebenfalls für „Die Basis“. Die Ex-Soldaten Eder und Wörner sahen sich in der Pandemie als Freiheitskämpfer.

Ob sie ihren Kampf wirklich nur mit Frieden und Liebe führen wollten oder nicht doch mit Waffen und Gewalt, wird sich erweisen, wenn die Verhandlung Mitte August weitergeht. Man muss daran erinnern, weil es angesichts der ganzen zelebrierten Menschenfreundlichkeit in Vergessenheit zu geraten droht: Laut Anklage verfügte die „Patriotische Union“ über 380 Schusswaffen plus Munition, allerhand militärische Ausrüstung und mehr als eine halbe Million Euro. Mit dem Aufbau von „Heimatschutzkompanien“ für den Umsturz soll bereits begonnen worden sein. Und mindestens 136 Mitstreiter*innen unterzeichneten Verschwiegenheitserklärungen, die ihnen für den Fall des Verrats die Todesstrafe androhten – zu verhängen von Heinrich XIII. Prinz Reuß, dem friedlichen Familienmenschen.

taz * kurzreisen
in Deutschland

Gemeinsam Deutschland besser kennenlernen

Die Stadtviertel süd-östlich des Hamburger Hafens liegen auf Flussinseln zwischen der Söder- und der Nordereibe, z. B. Wilhelmsburg, die größte Flussinsel Europas.

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin



8. bis 12. September 2024

**Hamburgs Wilder Osten und Weltnaturerbe Neuwerk im Watt
HAMBURG INSELHOPPING**

In Begleitung von Jan Kahlcke und Gernot Knödler

Lernen Sie die Flussinseln Hamburgs kennen (Veddel, Wilhelmsburg u. a.) sowie per Kutschfahrt durch's Watt die Insel Neuwerk vor der Elbmündung – mit alternativer Hafensrundfahrt.

4 Übernachtungen, 3 in HH-Wilhelmsburg und 1 auf Neuwerk;
ab 1.080 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Nähere Informationen zu allen taz-Reisen im Internet: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (0 30) 2 59 02-117

22. bis 27. August 2024

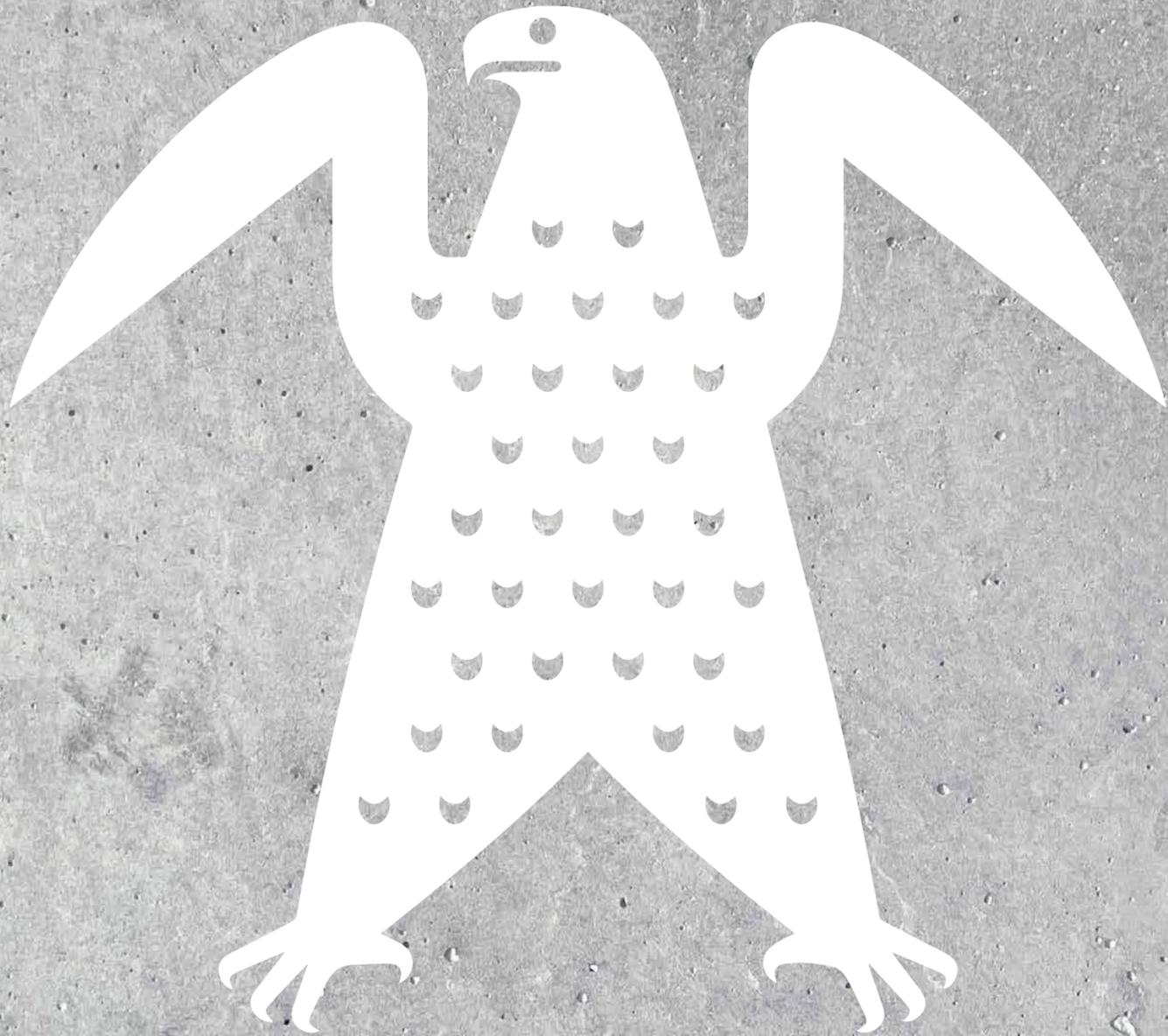
**Wanderungen an geschichtsträchtigen Orten
NORDEFEL UND HOHES VENN**

In Begleitung von taz-Autor Bernd Müllender

Wanderungen im größten Hochmoor Europas und im Hürtgenwald, skurrile Besonderheiten des Lebens im Grenzgebiet und Besuch der ehem. Nazischule „Ordensburg Vogelsang“

5 Übernachtungen in Aachen bzw. in Gemünd-Vogelsang
ab 890 € (DZ/HP/ohne Anreise)

bundes **talk** 



bundestalk

Was können wir von Frankreich lernen?

Das demokratische Spektrum schaffte es, einen rechtsextremen Wahlsieg abzuwenden. Können das die anderen EU-Länder auch? Darüber diskutiert **Bernd Pickert** mit **Tanja Tricarico**, **Rudolf Balmer** und **Sabine am Orde**.

Jetzt hören!

Faire Produkte unter Preisdruck

Die Umsätze sind stabil, aber die Herausforderungen für Produzenten von fairen Waren wachsen

Von **Leila van Rinsum**

Käufer*innen in Deutschland haben vergangenes Jahr etwas mehr für fair gehandelte Produkte ausgegeben. Der Gesamtumsatz stieg um 7,3 Prozent auf 2,34 Milliarden Euro, sagte Matthias Fiedler, der Geschäftsführer des Forums Fairer Handel, am Mittwoch in Berlin.

Der Verband vertritt eine Reihe von Unternehmen, die fair gehandelte Produkte vertreiben, darunter Naturland, Gepa, El Puente und den Weltladen-Dachverband. Sie bezahlen den Erzeuger*innen zusätzlich zum Abnehmerpreis Prämien und sichern langfristige Abnahmen der Produkte zu. Zu den Produkten gehören Textilien, Blumen und Lebensmittel. Das beliebteste Produkt ist Kaffee, der bei fairen Produkten fast 40 Prozent des Umsatzes ausmacht, obwohl die Einnahmen 2023 leicht zurückgegangen sind. Fair gehandelter Kaffee hat laut dem Forum Fairer Handel einen Marktanteil von 5,5 Prozent.

Vorstandsvorsitzende Andrea Fütterer wies auf die gravierenden Folgen des Klimawandels auf Ernten und Bäuer*innen hin. Aktuell zeige sich dies etwa bei der Kaffeeernte in Vietnam, die durch Dürre sehr gering ausfalle und beim Kakao in Westafrika. Die Bäuerinnen kämpfen dort seit Längerem mit geringem Niederschlag und Pilzkrankheiten, die sich durch die wärmeren Temperaturen ausbreiten. „Schokolade und Kaffee stehen exemplarisch dafür, dass dringend in nachhaltigen Anbau investiert werden muss“, sagt Fütterer.

Die fairen Handelsunternehmen setzen zusammen mit den Kleinbauernorganisationen bereits einige Maßnahmen um. Es werden etwa Schattenbäume gepflanzt und stärker auf Agroforstsysteme gesetzt. Das heißt, dass beispielsweise Obstbäume zwischen die Kakaobäume gepflanzt werden. Das wiederum helfe auch den Produzent*innen, die sich auf mehr als ein Produkt stützen können. Gerade von den konventionellen Abnehmern werde aber wenig in Anpassung investiert, kritisierte Fütterer. Gleichzeitig hat die Branche jahrelang Monokulturen unterstützt, die die Resilienz der Bäume und Böden verschlechtert haben.

Auch faire Preis sichern nicht überall das Existenzminimum. Das ist je nach Ort und Umständen unterschiedlich und die Berechnungen kompliziert. Und die fairen Handelsunternehmen stehen in Deutschland unter Preisdruck. Zu ihren Kund*innen gehören vor allem solche mit höherem Einkommen. „Unsere Preise sind nicht zu hoch, sondern alle anderen sind viel zu billig“, erwidert Fütterer. Auch aufgrund jahrelanger Dumpingpreise hätten die Kakaobäuerinnen keine Mittel, um in Anpassung zu investieren. „Die Preise nehmen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzung in Kauf“, sagt sie.

Deswegen brauche es gleiche Regeln für einen fairen Handel für alle, betont Fiedler. Der Geschäftsführer warnte vor einer Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes, wie sie die Bundesregierung vor einigen Wochen bekannt gab. Auch das EU-Lieferkettengesetz müsse schnell und ambitioniert umgesetzt werden. Die Mitglieder des Forums Fairer Handel zeigten, dass die Umsetzung der Vorgaben möglich sei. Es sei fatal, sie als Bürokratie abzutun, so Fiedler.

Fütterer forderte außerdem politische Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen in den Lieferketten. Die Bundesregierung solle sich weiter für die Auffüllung der internationalen Klimafinanzierung und des Fonds für Schäden und Verluste einsetzen.

Urteil gegen Tiktok

Tiktok muss sich auch künftig der verschärften EU-Regulierung für große Onlineplattformen unterwerfen. Der Gerichtshof der Europäischen Union wies am Mittwoch eine Klage der chinesischen Kurzvideo-App gegen eine Einstufung als „Torwächter“ ab.

Unter diesem Begriff fasst die EU Internetfirmen ab einer bestimmten Größe zusammen, die dann im Rahmen des Digital Markets Act (DMA) bestimmte Auflagen erfüllen müssen. Sie werden unter anderem dazu verpflichtet, ihre Plattformen für die Konkurrenz zu öffnen und verstärkt gegen Hass und Hetze im Internet vorzugehen. Seit Anfang März müssen sich Unternehmen an den DMA halten. Tiktok kann gegen das Urteil noch vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) ziehen. (dpa, rtr)

Zahl des Tages

100 Meter

Das politische Durchschwimmen von Flüssen ist ja seit 1988 ein eigenes Genre, als der damalige Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) in Neopren und Flossen in den Rhein sprang – aktuell neu interpretiert von der Pariser Bürgermeisterin **Anne Hidalgo. Sie kraulte am Mittwoch in Kurzneo 100 Meter durch die Seine**, um vor den Olympischen Spielen in der französischen Hauptstadt die Unbedenklichkeit des Wassers zu demonstrieren. Lange war das Baden oder gar Wettschwimmen dort wegen starker Verschmutzung zu gefährlich, im Vorfeld von Olympia hatten sich die Behörden aber bei der Reinigung ins Zeug gelegt. Wenn das nicht auch für Sportmuffel ein Grund ist, zum Fan zu werden?

Wasserstoffziele wackeln

Grüner Wasserstoff soll der Industrie in Europa helfen, die Klimaziele zu erreichen. Doch das Vorhaben läuft nicht nach Plan, sagt der EU-Rechnungshof

Die von der EU-Kommission gesetzten Ziele zur Erzeugung und zum Import von grünem Wasserstoff werden laut EU-Rechnungshof voraussichtlich nicht erreicht. Zwar habe die Kommission auf dem Weg zu einem Markt für erneuerbaren Wasserstoff richtige Schritte unternommen, heißt es in einem Bericht der europäischen Behörde mit Sitz in Luxemburg. Dieser Markt entstehe gerade erst.

Allerdings gebe es entlang der gesamten Wertschöpfungskette Probleme. „Es drohen der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselindustrien und neue strategische Abhängigkeiten“, warnen die Prüfer. Sie fordern die Kommission nun auf, ihre Wasserstoffstrategie zu aktualisieren. Sie müsse sicherstellen, dass sich die Ziele verwirklichen lassen.

Grüner Wasserstoff – also solcher, der mit erneuerbaren Energien hergestellt wird – gilt als Hoffnungsträger der Energiewende. Grundsätzlich kann Wasserstoff als Basis für Kraft- und Brennstoffe dienen, um etwa in Industrie und Verkehr Kohle, Öl und Erdgas abzulösen. Seine Herstellung ist aber sehr energieintensiv und derzeit noch deutlich teurer als fossile Energieträger.

Die Europäische Kommission habe die Ziele für die Nachfrage von erneuerbarem Wasserstoff zu ehrgeizig gesetzt, monieren die Prüfer. Bis 2030 sollen 10 Millionen Tonnen grüner Wasserstoff erzeugt und 10 Millionen Tonnen importiert werden. Diese Ziele hätten aber nicht auf einer soliden Analyse beruht, sondern seien von politischem Willen geleitet gewesen, heißt

es in der Mitteilung des Rechnungshofs. In seiner Analyse geht der Hof davon aus, dass bis Ende des Jahrzehnts nicht einmal 10 Millionen Tonnen nachgefragt werden.

Außerdem bemängeln die Prüfer, dass die Einigung darüber zu lange dauerte, was genau erneuerbarer Wasserstoff ist und welche Vorschriften für ihn gelten. Viele Investitionsentscheidungen seien dadurch aufgeschoben worden. In Deutschland ist die Planung neuer Wasserstoffprojekte laut dem Rechnungshof vergleichsweise weit fortgeschritten.

In einer Reaktion auf den Bericht teilte die Kommission mit, sie werde „weiterhin mit den Interessengruppen zusammenarbeiten, um unsere Ambitionen in die Tat umzusetzen“. (dpa, afp, taz)



Ein leerer Castor-Behälter startet zur Probefahrt: Muss das Ganze überhaupt sein? Foto: David Young/picture alliance

Sichtkontakt verloren

Bis zu 152-mal soll hochradioaktiver Atom Müll über Nordrhein-Westfalens Autobahnen rollen – doch Übungsfahrten offenbaren Sicherheitslücken. Atomkraftgegner kritisieren die Transporte

Von **Andreas Wyputta**

Lkw-Übungsfahrten für die Nordrhein-Westfalen drohenden Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atom Müll aus dem Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus haben allem Anschein nach gravierende Sicherheitslücken offenbart.

So sei bei einem der Castor-Probetransporte im November 2023 „der Sichtkontakt zwischen dem vorweg fahrenden Begleitfahrzeugen des Schwertransports und dem eigentlichen Schwertransportfahrzeug unterbrochen“ worden, schreibt das für die polizeiliche Sicherung der Atom Mülllieferung zuständige Landesinnenministerium in einer Stellungnahme. Aus dieser zitiert Nordrhein-Westfalens grüne Wirtschafts- und Energieministerin Mona Neubaur jetzt in einem

Brief an verschiedene Antiatominitiativen. Grund für den Missetand sei eine Baustelle im Kreuz Kaiserberg auf der Bundesautobahn (BAB) 3 gewesen. Der Lkw-Schwertransport habe sich daraufhin verfahren: „Das Schwertransportfahrzeug verblieb deshalb auf der BAB 3 und wechselte nicht planmäßig auf die BAB 40“, so das vom Christdemokraten Herbert Reul geführte NRW-Innenministerium.

Da bei Atom Mülltransporten „die Streckenführung zwingend einzuhalten“ sei, habe der rund 130 Tonnen schwere Spezial-Lkw danach mitten auf der A3 rückwärts fahren müssen. Dazu sei die Autobahn „insgesamt ca. 30 Minuten“ gesperrt worden. Weitere Nachfragen der taz etwa zur hausinternen Sicherheitsbewertung der Probetransporte beantwortete das NRW-Innenministerium bis Redaktionsschluss nicht.

Antiatominitiativen reagierten mit heftiger Kritik auf die Sicherheitspanne. „Wie kann es sein, dass in einem eigens zusammengestellten Polizeikonvoi zum Schutz des Castor-Lkw plötzlich der Sichtkontakt verlo-

„Im Ernstfall wäre der Castor-Lkw von den Polizeikräften ungeschützt gewesen“

Jens Dütting, Aktivist

ren geht“, kritisiert Jens Dütting vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. „Im Ernstfall wäre der Castor-Lkw also inmitten eines unübersichtlichen Autobahnkreuzes ungeschützt vor vorausfahrenden Polizeikräften gewesen.“

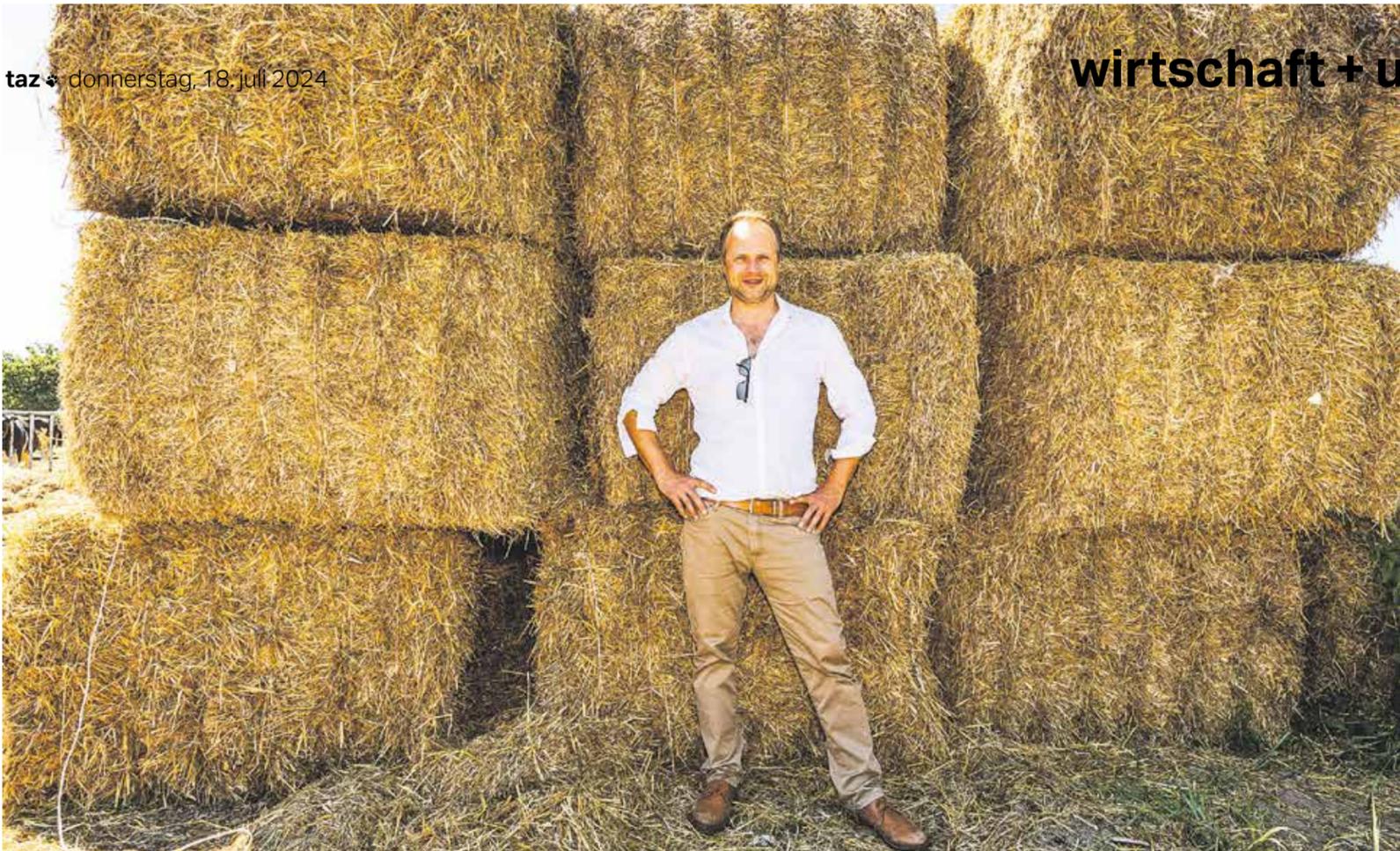
Dabei sei jeder Atom Mülltransport ein „potenzielles Anschlagziel“, argumentiert Hartmut Liebermann von der Initiative Kein Atom Müll in Ahaus. „Es kann doch nicht sein, dass der Fahrer offenbar weder über eine klare Routenbeschreibung, ein entsprechend programmiertes Navigationssystem noch über ein Funkgerät verfügt hat“, sagt er.

Atomkraftgegner:innen warnen seit Jahren, die Castor-Transporte, die über den Flughafen der A44 mitten durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und dann über die Autobahnen 3, 40, 59, 42, 2 und 31 durch das dichtbesiedelte Ruhrgebiet geführt werden sollen, seien nicht nur gefährlich, sondern auch „überflüssig und unsinnig“. Denn nach Ahaus gebracht werden sollten die aus einem Reaktor des ehemaligen Kernforschungszentrum Jülich stammenden rund 300.000 hochradioaktiven, in 152 Castoren lagernden Brennelemente ursprünglich wegen angeblicher Erdbebengefahr. Doch bereits im Oktober 2022 war das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zu der Einschätzung gekommen, dass diese Erdbebengefahr überhaupt nicht besteht.

„Wir fordern deshalb den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich, dass den heutigen Sicherheitsansprüchen genügt“, sagt etwa Atomkraftgegner Liebermann – schließlich gibt es im mehr als 30 Jahre alten Zwischenlager Ahaus nicht einmal eine „heiße Zelle“, in der defekte Castoren repariert werden könnten.

Offiziell ist auch das noch immer eine angedachte Option – doch die Jülicher Entsorgungsgesellschaft habe bei der zuständigen Genehmigungsbehörde BASE bereits „einen Antrag auf Einzeltransport der 152 Castoren“ gestellt, so CDU-Landesinnenminister Reul in einem auf den 12. März 2024 datierten Schreiben an den Innenausschuss des Landtags.

„Eine Transportgenehmigung durch das Bundesamt BASE müsste jetzt ausgeschlossen sein, da die NRW-Polizei die Sicherheit der geplanten 152 Castor-Transporte auf den Autobahnen nicht lückenlos gewährleisten kann“, bilanziert dagegen Marita Boslar vom Aktionsbündnis Stop Westcastor. Allerdings: Noch gibt sich das Bundesamt völlig ahnungslos. „In die Durchführung von Probetransporten“, heißt es auf taz-Anfrage, „ist das BASE nicht eingebunden.“



Er ist der Chef: Der Brandenburger Landwirt Benjamin Meise ist Vorsitzender der DLW-Partei. Hier ist er vor Strohballen in seinem Agrarbetrieb im Juni 2022 zu sehen. Foto: André Wunstorf

Hauptsache, Subventionen für die Bauern

Die neue Bauernpartei Deutsch|Land|Wirtschaft kämpft für billigen Agrardiesel. Aber sie schürt auch Ängste vor Kriminalität durch Migranten, will Waffenlieferungen für die Ukraine stoppen und zeigt sich unkritisch gegenüber der extrem rechten AfD

Von Jost Maurin

Manche Landwirte in Deutschland träumen davon, was Bauern in den Niederlanden schon geschafft haben: Dort ist aus Bauernprotesten gegen mehr Umweltschutz die Partei BoerburgerBewegung (BBB) entstanden. Seit Kurzem regiert sie das Land zusammen mit der rechtspopulistischen PVV von Geert Wilders.

Auch in Deutschland gab es diesen Winter Bauernproteste. Und auch daraus ist nun eine Partei entstanden: Schon ihr Name „Deutsch|Land|Wirtschaft“ (DLW) zeigt, wie wichtig für sie die Interessen der Agrarbranche sind. Die führenden Mitglieder sind Landwirte. Die Partei sammelt gerade 2.000 Unterschriften, damit sie bei der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September antreten kann. Später will sie bundesweit kandidieren. Mehrere Medien haben über sie berichtet – allerdings ohne eine Analyse ihrer Forderungen und ihres Personals.

Doch die DLW schürt Angst vor Migranten, will Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen und hält sich eine Zusammenarbeit mit der AfD offen. Ein Vorstandsmitglied – der Kampfsporttrainer Sören Michele – organisierte Demonstrationen gegen „das System“ sowie gegen Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie und bot mindestens einmal einem Reichsbürger-nahen Sänger eine Bühne. Vizevorsitzender Thomas Essig ist durch falsche sowie populistische Behauptungen aufgefallen und war an einer Veranstaltung mit dem rechtsradikalen Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, Klimawandelleugnung und Verschwörungsmethoden beteiligt. Das Programm der DLW fordert, die Subventionen für den Diesel von Traktoren

zu erhalten, erwähnt aber Klimaschutz mit keinem Wort.

In einem Video im offiziellen Facebook-Kanal der Partei sagt der sehr muskulöse, glatzköpfige Michele neben dem Logo mit dem Schriftzug DLW und einer Getreideähre zum Beispiel: „Durch unkontrollierte Zuwanderung ist auch unser Land nicht mehr sicher. ... Das muss endlich aufhören.“ Tatsächlich gehörte Deutschland der Europäischen Statistikbehörde (Eurostat) zufolge 2021 beziehungsweise 2022 zu den EU-Staaten mit den niedrigsten Mord- und Raubraten pro Einwohner.

Im Programm der DLW heißt es: „Die irregulären Flüchtlings-

Ein späterer DLW-Vorstandler bot einem Reichsbürger-nahen Sänger eine Bühne

wellen aus Krisengebieten, insbesondere ab 2015, überfordern zu viele Bürger. Das öffentliche Leben scheint durch ‚Fremde‘ dominiert.“ Laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung betrug der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit Ende 2022 im Schnitt 15 Prozent. In zahlreichen ostdeutschen Landkreisen waren es sogar weniger als 5 Prozent.

„Wir sind nicht fremdenfeindlich“, sagte DLW-Vorsitzender Benjamin Meise der taz. Deutschland brauche Zuwanderung. „Aber wir glauben, dass der Integrationsbogen in Deutschland überspannt worden ist.“

Die von Russland angegriffene Ukraine will die Partei offenbar ihrem Schicksal überlassen. Jedenfalls lehnt die DLW „parteiübergreifende Maßnahmen wie beispielsweise die Waffenlieferung in (potentielle)

Kriegsgebiete ab.“ Dass das auch die Ukraine betrifft, bestätigte Meise der taz. „Ich sehe Russland nicht mehr als Aggressor als die Nato“, ergänzte er.

Kritiker dieser Position wenden ein, dass die Ukraine von Russland angegriffen wurde und ohne Waffen aus dem Westen von seinen Truppen unterdrückt würde. Das könnte auch eine Migrationswelle zum Beispiel nach Deutschland verursachen.

Gleich im zweiten Satz des Parteiprogramms steht, die DLW könne sich „eine Zusammenarbeit mit jedem vorstellen, mit dem wir uns in der Sache einig sind und der das Grundgesetz anerkennt.“ Zur AfD befragt sagte Meise der taz: „Ich bin da nicht bewandert genug, um das ausreichend beurteilen zu können, ob die denn das Grundgesetz beachten.“ Ist das glaubwürdig, wo die AfD doch in Wahlumfragen in Brandenburg seit Monaten am besten abschneidet? „Wir sind keine Politologen“, antwortete Meise darauf.

Die AfD hat sich mehrmals zum Grundgesetz bekannt, aber ihre Programmatik und Äußerungen von führenden Politikern der Partei zielen etwa dem Deutschen Institut für Menschenrechte zufolge in Wirklichkeit darauf ab, die in Artikel 1 des Grundgesetzes verbrieftete Garantie der gleichen Menschenwürde für alle abzuschaffen. Führungspersonen der Partei haben demnach erkennen lassen, dass sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der Ziele der AfD anstreben. Zudem hätten Politiker der Partei sich zum Nationalsozialismus bekannt. Mehrere Verfassungsschutzämter haben die AfD insgesamt oder einzelne Landesverbände als gesichert rechtsextrem – also verfassungsfeindlich – oder zumindest als Verdachtsfall eingestuft.

Während drei der vier DLW-Vorstandsmitglieder – übrigens alles Männer – aus der Landwirtschaft oder zumindest Agrarverbänden stammen, steht Michele

für das Bündnis mit anderen Gruppen der Gesellschaft. Auf der DLW-Internetseite firmiert er als „Selbstständig, Qualitätsmanager, Kampfsporttrainer“. Schon lange vor den Bauernprotesten organisierte Michele in Brandenburg Proteste gegen Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie. Im Dezember 2022 veranstaltete Michele der *Märkischen Oderzeitung (MOZ)* zufolge in Fürstenwalde eine Kundgebung mit Plakaten wie „Sperrt diese Regierung endlich weg!“. Dort habe auch ein Musiker gesungen, der laut *Tagesspiegel* ein paar Monate früher bei einer Veranstaltung in Berlin mit Reichsbürgern aufgetreten war. Auf einer von Micheles Demos im Januar 2024 beschimpfte ein Politiker der Querdenker-Partei „die Basis“ der MOZ zufolge Teile der Regierung als „Parlamentsdioten“. Auf dieser Demonstration war der spätere DLW-Chef Meise einer der Hauptredner. Immer wieder propagierte Michele: „Das System ist am Ende.“ Dabei blieb offen, welches „System“ – etwa die liberale Demokratie – gemeint war.

Vizeparteiessig behauptete in einem Video im Juli: „Es sind ja nur noch 15 Millionen Menschen, die Steuern bezahlen.“ Laut Statistischem Bundesamt waren aber 2020 42,7 Millionen Menschen in Deutschland einkommenssteuerpflichtig. Eigentlich jeder zahlt zusätzlich Mehrwertsteuer.

Den ehemaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin beleidigte Essig in einem anderen Video im Juni als „grünen Sack“. Auf seine „Alimente“ als Ex-Minister müsse er keine Steuern zahlen. Aber ein Sprecher des zuständigen Bundesinnenministeriums teilte der taz mit: „Die Ruhegehälter von ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung sind einkommenssteuerpflichtig.“

Prominent im DLW-Programm ist Kritik an der Agrarpolitik. „Öffentliche Leistungen werden seit Jahren bei steigenden Anforderungen gekürzt“, bemängelt die Partei. Landwirte würden „gegängelt als Sündenbock der Nation“.

Kein Wort allerdings findet sich in dem Programm darüber, dass die Landwirtschaft einer der Hauptverursacher des Artenster-

bens ist, und was die DLW dagegen unternehmen will. Auch der Klimawandel wird nicht einmal erwähnt. Die Agrarbranche verursacht inklusive der Emissionen aus Böden und Maschinen laut Umweltbundesamt 13 Prozent der Treibhausgase hierzulande.

Außer dem Festhalten an der Agrardieselsubvention enthält das Programm kaum konkrete Forderungen in der Landwirtschaftspolitik. Die DLW spricht sich aber gegen „die politische Festsetzung von Mindestwerten für den ökologischen Landbau“ aus. Das sei insbesondere wegen des bei Bio „nötigen Pflügens und der damit verbundenen negativen Wirkung auf die Bodenbiologie kontraproduktiv“.

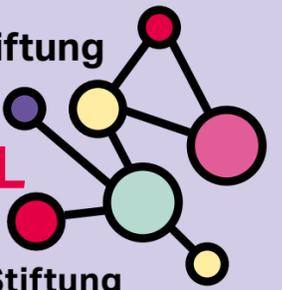
Der Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) weist jedoch darauf hin, dass keinesfalls alle Biobetriebe pflügen und dass für die Boden-

gesundheit nicht allein die Frage „Pflug ja oder nein“ entscheidend sei. Der Ökobauernverband Bioland teilte der taz mit: „Dass der Ökolandbau dem Bodenleben schadet, ist nicht belegt – im Gegenteil.“ Eine Überblicksstudie des bundeseigenen Thünen-Agrarforschungsinstituts zeige, „dass die Biomasse von Regenwurmpopulationen unter ökologischer Bewirtschaftung 93 Prozent höher ist als unter anderen Bewirtschaftungsformen.“ Die Artenvielfalt sei höher.

Essig und Michele reagierten bis Redaktionsschluss nicht auf Bitten der taz um Stellungnahme. An ihrer Stelle antwortete Meise unter anderem, alle Menschen würden sich ständig entwickeln: „Sollte es während der Mitgliedschaft zu unrechtem und parteischädigendem Verhalten kommen, so werden wir uns hiermit auseinandersetzen.“

taz panterstiftung

WAS AUF DEM SPIEL STEHT



Die taz Panter Stiftung präsentiert **PANTER FOREN**

Vor den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg laden wir zu Diskussionen mit Gästen aus Politik, Kultur und Bewegung ein. **Ab 18 Uhr wird der taz Panter Preis verliehen.**

24. AUGUST

CHEMNITZ
Weltecho

7. SEPTEMBER

COTTBUS
Bunter
Bahnhof

11-21 UHR
EINTRITT
FREI

Anmeldung unter taz.de/panterforen
Weitere Infos auf taz.de/stiftung



Die Foren und der Panter Preis werden durch Spenden finanziert: taz.de/spenden

Adoption oder Tod

Türkische Regierung will Straßenhunde trotz starker Proteste töten

Aus Istanbul
Jürgen Gottschlich

Die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat am Mittwoch ein Gesetz im Parlament eingebracht, das die massenhafte Tötung von Straßenhunden vorsieht. Es soll das Jahrhundert alte Problem der Straßenhunde lösen, indem sie gefangen und getötet werden sollen. Eingefangene Hunde sollen zunächst einen Monat in städtischen Tierasylen untergebracht und im Internet zur Adoption angeboten werden. Die Tiere, die dann keinen Besitzer gefunden haben, sollen getötet werden. Die frei gewordene Plätze in den Tierasylen werden dann wieder mit eingefangenen Hunden gefüllt, die nach demselben Muster erst angeboten und dann getötet werden sollen, bis das Problem der Straßenhunde gelöst ist.

Gegen die geplanten Tötungen gibt es starke Proteste, darunter alle türkischen Tierschutzvereine und die Landesvertretung der Tierärzte. HundeliebhaberInnen protestierten auf Demonstrationen gegen den geplanten Massenmord. Gegner und Befürworter des Gesetzes liefern sich in den sozialen Medien heftige Gefechte. Anlass für das Gesetz ist laut Regierung die wachsende Gefahr, die von den Straßenhunden ausgeht. Angeblich sei die Anzahl der von Straßenhunden angegriffenen Menschen, darunter angeblich viele Kinder, in den letzten Jahren immer mehr angestiegen, sodass das Problem nicht mehr ignoriert werden könnte. Regierungsanhänger posten Bilder von gebissenen Kindern, um die Gefahr der Straßenhunde zu zeigen. Dagegen lehnen Tierschützer das Massentöten ab und fordern stattdessen, die Hunde einzufangen, zu sterilisieren und in neu zu bauenden, kommunalen Tierheimen zu versorgen. Nur durch eine landesweite Sterilisationskampagne könne das Problem tiergerecht und dauerhaft gelöst werden, sagt der Tierärzterverband.

Ob die Straßenhunde, die zum alltäglichen Bild gehören, tatsächlich zu einer größeren Bedrohung geworden sind, ist schwer nachprüfbar. Belastbare Zahlen gibt es dazu nicht, stattdessen emotionalisierende Internetkampagnen. Der eigene Augenschein spricht aber dagegen. In aller Regel liegen die Hunde friedlich in der Sonne und lassen sich selbst an belebten Plätzen nicht aus der Ruhe bringen. In den meisten Nachbarschaften kennen die Leute „ihre Straßenhunde“ und versorgen sie auch. Viele HundefreundInnen haben in den letzten Wochen „ihren Straßenhunde“ Halsbänder umgehängt, damit Hundefänger sie nicht einsammeln.

Die Vehemenz der Auseinandersetzung zeigt, dass damit auch ein gesellschaftlicher Konflikt verbunden ist. Für das religiöse Lager sind Hunde per se „unrein“ und werden abgelehnt. Laut Erdoğan haben nur die Ungläubigen „weißen Türken“ Hunde, es sei denn, es sind nützliche Hirtenhunde auf dem Dorf. Entsprechend ist die säkulare größte Oppositionspartei CHP strikt gegen die „Hunde-euthanasie“, aber auch die religiöse Neue Refah Partei, Erdogans gefährlichste Konkurrenz auf religiöser Seite.

Der Neue und der Alte: Premierminister Keir Starmer und sein Vorgänger Rishi Sunak bei der Eröffnung des Parlaments am 17. Juli
Foto: Ian Vogler/reuters



Mit Pomp und Prunk in die neue Regierung

In der King's Speech verkündet König Charles III. das Regierungsprogramm der neuen Labour-Regierung unter Keir Starmer. Der setzt auf mehr Vertrauen und Stabilität durch Wirtschaftsreformen

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Begleitet von Prunk und Pomp verkündete König Charles III. am Mittwochmorgen die Pläne der neuen britischen Labour-Regierung. Am 4. Juli hatte Labour bei den britischen Nationalwahlen die Mehrheit im Unterhaus gewonnen. Keir Starmer wurde neuer Premierminister.

Das Kabinett wolle im Dienste des Landes regieren, verlas König Charles während der traditionellen Zeremonie. Die neue Regierung stehe im Zeichen von Sicherheit, Fairness und Chancen für alle. Stabilität stünde im Zentrum. Alle Entscheidungen sollten von einer unabhängigen staatlichen Stelle auf optimale Mittelverwendung geprüft werden. Wirtschaftswachstum sei „die fundamentale Mission“.

Im Programm stehen eine ganze Reihe an Reformen: ein großes Wohnungsbauprogramm mit klaren Bauauflagen, bei denen es nicht mehr darum gehen soll, ob gebaut wird, sondern wie. Es geht um die Wiederverstaatlichung der Bahn, Busdienste sollen stärker in den Händen der Kommunen liegen.

Weitere Pläne haben mehr Schutz für Arbeitnehmer:innen im Blick, für Mieter:innen, für Kinder und Jugendliche oder Frauen. Auch der Opferschutz und die Rechte von Veteranen sollen gestärkt werden.

Starmers Regierung will das Erbrecht für das britische Oberhaus – dem House of Lords – abschaffen. Parlament, Regierungämter und Kommunalverwaltungen sollen neue Auflagen bekommen, damit sie die Standards einhalten, die von ihnen erwartete werden. Ansinnes des Kabinetts ist es, so wieder Vertrauen und Respekt in diese Institutionen herzustellen. Selbst der britische Fußball soll sich künftig einer Prüfung unterziehen müssen. Eine unabhängige Behörde soll auch hier die Einhaltung von Standards abklopfen.

Der König verkündete zudem, dass sich die neue britische Regierung der Energiewende verpflichtet. Dies soll unter anderem durch ein neues staatliches Energieunternehmen umgesetzt werden, das Energieversorgung und Investitionen koordinieren soll. Der Staat will außerdem nachhaltige Treibstoffe für Flugzeuge fördern. Bei Refor-

men im staatlichen Gesundheitswesens soll es nicht nur darum gehen, Wartelisten zu verringern, sondern auch Dienste zur mentalen Gesundheit auf die gleiche Stufe wie andere Gesundheitsbereiche zu stellen. Diese Pläne, sowie Gesetze für

Investitionen in Infrastruktur, mehr Wohnraum und in ein verbessertes Gesundheitswesen

gleichen Lohn unabhängig von Geschlecht oder Herkunft, sollen den Zugang zu Arbeitsplätzen verbessern – und so zum Wachstum beitragen. Bessere Bedingungen soll es auch im Schul- und Bildungswesen geben, und die britische Mehrwertsteuerbefreiung von Privatschulen abgeschafft werden.

Starmers Regierung übernimmt die von der konservativen Vorgängerregierung unter Rishi Sunak geplante Altersanhebung für den Kauf von Tabakwaren, inklusive Vapes,

sowie Ideen, um Junkfood schärfer zu regulieren. Auch die sogenannte Konversionstherapie soll verboten werden – ein Ziel, das die Tories versprochen, aber nie lieferten.

Außenpolitisch will die neue britische Regierung es auch ihren Vorgängern gleich tun: Sie sei der Nato verpflichtet, stehe hinter der Ukraine und strebe im Nahen Osten eine Zweistaatenlösung an. Aber: Die Beziehungen mit der EU will man neu ausrichten. Auch Reformen im Asylrecht und neue Maßnahmen gegen illegale Einwanderung wurden angekündigt.

In einem ausführlichen Begleitdokument, betonte Premier Keir Starmer, dass es ihm vor allem um Vertrauensbildung gehe – konkret gegen den „verführerischen, jedoch spaltenden, Quacksalbercharme des Populismus“. Dies kann wohl auch als Seitenhieb und Hinweis auf Entwicklungen andernorts in Europa gewertet werden. Auch auf das Agieren des US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und den Einzug von Nigel Farages Reform UK sowie populistischer pro-palästinensischer Unabhängiger im britischen Parlament.

Die Hamas-Taten des 7. Oktober

Human Rights Watch zieht im Bericht ein eindeutiges Fazit: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Aus Tel Aviv Lisa Schneider

Etwa neun Monate nach dem Angriff militanter Palästinenser auf Südisrael am 7. Oktober veröffentlicht die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) einen detaillierten Bericht über die von den Militanten damals begangenen Verbrechen. Das Fazit ist eindeutig: Die Gruppen, so HRW, hätten multiple Verstöße gegen das internationale Recht begangen, unter anderem gezielte Angriffe auf Zivilisten, grausame Behandlung sowie die Gefangennahme von Geiseln.

Nun fragen sich viele in Israel: Dafür hat die Organisation mehrere Monate gebraucht? Die Kritik, dass HRW sich pro-palästinensisch positioniere, erhebt Israel immer wieder.

Tatsächlich offenbart der Bericht keine grundlegend neuen Fakten, doch er fasst ausführlich zusammen, was HRW über den Angriff am 7. Oktober anhand vieler Zeu-

gen und Experten zusammengetragen hat.

So geht HRW etwa im Detail auf die Frage ein, wer von palästinensischer Seite an dem Angriff beteiligt war. Die Attacke sei organisiert und lange im Voraus geplant gewesen. Nicht nur von der Hamas und dem Palästinensischen Islamischen Dschihad, über deren Teilnahme hinlänglich berichtet wurde.

Insgesamt waren laut HRW fünf bewaffnete Gruppen beteiligt: die Qassam-Brigaden, der bewaffnete Arm der Hamas, und die Quds-Brigaden, die dem Palästinensischen Islamischen Dschihad angehören. Außerdem waren der bewaffnete Arm der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas beteiligt, die Omar al-Qasim-Brigaden, sowie die Abu Ali Mustafa-Brigaden der Volksfront für die Befreiung Palästinas und die früher der Fatah zugehörigen Aqsa Märtyrer-Brigaden.

Das Training für den Übergriff erfolgte gemeinsam, schreibt HRW.

Die Gruppen waren Teil eines „gemeinsamen Kommando-Zentrums“, trotz sonstiger politischer Differenzen. Zivilisten aus Gaza, die keiner der bewaffneten Gruppen angehören, hatten sich laut HRW an den Übergriffen beteiligt.

Die von der Nachrichtenagentur AFP veröffentlichten Opferzahlen hat HRW gecheckt. Sie kommen auf die gleiche Zahl: Genau 1.195 Tote, davon mindestens 282 Frauen und 36 Kinder, sowie 79 Staatsbürger anderer Länder. Von den 1.195 Toten seien 815 Zivilisten.

Im Rahmen der Erstellung des Berichts schickte HRW auch einen Fragenkatalog an die Hamas. Die antwortete mit einem langen Brief, in dem sie angab, Hamas habe sich an das internationale Recht gehalten. Die hohe Zahl von getöteten Zivilisten schiebt die Gruppe auf „Menschen, die mit palästinensischen Gruppen, die nicht Teil der Militäraktion waren“, mitgegangen seien. Dies habe den Plan, eine

Operation gegen militärische Ziele durchzuführen, verändert. HRW weist diese Erklärung zurück und hält fest, dass Hamas-Kämpfer bei Weitem den größten Anteil unter den einfallenden Militanten ausmachten.

Der Bericht von HRW geht außerdem auf den Vorwurf des sexuellen Missbrauchs und der geschlechtsspezifischen Gewalt durch die palästinensischen Milizionäre ein. Die Organisation selbst konnte nach eigenen Angaben durch Interviews mit Überlebenden des 7. Oktobers keine „verifizierbaren Informationen“ sammeln.

HRW bezieht sich daher auf einen Bericht des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Sexuelle Gewalt in Konflikten aus dem März. Der kam damals zu dem Schluss, dass es „berechtigten Grund zur Annahme“ gebe, dass es zu sexueller Gewalt, Vergewaltigung und Gruppenvergewaltigungen gekommen sei.

Einigkeit dringend gesucht

Bei den US-Demokrat*innen stößt der Vorschlag auf Widerspruch, schon diese Woche über Joe Bidens Kandidatur abzustimmen. Biden selbst schlägt unterdessen neue Regeln für den Supreme Court vor

Von **Bernd Pickert**

Während die öffentliche Aufmerksamkeit in den USA in diesen Tagen gänzlich den Republikaner*innen, ihrem Parteitag und den Folgen des Attentats auf Donald Trump vom vergangenen Samstag gewidmet ist, verschärft sich bei den Demokrat*innen der Streit um die Kandidatur Joe Bidens.

Dabei sind mindestens zwei Tendenzen auszumachen: Die eine Seite geht davon aus, dass es keinerlei Anzeichen dafür gibt, dass Joe Biden von der Kandidatur zurücktritt. Das wäre die Voraussetzung dafür, dass die von ihm in den Vorwahlen gewonnenen Delegierten jemand anderen an die Spitze des Tickets wählen könnten. Diese Seite fürchtet, die hitzige Debatte unter Demokrat*innen löse nur weiteren Schaden aus.

Dieser Perspektive hat sich jetzt auch das Führungsgremium Democratic National Committee (DNC) angeschlossen und vorgeschlagen, mit der Abstimmung über die Nominierung nicht bis zum Parteitag abzuwarten, der erst am 19. August in Chicago beginnt. Sie wollen die Delegierten vielmehr schon am nächsten Sonntag virtuell abstimmen lassen und die Debatte damit beenden.



Als wäre nichts gewesen: US-Präsident Joe Biden auf Wahlkampftour in Las Vegas
Foto: Tom Brenner/reuters

Das bringt die andere Seite erst recht auf die Palme. Schon kursiert ein zunächst von drei demokratischen Abgeordneten verfasster Brief ans DNC mit der dringenden Aufforderung, diese Art der Diskussionsunterdrückung bleiben zu lassen. Bemerkenswerterweise gehören die Verfasser nicht zum Kreis jener 19 Abgeordneten, die bislang offen den Abtritt Bidens gefordert haben.

Sie weisen darauf hin, dass es keinen rechtlichen Grund mehr gibt, die Abstimmung nicht ganz normal beim Par-

teitag selbst abzuhalten, nachdem der Bundesstaat Ohio Ende Mai ein Verfahren geändert hat, mit dem nicht auf die Wahlzettel gekommen wäre, wer bis zum 7. August nicht gemeldet ist. Aufgrund dessen hatten die Demokrat*innen ursprünglich eine virtuelle Abstimmung für den 5. August angesetzt.

Der Versuch des DNC, die Debatte nunmehr per Machtwort zu beenden und Einigkeit zu erzwingen, könnte nach hinten losgehen. US-Medien mit guten Drähten in demokratischen Parteikreisen berichten etwa von

unzähligen Mails, Nachrichten und Telefonanrufen, mit denen aufgebrachte wichtige Geldgeber*innen versuchen, für den Abgang Joe Bidens zu werben. Spendergruppen geben inzwischen auch eigene Umfragen in Auftrag, um zu sehen, ob und wie sich die ohnehin schlechten Wahlchancen nach der desaströsen TV-Debatte vom 27. Juni verändert haben. Und die sehen nicht gut aus. Laut CNN, das eine der nicht veröffentlichten Umfragen vorliegen haben will, hat sich der Vorsprung Trumps auf Biden nicht nur in den be-

kannten Swing States vergrößert – vielmehr ist es in weiteren Staaten eng geworden, die den Demokrat*innen bislang noch als leidlich sicher galten.

Die Republikaner*innen haben sich im Übrigen schon auf die Möglichkeit eines Wechsels eingestellt: Auffällig viele Redner*innen attackierten beim Parteitag in Milwaukee am zweiten Tag gezielt Vizepräsidentin Kamala Harris.

Unterdessen versucht Biden selbst, die Aufmerksamkeit auf Trump und die Gefahr für die Demokratie zu lenken, die von einer zweiten Amtszeit des Ex-Präsidenten ausgeht. Dazu hat Biden Vorschläge zur Regulierung des Obersten Gerichtshofs eingebracht: Die Amtszeit der Richter*innen soll begrenzt werden, ein Ethik-Kodex soll vereinbart werden – eine Reaktion auf Korruptionsvorwürfe gegen zwei konservative Richter – und dann soll sogar ein Verfassungszusatz die Immunität des Präsidenten genauer definieren, als es die Richter in ihrem Immunitätsurteil taten.

Nichts davon hat den Hauch einer Chance, im Kongress die notwendigen Mehrheiten zu finden, erst recht nicht in den nächsten Monaten. Aber Biden hofft, zumindest politisch damit zu punkten. Die Diskussion über sich selbst wird er aber nicht beenden können.

Erneut Tote bei Protesten

In Kenia fordert die Generation Z weiter den Rücktritt des Präsidenten

Aus Nairobi **Maria Macharia**

Die Konfrontation zwischen wütenden Bürgern und Kenias bedrängter Regierung nimmt kein Ende. Mindestens sechs Menschen wurden am Dienstag bei neuen Protesten getötet. Schießwütige Sicherheitskräfte werden erneut beschuldigt, mit scharfer Munition Proteste niederzuschlagen, die sich ursprünglich gegen ein Haushaltsgesetz mit Steuererhöhungen richteten und nun gegen Präsident William Ruto, dessen Rücktritt gefordert wird.

Rutos Konzessionen scheinen nicht gefruchtet zu haben. Zuerst zog er das Haushaltsgesetz zurück, dann entließ er seine gesamte Regierung, auch der Polizeichef trat zurück. Aber die Jugendprotestbewegung, genannt „Generation Z“, sieht darin keine Lösung für die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung. Die Proteste am Dienstag, zu denen die Generation Z im Wochenrhythmus nach dem Motto „Tuesday to Tuesday“ aufgerufen hatte, waren die wohl bisher heftigsten. Es gab Straßenschlachten in der Hauptstadt Nairobi und in der Stadt Nakuru.

Dort wurde die Journalistin Catherine Wanjeri Kariuki mit Gummigeschossen schwer verletzt. Die Schüsse wurden aus einem fahrenden Polizeiauto direkt auf mit Warnwestem als „Presse“ zu erkennende Medienmitarbeiter abgefeuert. Kariuki wurde drei Mal getroffen und ins Krankenhaus gebracht; ihr Zustand soll stabil sein.

Am Vorabend hatte Ruto die US-Stiftung Ford Foundation beschuldigt, die Proteste zu fördern. „Wer sie fördert, um Gewalt und Chaos herbeizuführen, sollte sich schämen“, hatte Ruto gesagt. „Wir fordern die Ford-Stiftung auf, Kenianern ihre Rolle in den jüngsten Protesten zu erklären. Wir werden alle benennen, die unsere hart erkämpfte Demokratie zurückdrängen wollen.“ Die Ford Foundation wies die Vorwürfe zurück: „Wir haben die Proteste gegen das Haushaltsgesetz weder finanziert noch gefördert und alle unsere Fördermaßnahmen sind strikt unpolitisch.“ Für Donnerstag hat die Protestbewegung zu neuen Demonstrationen aufgerufen.

Gegen Fake News und die extreme Rechte

Der spanische Regierungschef Sánchez will gegen Fake News vorgehen – auch als Reaktion auf eine Kampagne gegen ihn

Aus Madrid **Reiner Wandler**

Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez will gegen Fake News und gegen politische Einflussnahme auf die Medien vorgehen. Dazu legte er am Mittwoch im spanischen Parlament eine Reihe von Vorschlägen vor.

„Ohne freie und hochwertige Medien gibt es keine Demokratie“, erklärte Sánchez vor dem Parlament. Der „wiederholte Konsum von Fake News“ stehe in einem Zusammenhang mit dem Aufstieg der extremen Rechten, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Ein Beispiel: In Fake News würden, so Sánchez, gezielt falsche Zahlen verbreitet. Das führe etwa

dazu, dass „die Menschen glauben, dass die Zahl der Migranten, die bei uns leben, doppelt so hoch“ sei, wie sie tatsächlich ist.

„Es ist nicht die Absicht der Regierung, Glaubwürdigkeitszertifikate an die Medien auszustellen“, erklärte Sánchez. Es gehe darum, „wahrheitsgemäße Informationen sicherzustellen“ und so den Auftrag der spanischen Verfassung zu erfüllen. Das Paket zur „demokratischen Erneuerung“, das auch Parteien und Regierung zu mehr Offenheit verpflichten soll, müsse auf allen Ebenen „neue Transparenzstandards setzen“.

Hinsichtlich der Medien müssten „die Bürger die Finan-

zierung, die Namen ihrer Aktionäre und ihre Reichweite kennen“, betonte Sánchez. Er will die Mittel begrenzen, die die öffentlichen Verwaltungen für Medien bereitstellen dürfen. Dazu müsse das Gesetz über institutionelle Werbung überarbeitet werden.

Sánchez hatte ein solches Gesetzespaket zur „demokratischen Erneuerung“ bereits vor knapp drei Monaten angekündigt. Zuvor hatte ein Richter Ermittlungen gegen Sánchez' Ehefrau, Begoña Gómez, aufgenommen. Sie habe zugunsten von Unternehmen Einfluss auf ihren Mann genommen. Die Kläger, zwei rechtsextreme Organisationen, stützen

sich ausschließlich auf Berichte kleiner, für ihre Fake News bekannten Nachrichtenseiten im Netz. Allen diesen Medien ist gemein: Sie leben fast ausschließlich von öffentlicher Werbung, vergeben von rechten Regional- und Kommunalregierungen.

Sánchez entschied sich nach kurzer Bedenkzeit, im Amt zu bleiben, und kündigte an, gegen „Pseudomedien“ vorzugehen. Diese würden in Zusammenarbeit mit rechten und rechtsextremen Organisationen und einigen Richtern das politische Klima gezielt vergiften.

Die konservative Partido Popular (PP) und die rechtsextreme VOX wollen von einem

solchen Gesetzespaket nichts wissen. Für sie ist das, was Sánchez „Pseudomedien“ nennt, „freie, kritische Presse“. Sánchez wolle vertuschen, dass er „aus dem Regierungspalast ein Familienunternehmen gemacht“ habe, nutzte PP-Chef Alberto Nuñez Feijóo einmal mehr die Ermittlungen gegen die Ehefrau von Sánchez als Argument.

Der Richter in Madrid, der der PP nahesteht, hat mittlerweile die rechtsextreme VOX als öffentliche Nebenklage zugelassen. Er ermittelt in alle nur denkbaren Richtungen, obwohl die Staatsanwaltschaft keinerlei Indizien für die Vorwürfe finden konnte.

KANN DER WESTEN WEG?

Europa und Nordamerika haben viel vorgebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?

Mit: *Joschka Fischer; Dana Giesecke; Maja Göpel; Jürgen Habermas; Wolf Lotter; Jörg Metelmann; Marcus Mittermeier; Ella Müller; Luisa Neubauer; Harald Welzer*

taz **FUTURZWEI**

Magazin für **Zukunft und Politik**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Die neue taz **FUTURZWEI**

» taz **FUTURZWEI**-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop



**debatte****Quo vadis, Teheran?**

Eine komplette Kehrtwende in der Außenpolitik wäre nötig, um Iran wirtschaftlich wieder auf einen grünen Zweig zu bringen

Der überraschende Sieg des vermeintlich moderaten Massud Peseschkian bei den Präsidentschaftswahlen in Iran gibt Anlass zu Spekulationen. Bereits seine Zulassung als Kandidat deutete darauf hin, dass Revolutionsführer Ali Chamenei und der harte Kern des Machtapparats befürchteten, ohne Hinzunahme eines moderaten Kandidaten werde die Wahlbeteiligung noch geringer ausfallen als bei den letzten Parlamentswahlen. Sie lag nach offiziellen Angaben bei 42 Prozent.

Die Katastrophe blieb dennoch nicht aus. Selbst wenn man den zweifelhaften Angaben des Innenministeriums in Teheran Glauben schenken würde, gingen beim ersten Wahlgang nur knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen. In der Geschichte der Islamischen Republik ist das ein historisches Tief und für die Staatsführung eine beschämende Schlappe.

In der Geschichte der Islamischen Republik ist die geringe Wahlbeteiligung auf einem historischen Tief

Ob dieses Desaster für die Machthaber ausgereicht, um endlich einzusehen, dass ihr Regime keine Legitimation mehr hat? Und hat die Staatsführung tatsächlich die Rufe der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit nach grundlegenden Veränderungen, nach einem anderen Staat, endlich vernommen und daher den Weg für einen moderaten Präsidenten freigemacht?

Die Wähler haben durch den Wahlboykott ihrem Unmut Luft gemacht. Die andauernde und sich vertiefende ökonomische Krise, die immer mehr Menschen in die Armut treibt, und die Zunahme der Repressionen haben das Leben für Millionen Bewohnerinnen und Bewohner unerträglich gemacht. Das Regime regierte auf jede Kritik und jeden Widerstand stets mit brutaler Gewalt.

Wie oft sind die Menschen, hoffend auf grundlegende Reformen, geduldig zu den Wahlurnen gegangen. Ihre Rufe nach Freiheit und Mitbestimmung stießen auf taube Ohren. Die Herrscher waren nie bereit, den Bedürfnissen und Nöten der Bevölkerung entgegenzukommen. Sie beharrten hartnäckig auf die Fortsetzung der ideologisch verbrämten und religiös getarnten Irrwege. Damit haben sie sich vom eigenen Volk weit entfernt. Sie sind zu Fremden im eigenen Land geworden.

Längst geht es nicht mehr um einzelne Forderungen. In Iran prallen zwei Kulturen, zwei einander entgegengesetzte Lebensauffassungen aufeinander. Hier eine Zivilgesellschaft, die nach Freiheit, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit strebt. Dort eine traditionell und fundamentalistisch-islamisch geprägte Herrschaft, die den Menschen gemäß der eigenen moralisch-ethischen Vorstellung vorschreiben will, wie sie zu leben und denken haben.

Dass Peseschkian als Sieger hervorging, lässt die sanfte Hoffnung zu, dass die Machthaber umdenken. Welche Konsequenzen wird die Wahl ha-

ben? Und ist Peseschkian in der Lage, grundlegende Reformen in der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik durchzusetzen? Er selbst hat bislang kein konkretes Programm vorgelegt und will sich erklärtermaßen nach den Anweisungen des Revolutionsführers richten. Ohnehin ist der Spielraum des Präsidenten gemäß der Verfassung überschaubar. Zwar macht es einen Unterschied, ob ein Präsident zu den radikalen Islamisten gehört oder zu den moderaten Reformern. Der Unterschied liegt aber nur in der Art und Weise der Umsetzung der Anweisungen, die von der Machtzentrale, das heißt dem Stab des Revolutionsführers kommen.

Sollte also der Revolutionsführer meinen, es gehe nur darum, mit einem „moderaten“ Präsidenten und einigen oberflächlichen Maßnahmen, das Volk vorübergehend beruhigen zu können, wird Peseschkian genauso scheitern wie seine moderaten Vorgänger Mohammad Chatami und Hassan Rohani. Und selbst, wenn der Revolutionsführer und seine Berater zu der Ansicht gelangt sein sollten, dem neuen Präsidenten grünes Licht für Reformen zu geben, stellt sich die Frage, ob sich der seit über 40 Jahren in Iran herrschende Gottesstaat überhaupt noch reformieren lässt.

Immerhin ist Peseschkian, soweit man weiß, nicht korrupt, eine Eigenschaft, die unter den iranischen Politikern selten ist. Die neue Regierung müsste sich zunächst um die katastrophale Lage der Wirtschaft kümmern, die Zahl der Arbeitslosen drastisch reduzieren und die hohe Inflationsrate dämpfen. Das wäre nur möglich, wenn sie rigoros gegen die Korruption vorgehen würde, die sich wie ein Krebsgeschwür in der gesamten Verwaltung, in privaten und öffentlichen Institutionen verbreitet hat. Sie müsste das Monopol vor allem der religiösen Stiftungen, die keine Steuern zahlen, brechen und noch wichtiger: die Revolutionswächter, die inzwischen die weitaus größte Wirtschaftsmacht des Landes bilden, aus der Wirtschaft verbannen und in die Kasernen zurückschicken, wo sie hingehören.

Nicht weniger entscheidend für die Wirtschaft des Landes sind die internationalen Sanktionen. Hier Erleichterungen zu bewirken, setzt intensivierte diplomatische Anstrengungen voraus und die überzeugende Absage der Islamischen Republik an ihre ideologisch orientierte Außenpolitik. Dabei geht es vor allem um die Front gegen den Westen und gegen Israel. Milliarden Dollar fließen jährlich in die Finanzierung paramilitärischer Organisationen. Nicht zuletzt müsste Teheran das Atomprogramm und die Urananreicherung merklich zurückfahren und glaubhaft versichern, keine Nuklearwaffen zu produzieren.

Innenpolitisch müsste die neue Regierung die rigorose Zensur aufheben und die Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung und der Versammlung, der Kunst und Kultur gewährleisten. Freie Gewerkschaften, Parteien und Verbände müssten zugelassen, die Benachteiligung von Frauen und die Kleidungsregeln aufgehoben, Folter und Hinrichtungen strikt verboten und die politischen Gefangenen freigelassen werden.

Jede dieser Maßnahmen ist ein Ast, auf dem die Machthaber sitzen. Diese Äste abzusägen, würde das Ende der Islamischen Republik bedeuten.



Bahman Nirumand ist Journalist und Autor zahlreicher Bücher. Zuletzt erschienen: „Der mühsame Weg in die Freiheit – Iran zwischen Gottesstaat und Republik“.

Ist es richtig, das „Compact“-Magazin zu verbieten?**Ja****Nein**

Wenn der Staat linksradikale Medien wie Linksunten Indymedia verbietet, regt sich kein Zorn bei AfD und auch nur erstaunlich wenig Protest in den Kommentarspalten der gutbürgerlichen Kaffeetischlektüre. Komisch, dass nun ausgerechnet bei einem extrem rechten Medium Liberalismus und Pressefreiheit ins Feld geführt werden, um Neonazi-Propaganda in Schutz zu nehmen, die sich bereits jetzt in weiten Teilen der Republik wirkmächtig auf der Straße als Gewalt entlädt.

Denn natürlich ist das Verbot von *Compact* richtig, rechtsextreme Finanzstrukturen, die nach Putins Pfeife tanzen und die Demokratie abschaffen wollen, gehören mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Auch wenn sie unter dem Deckmantel der Pressefreiheit Hass, Hetze und Umsturzaufrufe verbreiten.

Denn *Compact* hat nichts mit Journalismus zu tun. Elsässer ist ein rechtsextremer Aktivist und Chef einer rechtsextremen Organisation, die auf vielen Feldern operiert: als Vernetzungsakteur für die Szene, als Sprachrohr der Querdenkzener bis hin zur gewalttätigen Q-Anon-Bewegung und als Vorfeldorganisation der extrem rechten AfD, insbesondere der völkisch-nationalistischen Strömung, die ebenso auf Umsturz gepolt ist.

Auch hier gilt das Toleranzparadoxon von Karl Popper: Zu viel Toleranz gegenüber den Intoleranten führt am Ende zur Abschaffung der Toleranz. Darum greift das Verbot von *Compact* nicht den liberalen Kern unserer Gesellschaft an, sondern verteidigt ihn. Denn die Meinungsfreiheit hat Grenzen – aus Gründen.

Und der Rechtsstaat wurde auch nicht abgeschafft: Der Klageweg vor ein unabhängiges Gericht steht ja offen. Vermutlich wird Elsässer aber vor Gericht große Probleme haben, sich auf die Pressefreiheit zu berufen, wenn er selbst offen zugibt, dass es ihm darum geht, das „Regime“ zu stürzen – also sein Schmutzmagazin nur Mittel zum Zweck ist und es seinem rechtsextremen Netzwerk darum geht, die Demokratie zu zerstören. In der Opferrolle suhlen sich Neonazis so oder so.

Gareth Joswig

Das Magazin *Compact* ist das Sprachrohr des abgedrehten, rechten Flügels der AfD. Dessen Chefredakteur Jürgen Elsässer funktioniert, wie schon zu linksradikalen Zeiten, als Ich-AG und Empörungunternehmer mit Neigung zu skurril-aggressiven Verschwörungsideen. Das ist mehr als unsympathisch, aber kein Grund für ein Verbot.

Erstens ist es zu viel der Ehre für Rechtsextreme, die sich nun in ihrer Opferrolle häuslich einrichten dürfen. Dieses Verbot bekräftigt die rechte Erzählung, eine subversive Kraft zu sein, die vom Staat unterdrückt werden muss. Opfererzählungen können toxisch wirken und gefährliche Machtinstrumente werden, siehe Trump und USA. Warum diesen Boden auch noch düngen?

Zweitens steht dieses Verbot juristisch auf schwankendem Boden. Nicht das Medium *Compact* wurde direkt verboten, sondern die entsprechende GmbH. Dass Nancy Faeser den Umweg über das Vereinsrecht wählt, wirkt wie ein Trick und eine Verlegenheitslösung. So soll verhüllt werden, dass hier ein Medium verboten wird, das unter dem glücklicherweise weiträumigen Schutz der Meinungsfreiheit steht. Es ist möglich, dass Gerichte dieses Manöver für nicht statthaft erklären werden. Das wäre die maximale PR für die Rechtsextremen und eine selbst verschuldete Blamage für die Innenministerin. Und leider auch für den Kampf gegen Rechtsextreme.

Drittens: Dieses Verbot wäre auch ohne die lodernde Gefahr, Rechtsextremen zu nutzen, ein Fehler. Es ist grundsätzlich falsch. Der Staat und die etablierten Parteien greifen immer leichter zu repressiven Mitteln, zu Demoverboten und Polizeieinsätzen in Unis. Derzeit bildet sich ein autoritärer Liberalismus heraus, der vieles, was ihm feindlich erscheint, für illegal erklärt. Die Bedrohung durch Rechtsextreme ist real. Doch im Kampf dagegen fundamentale Werte wie Meinungsfreiheit leichtfertig für die scheinbar gute Sache zu opfern, ist kurzsichtig. Das *Compact*-Verbot schadet nicht den Rechtsextremen, es frisst sich wie Rost in den Kern der liberalen Demokratie.

Stefan Reinecke

Susanne Knaul über den Bericht von Human Rights Watch

Besser nie als zu spät

Es macht einigermaßen sprachlos zu lesen, dass Human Rights Watch (HRW) jetzt mit der Nachricht an die Öffentlichkeit geht, die Hamas habe am 7. Oktober vergangenen Jahres Kriegsverbrechen begangen.

Dass die internationale Menschenrechtsorganisation fast zehn Monate brauchte, um zu dieser Erkenntnis zu kommen, muss in Israel wie ein schlechter Witz ankommen. Denn die grausamen, von den Tätern zum Teil selbst aufgenommenen Videos liefen hoch und runter in den sozialen Netzwerken, auf Youtube und in diversen Medien.

Deutlich schneller kam HRW zu der Einsicht, dass kollektive Strafmaßnahmen von israelischer Seite, wie die Unterbrechung der Energieversorgung für den Gazastreifen, einem Kriegsverbrechen gleichkommen würden. Das schreibt HRW bereits am 9. Oktober 2023, also zwei Tage nach dem Hamas-Massaker, in dem veröffentlichten Bericht, der gleichzeitig ausführlich auf die „Apartheid“ im Westjordanland, die Gewalt der SiedlerInnen und

dort begangene „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eingeht.

Die Vorwürfe gegen Israel sind zweifellos angebracht und gegen die SiedlerInnen allemal, nur eben nicht bei dem offensichtlichen Versuch, den Horror vom 7. Oktober zu relativieren. Nicht von ungefähr verabschiedete sich die leitende Redakteurin der Menschenrechtsorganisation Danielle Haas nach 13-jähriger Mitarbeit noch im November mit scharfer Kritik an der NGO, der es an Faktentreue und Fairness mangle. Und mit der Aufforderung, die „Menschenrechte aller zu verteidigen“.

Relativierungen oder der Versuch einer Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen sind so wenig hilfreich wie die Hierarchisierung der Opfer. Die große Verspätung, mit der der Bericht nun an die Öffentlichkeit kommt, verstärkt nur den Eindruck, dass HRW Unterschiede macht zwischen israelischen und palästinensischen Opfern von Menschenrechtsverletzungen.

ausland 10



talkshow

Wer cancelt hier wen?

Satire oder Grenzüberschreitung? Die Debatte um El Hotzos Tweet nach dem Attentat auf Trump dient Rechten als willkommenes Argument, um gegen den ÖRR zu hetzen

Von Jessica Ramczik

Tweeten darf El Hotzo weiterhin Foto: Nikita Teryoshin

Satire darf alles. Sie beantwortet aber offensichtlich nicht die Frage danach, wo die Grenzen zwischen Meinung, schlechtem Witz und Relativierung von Gewalt liegen. Zu diesem Schluss kommt man zumindest, wenn man die Debatte um El Hotzo, bürgerlich Sebastian Hotz, und seinen mittlerweile gelöschten Tweet zum Attentat auf Trump betrachtet. Und es zeigt sich: Um weiteren Hass auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schüren, übergehen Reichelt und Co. gerne ihre eigenen Prinzipien der Sagbarmachung des Unsagbaren.

Hotz, Satiriker und Buchautor, postete am 14. Juli „den letzten Bus“, dazu zwei verschränkte Hände, „Donald Trump“ und darunter „knapp verpasst“. Ein weiterer Tweet lautete: „Ich finde es absolut fantastisch, wenn Faschisten sterben.“ Schnell wurde Kritik

laut, Hotz löschte den Tweet, Screenshots des Posts wurden geteilt, Politiker wie Wolfgang Kubicki zeigten sich empört. Soweit so Internet.

Auch Julian Reichelt, Ex-Bild-Chef und Nius-Gründer, sprang auf die Empörungswelle auf. Aus der Kritik wurde schnell eine Kampagne, vorangetrieben von Reichelts Plattform Nius und Reichelt selbst. Die zwangsfinanzierten ARD und ZDF duldeten Gewaltaufrufe gegen Politiker und verstärkten diese, so die These Reichelts. Die Konsequenz: Die ARD entband Hotz von seinen Aufgaben als Moderator bei „Theoretisch cool“ auf dem RBB-Sender Radio Fritz. Der Vorwurf, den sich Sebastian Hotz gefallen lassen musste: Menschenverachtung und das Abfeiern eines versuchten Attentats.

Es ist valide, Hotz' Äußerungen in Frage zu stellen, sie zu kritisieren und Konsequenzen zu fordern. Es bleibt die Frage: Ist ausgerechnet Berufshuma-

nist, Frauenförderer und Wächter differenzierten Diskurses Julian Reichelt der beste Mann, wenn es darum geht, deutsche Medienethik zu wahren? Dies bleibt zumindest im Angesicht seiner Umtriebe bei Nius zweifelhaft.

Nicht das erste Mal versuchte man bei Nius anhand von Aussagen auf Social Media, jemanden an den Pranger

Ist ausgerechnet Berufshumanist, Frauenförderer und Wächter differenzierten Diskurses Julian Reichelt der beste Mann, wenn es darum geht, deutsche Medienethik zu wahren?

zu stellen. Zuletzt den BR-Journalisten Alexander Nabert, dessen jahrelang getwitterte antideutsche Floskel „Deutschland du mieses Stück Scheiße“ man ausgrub. Der rechte Kulturkampf, er ist mithin auch eine rechte Medienstrategie. Der falsche Post an falscher Stelle: ein gefundenes Fressen, der Auftakt zu einem erneuten Schlag gegen den verhassten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Lediglich zu fragen, welche Werte man als öffentlich-rechtlicher Rundfunk vertreten will – und diese sollten zweifelsohne universalistisch sein – ohne auch die Frage zu stellen, von wem man sich das Maß ihrer Durchsetzung diktieren lässt und welche Zwecke damit verfolgt werden sollen, wird einer pluralistischen und öffentlich finanzierten Medienanstalt nicht gerecht. Immerhin: Julian Reichelt könnte wissen, dass der Verlust eines Jobs wegen groben Fehlverhaltens nicht das Ende der Fahnenstange

ist. So auch nicht für El Hotzo, der twitert munter weiter und hat weiterhin seinen Podcast.

Auch Elon Musk – ihm gehört der Nachrichtendienst X, somit macht er seit geraumer Zeit auch irgendwas mit Medien – hat sich in die Debatte eingeschaltet. Der Trump-Unterstützer schrieb kürzlich auf X: „Jemand, der Donald Trump und mir den Tod wünscht, wird von der deutschen Regierung bezahlt?“ Abgesehen davon, dass das Konstrukt öffentlich-rechtlicher Rundfunk für Musk etwas völlig Neues zu sein scheint, denn dieser wird durch Gehührgelder und nicht direkt aus Scholz' Hand bezahlt, könnte man Musk an dieser Stelle an seinen Tweet vom 6. August 23 erinnern: „Wenn Sie von Ihrem Arbeitgeber ungerecht behandelt wurden, weil Sie etwas auf dieser Plattform gepostet oder gelikt haben, werden wir Ihre Anwaltskosten übernehmen.“

„Es gab immer wieder Angriffsversuche“

Im August 1975 jagten Hunderte Deutsche algerische Arbeiter durch Erfurt. Der Wissenschaftler Jan Daniel Schubert ist Mitinitiator des ersten öffentlichen Gedenkens an die rassistische Hetzjagd



Der algerische Vertragsarbeiter Mohamed Kecheroud (vorne links) mit Kollegen und Deutschlehrerin 1975/76 in Erfurt
Foto: Mohamed Kecheroud/privat

Interview **Daniel Schulz**

taz: Herr Schubert, die Tage vom 10. bis zum 13. August 1975 in Erfurt gelten als die ersten massiven rassistisch motivierten Ausschreitungen nach 1945 in Deutschland. Wie würden Sie beschreiben, was damals passiert ist?

Jan Daniel Schubert: Bis zu 300 Deutsche haben Algerier durch die Innenstadt gejagt und mehrere von ihnen krankenhaushausreif geschlagen. In den folgenden Tagen gab es immer wieder Angriffsversuche. Es waren Ausschreitungen gegen neu angekommene Arbeitsmigranten aus Algerien. Zuvor kursierten rassistische Gerüchte in der Stadt: vermeintliche Vergewaltigungen und Morde, angebliche

Bevorzugung bei der Vergabe von Wohnraum. Alles ohne reale Grundlage, aber die Stimmung kochte hoch und eskalierte auf einem Volksfest am 10. August.

Wie reagierten die Volkspolizei und der Geheimdienst?

Die Polizisten auf dem Volksfest haben ihre Hunde auf die angegriffenen Arbeitsmigranten gehetzt. Drei Algerier wurden dabei verletzt. Das war eine erste Reaktion. Nach der Hetzjagd waren Volkspolizei und Staatssicherheit stark in der Stadt präsent, um weitere Angriffe zu unterbinden.

Wie haben sich die Arbeiter aus Algerien verhalten?

Erst haben viele versucht, sich zu wehren. Sie sahen sich aber einer Übermacht gegenüber und ergriffen die Flucht.

Am Tag drauf haben sie sich in Komitees organisiert, das Essen und den Unterricht verweigert. Angesichts erneuter Angriffsversuche bewaffnete sich eine Gruppe mit Messern, Stöcken und Drahtseilen. Im Allgemeinen erzählten mir ehemalige Arbeitsmigranten, dass physische Auseinandersetzungen häufig auftraten.

Inwiefern?

Diese Ausschreitungen im August 1975 waren ein Extrem. Es waren aber nicht die ersten Anfeindungen und nicht die einzige Schlägerei nach einer rassistischen Beleidigung. So etwas hat das Leben der Arbeitsmigranten in der DDR kontinuierlich geprägt. Sie hatten ein beeindruckendes Verständnis von gegenseitiger Unterstützung und Solidarität. Wurde einer angegriffen, taten sich die anderen oft zusammen, um die angegriffene Person zu unterstützen. Eine andere Ebene des Widerstands ist für die algerischen Arbeiter bis heute aber viel bedeutsamer.

Welche?

Ihre Freundschaften und Beziehungen. Die sind an sich schon widerständig gewesen, weil vor allem Liebesbeziehungen weder vom Staat noch von der Mehrheitsgesellschaft gewollt waren. Außerdem haben algerische Arbeiter Streiks organisiert für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. In Erfurt und an anderen Orten.

Sie waren gerade in Algerien und haben mit Menschen gesprochen, die in der DDR gearbeitet haben. Wer kam damals hierher?

Aus Algerien warb die DDR nur Männer an. Bei anderen Migrationsabkommen kamen teilweise auch Frauen. Die Algerier waren meist um die 20 Jahre

alt und hatten in ihrer Kindheit den Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich erlebt. Einige waren Halbweisen, ihre Väter wurden im Krieg getötet. Dann mussten sie sehr früh familiäre Verantwortung übernehmen. In der Regel hatten sie eine Schulausbildung. Sie suchten einen sicheren Beruf, den sie in der DDR erlernen sollten.

Und warum ausgerechnet die DDR?

Die DDR hat 1974 ein Migrationsabkommen mit Algerien geschlossen, weil im Land ein Mangel an Arbeitskräften herrschte. Vielen algerischen Arbeitern war erst einmal gar nicht so wichtig, ob sie in die DDR oder die BRD gingen. Sie wollten die Welt sehen, sich entwickeln. Viele wollten Geld zurückschicken und ihrer Familie ein besseres Leben ermöglichen.

Was hatte Algerien davon?

Dort gab es eine hohe Arbeitslosigkeit und das Land brauchte Fachkräfte. Deswegen beinhaltete das Abkommen auch die Ausbildung. Diese Ausbildung fand oft abends nach anstrengenden Arbeitstagen statt und war teilweise mangelhaft, aber es gab sie.

Die DDR verstand sich per Verfassung als antifaschistischer Staat. Wie konnte es dann zu den Ausschreitungen im August 1975 kommen?

In der DDR waren Völkerefreundschaft und Antifaschismus von oben verordnet. Das hat aber die Gesellschaft nicht tiefgehend durchdrungen. Die Gesellschaft der DDR war, so weit ich das beurteilen kann, nicht rassistischer als in Westdeutschland, aber beide hatten ein nationalsozialistisches und ein koloniales Erbe.

Welches Erbe?

Beispielweise sind die Gerüchte über Vergewaltigungen, mit denen Algerier 1975 konfrontiert wurden, den rassistischen Diskursen über Schwarze und nordafrikanische Soldaten während der Rheinland-Besetzung sehr ähnlich. Die Erzählungen wurden im Nationalsozialismus noch verstärkt. Dieses Erbe konnte in der DDR nicht kontrovers und kritisch diskutiert werden. Das Regime verstand sich als Staat, in dem Kapitalismus und Faschismus besiegt waren und in dem es schlicht keinen Rassismus geben konnte.

Liest man die Stasiakten zu diesen Ausschreitungen, fallen Parallelen auf im Agieren der damaligen sozialistischen Behörden mit Polizei und Justiz heute. Es werden Einzeltäter gesucht, Eigenschaften hervorgehoben, die sie zu Außenseitern machen. Die Gesellschaft wird schon während der Ermittlungen entlastet.

Ja, die Staatssicherheit machte fünf vermeintliche Haupttäter aus und betonte in ihren Akten, dass diese seit frühesten Jugend „eine asozial-kriminelle Lebenshaltung“ hätten. Es wurden kleinere Vorstrafen hervorgehoben oder dass sie im DDR-Sprech als „Arbeitsbummelanten“ galten. Als Menschen, die angeblich nicht fleißig genug waren. Die Täter waren jung, so um die zwanzig Jahre alt. Die fünf wurden am 19. August vor Gericht verurteilt – später im Herbst folgte noch eine sechste Verurteilung.

Stand darüber später etwas in den Zeitungen?

Dort hieß es, die fünf Verurteilten hätten die öffentliche Ordnung gestört. Dass Algerier durch die Stadt gejagt worden waren, stand dort nicht.

Die Namen der vermeintlichen Haupttäter wurden abgedruckt, ebenso das Strafmaß. Zweieinviertel bis viereinhalb Jahre Gefängnis. Das sollte abschrecken.

Und wie lief die Diskussion innerhalb der SED?

Eine Woche nach den Ausschreitungen wurden diese bei einer sogenannten Stadtparteiaktivtagung in Erfurt thematisiert. Über 800 Delegierte der SED waren anwesend. Dort wurde folgendes Narrativ kundgegeben: Die Ausschreitungen beruhten auf westlicher Infiltration. Das Ziel sei gewesen, die DDR und ihren Antifaschismus zu diskreditieren.

Das wurde aber nicht öffentlich gemacht?

Nein. Zu viel Öffentlichkeit hätte wohl der befürchteten Diskreditierung durch den Westen Vorschub geleistet. Die Erklärung sollte eher eine Argumentationshilfe sein für den Umgang der SED-Delegierten mit rassistischen Gerüchten in der Stadt und in den Betrieben.

Wie erinnern sich Menschen in Erfurt und in Ostdeutschland heute an die Ausschreitungen von 1975?

Viele Erfurter:innen erinnern sich daran leider im Rahmen rassistischer Narrative. Ah, die wollten uns unsere Mädchen wegnehmen ... In der Stadt hat jahrzehntelang nichts an Erinnerungsarbeit stattgefunden. Ab den 2010er-Jahren gibt es Publikationen, in denen auf die rassistischen Ausschreitungen hingewiesen wird. Seither thematisieren lokale Initiativen diese und das Erinnern daran.

Und wie erinnern sich die ehemaligen Arbeiter aus Algerien, mit denen Sie sprechen?

Nur ein Teil von ihnen sagt, das war gewaltvoller Rassismus. Ein anderer Teil sagt, Rassismus hätten sie in der DDR nicht erlebt, auch wenn sie die Gewalt schildern. Meist verbinden sie den Begriff Rassismus zuerst mit der exzessiven Gewalt der französischen Kolonialherrschaft. Oder mit rassistischen Zuschreibungen zwischen verschiedenen Gruppen in Algerien. Ohne ihre Perspektive zu negieren, stelle ich auf einer analytischen Ebene fest, dass das, was 1975 in Erfurt passiert ist, auch Rassismus war.

Sie werden am 8. August in Erfurt zum ersten Mal öffentlich mit algerischen Zeitzeugen sprechen. Warum erst jetzt?

Am 10. August spricht auch einer bei einer antirassistischen Demonstration. Lange haben sich Historiker:innen dem Thema vor allem über Stasiakten genähert. Aber wir müssen die Betroffenen fragen und sie einbinden in die Geschichtsschreibung.



Foto: privat

Jan Daniel Schubert
30, Historiker und Soziologe. Er ist Mitarbeiter in der Oral History Forschungsstelle der Universität Erfurt und bei Decolonize Erfurt.

NIEMAND MUSS DIE TAZ LESEN

Mit der App die Zeitung einfach vorlesen lassen



10 WOCHEN NUR 10 EURO
TAZ.DE/ABO

taz zeitung für morgen

EDITION • LE MONDE *diplomatique*

USA

Die zerrissene Supermacht



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

MEHR
ERFAHREN

Die zerrissene Supermacht

Bible Belt und Ivy League, Blue States und Red States, Black Lives Matter und Waffenfans: Die gesellschaftlichen Gräben in den USA scheinen unüberwindbar. Und in diesem Herbst stimmt die älteste Demokratie der Welt womöglich über ihr eigenes Fortbestehen ab.

Mit Beiträgen von Edna Bonhomme, Evgeny Morozov, Rebecca Solnit, Charlotte Wiedemann, Loïc Wacquant und vielen anderen plus 12 Seiten Originalgrafiken von Adolf Buitenhuis.

11,00 EUR, zzgl. Auslandsversand

Gemeinsam die Geschichte aufzuarbeiten, war der Anspruch des europäischen Jugendtheaterfestivals „For/With/By“ in Madrid
Foto: Ilde Sandrin



Das Europa, in dem wir leben möchten

Beim europäischen Jugendtheaterfestival „For/With/By“ in Madrid sind in einem Schwerpunkt zur Erinnerungskultur drei neue Theaterarbeiten aus Berlin, Madrid und Thessaloniki zu sehen

Von Barbara Behrendt

Das Teatro de La Abadía in Madrid ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Junge Menschen aus Frankreich, Schweden, Großbritannien, aus Griechenland, Deutschland, Ukraine und aus Spanien sind hier zusammengekommen. David Peralto, der das Festival über die Jugendtheaterstiftung La Joven mitorganisiert, betont seine Freude darüber vor jeder Vorstellung: „Mit diesem europäischen Festival unterstützen wir das offene, diverse Europa, in dem wir leben möchten!“

„For/By/With“ heißt das Festival – und der Name ist Programm. Nicht nur für, sondern vor allem von und mit jungen Leuten wird hier Theater gezeigt. Zum ersten Mal ist im Festival ein Schwerpunkt über Erinnerungskultur integriert, der drei Inszenierungen aus Berlin, Thessaloniki und Madrid versammelt. Das ist wichtig, denn das offene Europa, das der Stiftungspräsident David Peralto feiert, wird in den meisten Ländern von rechtsextremen, rechtspopulistischen oder postfaschistischen Kräften bekämpft. Deshalb hat die deutsche Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ) den Erinnerungsschwerpunkt finanziert. Das Mittel gegen Geschichtsfälschung und Geschichtsleugnung? „Eine Aufklärung durch Wissensvermittlung – nicht nur kognitiv, sondern auch emotional, wie das Theater es kann“, sagt Sonja Begalke von der EVZ.

Gerade in Spanien mit seinen geschätzt 4.000 Massengräbern und vermuteten 100.000

Vermissten aus der Franco-Diktatur, wollen die Postfaschisten die Aufarbeitung der Geschichte verhindern und führen dazu einen radikalen Kulturkampf. Antonia Blau, Leiterin des Goethe-Instituts in Madrid, das das Projekt unterstützt, beschreibt, was sich verändert, wenn die postfaschistische Vox-Partei in den regionalen Parlamenten das Kulturreferat erhält: „In Valencia wurden Bücher aus öffentlichen Bibliotheken verbannt, die nicht auf Spanisch geschrieben sind, sondern auf Ladino. Es ist nicht leicht in Spanien, Orte zu finden, wo Themen der Erinnerungskultur behandelt werden können. Es braucht dafür Mut von den spanischen Partnern und finanzielle Unabhängigkeit.“ (Anm. d. Red.: Ladino ist die romanische Sprache der sephardischen Juden, die Elemente und Einflüsse aus dem Hebräischen, Aramäischen, Arabischen und Türkischen besitzt.)

Dass das spanische Stück des erfolgreichen Dramatikers Paco Gámez, das aus dem Projekt entstanden ist, ganz offen den Spanischen Bürgerkrieg und seine Nachwirkungen verhandelt, ist deshalb durchaus riskant. Doch Gámez wählt nicht den offensichtlichen Weg, ausschließlich die Rechtsextremisten zu kritisieren. Neben den zahlreichen Gräueltaten der spanischen, deutschen und italienischen Faschisten adressiert er auch die Verbrechen der Antifaschisten zu Francos Zeit. Sein Stück mit dem Titel „Lagunas y niebla“ – ein Wortspiel, das sowohl „Tümpel und Nebel“ also auch „Blackouts und Nebel“ bedeuten kann – beruht auf Workshops mit Jugendlichen, die beweisen, dass

sie sich durchaus mit der Vergangenheit in ihren Familien beschäftigen.

Auf der Bühne wird daraus ein hochtouriger, komplexer Abend, der berühren kann. Etwa, als zwei Schauspielerinnen Alberto Plas' Antikriegslied „Bomben über Madrid“ singen und dabei auch die Bomben über Kiew und Gaza beklagen. Währenddessen wird Pablo Picassos „Guernica“-Massaker

Auch der Kulturbetrieb muss sich den Fragen der Geschichte stellen

bild projiziert, das nur wenige Kilometer entfernt im Museum Reina Sofia hängt.

Gerade weil der Abend so unterschiedliche Perspektiven auf den Bürgerkrieg wagt, erreicht er eine breite Bevölkerung – und wird selbst von der postfaschistischen Partei Vox nicht bekämpft, wie das im spanischen Kulturkampf auch in Theatern zuletzt häufiger vorgekommen ist. Vor dem Teatro de La Abadía sind die Vox-Anhänger:innen bereits aufmarschiert und haben die Absetzung eines Stücks gefordert, das ihnen politisch zu links erschien.

Juan Mayorga, bekannter Dramatiker und Intendant des Theaters, ist ruhig geblieben, hat sich nicht politisch geäußert – aber das Stück trotzdem drei

Wochen lang vor ausverkauftem Haus gezeigt. Fragt man ihn, ob er nicht befürchte, in absehbarer Zeit die staatlichen Subventionen zu verlieren, springt er auf, hebt den kleinen Rucksack neben seinem Schreibtisch in die Höhe und sagt: „Ich kann jederzeit gehen.“ Ob er dann nur das Theater verlassen würde oder gleich das Land, lässt er offen.

Nach der Aufführung der Berliner Schaubühne am nächsten Abend liegen sich junge Menschen vor dem Theater weinend in den Armen. Die Inszenierung „Postkarten aus dem Osten“ über die Ukraine hat sie schwer mitgenommen. Raouf, ein Besucher aus Frankreich, sagt: „Während der Show wurde uns schlagartig klar: Das könnte auch unser Haus sein, dass hier zerbombt wird. Kiew könnte Paris sein. Von einem Tag auf den anderen kann sich das Leben schlagartig ändern.“

Die Inszenierung, die in Berlin schon im Januar Premiere feierte, zeigt vier Freund:innen bei einem Abendessen in der deutschen Hauptstadt: Zwei kommen aus der Ukraine, zwei aus Deutschland. Sie streiten sich über Verantwortung im Krieg, über Waffenlieferungen – aber auch über die Kollaboration der Ukraine mit Nazideutschland damals. Ein Thema, das Putin bekanntlich als Rechtfertigung für seinen Vernichtungsfeldzug instrumentalisiert – daher ist es in der Ukraine ein Tabu.

Martin Valdés-Stauber, Dramaturg an der Schaubühne, hatte die Idee für den Erinnerungsschwerpunkt, hat alle Akteur:innen zusammengebracht, das Projekt künstlerisch geleitet – und das Stück „Postkarten aus

dem Osten“ mitgeschrieben: „Es war klar, dass dieses Thema sehr unangenehm werden würde. Wir müssen aber selbst über diese Dinge sprechen, wir dürfen nicht warten, bis andere damit Propaganda machen.“

Das dritte Stück des Erinnerungsschwerpunkts, „96 %“ von Prodromos Tsirikos, stellt nicht nur die eine oder andere unangenehme Frage, sondern ist von vorne bis hinten unbequem. Es verhandelt den heute noch immer starken Antisemitismus in Thessaloniki. Im Zweiten Weltkrieg haben die Nazis hier fast alle, nämlich 96 Prozent der sephardischen Juden, ermordet. Man mag es kaum glauben, was man auf der Bühne hört: Schlendert man an der Uferpromenade in Thessaloniki entlang, so hat das Team recherchiert, geht man auf jüdischen Toten – denn die Promenade wurde aus Schutt, Steinen und Gebeinen des jüdischen Friedhofs gebaut.

Noch erschütternder ist, was die griechische Dozentin Tatiana Liani aus den Workshops zu dieser Produktion mit Jugendlichen berichtet. Als die Teilnehmenden gebeten wurden, frank und frei den Satz zu vervollständigen „Ein Jude ist ...“, schrieben sie zum Beispiel: Ein Jude ist geizig; ein Jude hat Christus getötet; aus Juden soll Seife gemacht werden.

Die Inszenierung hat nicht nur erreicht, dass diese insgesamt 300 Jugendlichen aus den Workshops mehr als ausschließlich antisemitische Beleidigungen für jüdische Menschen kennen. Sondern auch, dass vor dem Theater Thessalonikis, wo ebenfalls Marmor-

platten vom jüdischen Friedhof verbaut worden sind, eine Gedenktafel darauf hinweist. Es sei, so Liani, das erste Mahnmal in der Stadt, das die jüdische Gemeinde nicht selbst finanzieren musste.

Auch wenn die drei Inszenierungen mitunter zu didaktisch wirken und inhaltlich viel zu viel verhandeln wollen, zeigt dieser Erinnerungsschwerpunkt doch eindrücklich, dass sich auch der Kulturbetrieb den unangenehmen Fragen der Geschichte stellen muss – bevor Rechtsextremisten allzu vereinfachte, verfälschte Antworten liefern. Davon jedenfalls ist Valdés-Stauber überzeugt: „Wir müssen von anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren in Europa lernen, was es heißt, auf eine Gegenseite zu reagieren, die einen Kulturkampf und eine Instrumentalisierung der Vergangenheit herbeiführen möchte. Das ist sicher eine der wichtigsten Herausforderungen im Umgang mit rechtsextremen Kräften wie der AfD.“

berichtigung

Und so schließen die Dinge beziehungsweise die Themen manchmal ganz beiläufig und selbstverständlich aneinander an. Gestern ging es um Thomas Arslans Gangsterfilm „Verbrannte Erde“, heute nimmt die Filmkolumne dvdesk auf Thomas Arslans reduziertes Gangsterfilmkino Bezug.

Sebastian Kurz
beim Wahl-
kampfauftritt
in Türkis
Foto:
Real Fiction



Aura des manierlichen Schwiegersohns

Politik ohne Programm: Der Dokumentarfilm „Projekt Ballhausplatz“ erzählt von „Aufstieg und Fall des Sebastian Kurz“. Regisseur Kurt Langbein bietet ein packendes Beispiel einer populistischen Machtübernahme

Von **Claudia Lenssen**

Österreich ist mit Sebastian Kurz noch nicht fertig. Das „Projekt Ballhausplatz“ – Codename seiner internen Chatgruppe für den kalkulierten Aufstieg ins Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz – ist gescheitert, doch die einen arbeiten sich an den Skandalen seiner zwei kurzen Amtszeiten zwischen 2017 und 2021 ab, die anderen feiern den jugendlichen Egoshoooter, der als erster Kanzler der Social-Media-Generation zeigte, wie man mit popkulturellem Kandidaten-Branding und datengetriebenen Kampagnen Wahlen gewinnt.

„Projekt Ballhausplatz“, ein Dokumentarfilm des Wiener Journalisten und Produzenten Kurt Langbein, durchleuchtet die Fassade. Seine Chronik der Ereignisse dekonstruiert das „System Kurz“, soweit möglich, bevor die strafrechtliche Aufarbeitung beendet ist.

Die Crux eines Politiker-Porträts, dass es nur exemplarische Beispiele der praktischen Politik streifen kann, betrifft auch „Projekt Ballhausplatz“. Der Film beschreibt Entscheidungen in Kurz' Zeit als Staatssekretär für Integration ab 2011, Außenminister ab 2013 und Bundeskanzler zweier Amtszeiten von 2017 bis 2021, konzentriert sich dabei aber auf die „machiavellistischen“ Methoden, die die Außenwirkung seiner Partei und Politik immer stärker auf ihn und seinen Machtzuwachs als Heilsbringer für das zerstrittene Lager der österreichischen Konservativen zerschneiden – nicht zuletzt durch die kosmetische Kur, den „Schwarzen“ der ÖVP

in ewiger Konkurrenz zu den sozialdemokratischen „Roten“ mit der Farbe Türkis ein schillernd neues Image aufzudrücken.

Türkis war ein Wink Richtung FPÖ, denn mit den „Blauen“ von der rechtsradikalen Partei ging Kurz als Kanzler 2017 die erste Koalition ein – bis zum koksberauschten Traum ihres damaligen Vorsitzenden Strache, der im heimlich gedrehten „Ibiza“-Video von einem Verkauf österreichischer Medien an eine dubiose Russin schwadronierte. Mehr Aufklärung über Kurz und sein Verhältnis zur FPÖ hätten dem Film gutgetan. Nach „Ibiza“ und Kurz' Rücktritt 2019 sowie einer zweiten Koalition mit den Grünen 2021 hat sich der Abstieg der ÖVP verstetigt, während die FPÖ momentan mit 28 Prozent den höchsten Zuwachs der Umfragewerte für die Nationalratswahlen im September erwartet.

Frisierte Erfolgswerte stehen nicht für solide Politik, will „Projekt Ballhausplatz“ vermitteln, dafür muss sich der Film seit der Wiener Premiere vor einem Jahr unter schrilleren PR-Spins behaupten. Ein Film der Kurz-Biografin Judith Grohmann ist in Arbeit, ein Buch des Ex-Kanzlers persönlich erschien im selben Jahr. Und „Kurz – Der Film“, ein eher unkritisches TV-Porträt, wurde just in der Woche vor dem Kinostart von „Projekt Ballhausplatz“ in einem Wiener Kino platziert. Laut Trailer und Presseecho sprechen da die Vertrauten und der „Bundes-Basti“ selbst. „Erfolg schafft Gefolgschaft“, bringt eine ehemalige Ministerin ihre Faszination auf den

Punkt. Kurt Langbeins Einladungen zum Interview schlugen die Kurz-„Prätorianer“ dagegen aus.

Zum Kontext gehört auch, dass Sebastian Kurz im Februar vom Wiener Landgericht zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe wegen Falschsausage verurteilt wurde. Man sah es als erwiesen an, dass er, anders als im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum „Ibiza“-Skandal behauptet, einem früheren Vertrauten aktiv ins hochbezahlte Amt des Aufsichtsrats der Staatsholding ÖBAG verholten hat.

Kommt Sebastian Kurz wie Trump zurück in die Politik?

Er lege Berufung ein, sagte der inzwischen für die Vereinigten Arabischen Emirate operierende Lobbyist und Unternehmer, sichtlich pausbäckiger geworden, in einem TV-Kanal. Weitere Urteile zu Bestechungsvorwürfen aus seiner Amtszeit stehen noch aus, aber der 37-Jährige hält eisern am Framing des gelassenen Ehrenmanns fest.

Kurt Langbein glaubt ihm nicht. „Projekt Ballhausplatz“ beschreibt mit einer Fülle von TV-Ausschnitten und den Statements von Insidern der investigativen Presse sowie Abgeordneten der Oppositionsparteien SPÖ

und Neos, wie das „System“, das Kurz mit einer Riege dienstfertiger Karrieristen etablierte, seine politischen Ambitionen beflügelte. Vieles ist bekannt und kursiert im Internet, die Dichte und Logik der Argumente macht aus Langbeins Dokumentation jedoch ein packendes Fallbeispiel populistischer Machtübernahme.

Da war der PR-Move zum „Fremdschämen“, so die Journalistin Barbara Tóth. 2010 lud der abgebrochene Jurastudent und Obmann der ÖVP-Jugend mit dem „Geilomobil“, einem Hummer-Boliden samt Pin-up-Girls, mit seiner „Schwarz-macht-geil“-Kampagne zu den Wiener Gemeindevahlen ein, kultivierte aber zugleich für ältere Fans die Aura des manierlichen Schwiegersohns. Langbeins Film verzichtet auf Off-Kommentare und satirische Töne, illustriert sein Gefühl schieren Unwohlseins jedoch durch eine präventöse Musik. Auch den Running Gag mit einem Hummer, der im Lauf des Films auseinandergenommen wird und – Achtung Metapher! – nichts als hohles Blech enthält, braucht es nicht.

2011 Staatssekretär für Integrationswesen, plädierte Sebastian Kurz für bessere Integrationsmaßnahmen, 2013 als jüngster Außenminister Österreichs „in die Weltpolitik gestolpert“, nahm er eine ausgleichende Haltung gegenüber Putin ein (Waffenstillstand in der Ostukraine gegen Lockerung der Sanktionen), setzte aber mit einer harten Haltung die Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge durch.

„Wandlungsfähig“ nennt das eine Journalistin, die „geschickte Bewirt-

schaffung von Stimmungen und Themen“ sieht ein Ex-Politiker der Neos-Partei in Kurz' Politik ohne Programm.

Mehr zur komplexen europäischen Lage im vergangenen Jahrzehnt muss man sich andernorts anlesen. Der Film konzentriert sich auf die Manipulations- und Korruptionsvorwürfe, die nach dem Bruch mit der FPÖ und der glorreich gewonnenen Wahl zur zweiten Amtszeit ab 2019 ans Licht kamen. Die Ministerien hatte Kurz durch Generalsekretäre, seine „Prätorianer“, unmittelbar unterstellt. In ständigem Chat-Kontakt setzten sie für ihn Themen und Kampagnen, oft über das ministerielle Personal hinweg und nicht selten mit krimineller Energie. Im Zuge der parlamentarischen Aufarbeitung kam es zu gerichtlich erzwungenen Razzien und einer mysteriösen Schredder-Aktion von Festplatten des Finanzministeriums. Verdachtsmomente, nach denen Kurz als Spitzenkandidat 2019 durch Fake-Umfragen und Medienkampagnen gepusht und für solche Gefälligkeiten Steuergeld abgezweigt worden war, liegen den Gerichten vor. Aus den dreist-zynischen Chats der Buddies mit Kurz, nicht zuletzt ein Sargnagel für seine Karriere, zitiert Kurt Langbein lakonisch.

Kommt er wie Trump zurück in die Politik? Was bleibt von seinen Erfolgen außer dem 24-Stunden-Betrieb der Wiener U-Bahn an den Wochenenden? Kurt Langbeins Schurkenstück warnt.

„Projekt Ballhausplatz. Aufstieg und Fall des Sebastian Kurz“. Regie: Kurt Langbein. Österreich 2023, 95 Min.

dvdesk

Schutzräume kann es nicht geben



„Schock“ (D 2023, Regie: Denis Moschitto, Daniel Rakete Siegel). Die Blu-Ray ist ab rund 17 Euro im Handel erhältlich.

Bruno spricht wenig, sehr wenig. Er ist die Ruhe selbst noch in misslichster Lage. Und er ist der Arzt, der zu denen kommt, die das offizielle Gesundheitssystem meiden, ein Engel der Halbwelt, in die er nach dem Verlust der Approbation (eine Drogengeschichte, wie so vieles in diesem Film nur am Rande erwähnt) unversehens geriet. Gleich zu Beginn zieht er einer Prostituierten den Zahn. Und „Schock“ macht von Anfang an klar: Wegschauen ist nicht. Das ist ein Film, der die Zuschauerinnen und Zuschauer bei seinen Genre-Operationen nicht vorher betäubt. Hier wird gefeilt und geschossen und geschnippt und das Geschnippte notdürftig wieder geflickt. Das Blut, das hier fließt, ist zwar Kunstblut, aber echter als echt.

Bruno ist oft in der Nacht in einem Köln unterwegs, in dem ganz sicher kein Dom steht. Ein Köln der Hinterhöfe und Hochhäuser und Wohnwagen, der Unterführungen und Autowerkstätten, und nur beim Trainieren im Gym fällt der Blick auf eine Welt, in der es über-tauerte Shops mit Namen wie „Kauf dich glücklich“ gibt. Brunos Herz ist gut, aber in dem Milieu, in dem er unterwegs ist, ist das schlecht. Eine Anwältin (Gastauftritt Anke Engelke) bittet ihn, einem an Leukämie erkrankten Klienten zu helfen. Es muss so enden, dass Bruno beim Versuch, an das Medikament ranzukommen, in Teufels Küche gerät. „Schock“, der Film, hat, wie sein Held, meist die Ruhe weg. Mit dem Auto gleitet Bruno wieder und wieder durch ein roughes Hinter-

hof-Köln, das Auto als scheinbarer Schutzraum, aber schnell ist klar: Schutzräume kann es nicht geben. Nicht für Bruno, und auch für niemanden sonst. Bei den Fahrten und Gängen wird wie auch sonst wenig gesprochen, es reichen als Noir-Hintergrund die Tupfer aus Licht. Und die sehr coolen elektronischen Ambientklänge von Hainbach, die sich zum bitteren Finale in Richtung Hongkong-Tradition loopen.

Bruno, das ist Denis Moschitto, einer der nicht so vielen deutschen Schauspieler, die extrem gut darin sind, sehr wenig zu tun. Die Stimme glatt, ohne Druck, aber immer Teil des Körpers, nichts, das in ihn hineingelernt worden ist. Er kam 2008 in einem anderen tollen Gangsterfilm, Özgür Yildirims „Chiko“ (produziert von Fatih Akin) groß raus,

hat dann, wie das in Deutschland so ist, viel mediokres Fernsehen gemacht.

Bei der Comedy-Serie „Im Knast“ (2015/16) hat er den Regisseur Daniel Rakete Siegel kennengelernt. Die beiden teilen sich für „Schock“ die Credits bei Buch und Regie, sie teilen offensichtlich die Vorliebe für so schmutziges wie smartes Gangsterkino. Ausdrückliches Vorbild: der Däne Nicolas Winding Refn, aber weniger die immer slickeren Sachen wie „Drive“, sondern die frühen, rüdigigen Filme der „Pusher“-Trilogie. Aber auch klassisches Hongkong, eher Johnnie To als John Woo, gehört zur DNA dieses Films.

Das Verhältnis von „Schock“ zu den Vorbildern ist selbstbewusst, nicht epigonal, und schon gar

nicht ironisch. Moschitto und Siegel erschaffen sich ein glaubhaftes Gangsterfilm-Köln. Nicht, wie es Thomas Arslan tut, als Reduktion auf Essenzen. Nicht, wie bei Dominik Graf, als Fiebertraum-Variante von New-Hollywood-Action. Das Ganze ist slick inszeniert, aber kaum je zu sehr. Der Schnitt schön lakonisch, der Plot ist es auch. Wo Erklärung nicht nützt, findet sie nicht statt. Fast erstaunlich, dass es für so ein Buch Fördergeld gibt.

Die traurige Wahrheit allerdings bleibt, wie bei Dominik Graf oder Thomas Arslan: An den Kinokassen in Deutschland kann man mit noch so coolen Gangsterfilmen nichts reißen. Der Markt scheint durch die Masse des Mediokren im Fernsehen schon immer gesättigt.

Ekkehard Knörer

Hausmeister des Universums

R. P. S. Lanrue, der stille, aber einflussreiche Gitarrist von Ton Steine Scherben ist gestorben. Ein Nachruf

Von Gunnar Leue

Eigentlich wäre er auch ganz gern Profifußballer geworden, erzählte Lanrue vor rund einem Jahr in seinem Kreuzberger Stammlokal. Wir sprachen über Fußball, seine zweite große Leidenschaft neben der Musik. Das war erstaunlich, immerhin hatte der Gitarrist der Band Ton Steine Scherben Songs komponiert, die zu den besten der deutschsprachigen Rockmusik gehören. „Keine Macht für niemand“, „Schritt für Schritt ins Paradies“ – Songs, die für eine lang entfernte Epoche (west-)deutscher Jugendkultur der 1970er stehen und trotzdem bis heute nachhallen. In seriösen Rankings der wichtigsten deutschen Rocksongs und auf Demos von Systemgegnern, die nostalgisch linkem Parolenrock frönen.

Ton Steine Scherben waren in den 1970ern berühmt für ihre kämpferischen und rebellischen Lieder, die das kapitalistische System in Frage stellten und auch noch geil klangen. Viele Menschen verbinden sie vor allem mit dem verstorbenen Sänger Rio Reiser. Andere wissen, dass Gitarrist Lanrue sein kongenialer Partner und Komponist vieler Scherben-Songs war. Sie sehen in beiden das deutsche Pendant zu Jagger/Richards.

Tatsächlich waren ihre Songs denen der Stones nicht unähnlich, gerade in ihrer rauen, energiegeladenen und der Anti-Establishment-Attitüde. Zugleich gab es einen Riesenunterschied. Während die Stones zwar rebellische Songs veröffentlichten, aber immer am Primitiv des Geldverdienens festhielten, lief es bei den Scherben umgekehrt. Sie versackten auf dem Weg vom Legendenstatus zum finanziellen Erfolg. Keine deutsche Band mit ähnlich vielen Gassenhauern lebte so prekär. Was ihren Mythos als fröhlich-aufrechte Antikapitalisten noch steigerte, aber die Scherben nicht glücklicher machte. „Wir haben nicht jeden Nachmittag über die Verflechtungen des europäischen Finanzkapitalismus diskutiert, wir waren Musiker“, sagte Lanrue mal ebenso ironisch wie genervt vom Miss-



verständnis, dem etliche Fans unterlagen.

Linke Revolutionswächter maßten sich ja permanent an, das politisch korrekte Handeln der Band zu beurteilen. „Ständig musstest du dich erklären, warum du was machst.“ Dieses typisch Deutsche ging dem intelligenten, pragmatischen und zurückhaltenden Menschen Lanrue auf den Wecker. Er war ja auch Franzose.

Als Sohn eines Deutschen und einer Französin wurde Ralph Peter Steitz 1950 in Grenoble geboren. 1963 zog die Familie mit vier Kindern nach Hesse. Dort begann R. P. S. Lanrue, wie er sich später nannte (eine Verballhornung von „de la rue“: von der Straße), mit dem Musikmachen. Parallel spielte er Fußball im Verein und galt als großes Talent. Für die Beatmusik entschied er sich, nachdem er den gleichaltrigen Ralph Möbius, späterer Künstlername Rio Reiser, kennengelernt hatte. Um dem Wehrdienst zu entfliehen gingen beide 1967 nach Westberlin, wo sie in diversen Musiktheaterprojekten arbeiteten und 1970 in Kreuzberg Ton Steine Scherben gründeten.

Dieses typisch Deutsche ging dem intelligenten, pragmatischen und zurückhaltenden Menschen Lanrue auf den Wecker

Dass die Band bis heute vorzugsweise als Klassenkampfrocklegende gefeiert wird, ist Folge allgemeiner Klischeeverliebtheit. Dabei hat sie musikalisch ein unendlich breites Spektrum bedient, wie sich besonders auf dem Doppelalbum „IV“ (1981) zeigte. Dort hat nicht zuletzt Lanrue seine ganze Vielseitigkeit als Komponist eingebracht. „Während Lindenberg und Grönemeyer eher auf a-Moll, D-Dur, C-Dur setzen, klangen diese Songs sehr komplex, zwischen Stones und Theatermusik und sogar bis zurück in die deutsche Romantik“, sagt Lutz Kerschowski, ein enger Freund und selbst Musi-

ker. 1988 spielte er im Vorprogramm der legendären Ostberlin-Konzerte von Rio Reiser, bei denen Lanrue zum letzten Mal gemeinsam mit seinem Freund Rio auf der Bühne stand.

Während Reiser seit 1985 als Solist tätig war und auch kommerzielle Erfolge feierte, hatte sich Lanrue nicht konsequent mit Soloprojekten befasst. Songs für ein eigenes Album hatte er zwar fertig geschrieben, aber weil Rio die aufgrund seines Plattenvertrages nicht texten und einsingen durfte, blieb es unvollendet. Was ihn offenbar nur bedingt umtrieb. Er ruhte in sich selbst und beschenkte seine Freunde mit Bonmots wie „Rio ist der König von Deutschland, ich bin der Hausmeister des Universums“.

Nach der Jahrtausendwende ging er für ein paar Jahre nach Portugal. Er sei nun Zitronenzüchter, sagte er. Nachdem sein Wohnwagen bei einem Waldbrand abgeackelt wurde, kehrte er wieder zurück nach Berlin. In den letzten Jahren kämpfte er mit dem Krebs, unterstützt von seiner Lebenspartnerin Anne. Am letzten Sonntag starb er im Kreis seiner Familie.

Stille Kraft der Scherben: R. P. S. bei einem Konzert in Berlin 2014
Foto: Peng/Pop-Eye/imagio

unterm strich

Pianistin Irène Schweizer gestorben

Die Pianistin und Schlagzeugin Irène Schweizer ist tot. Sie starb am Dienstag in Zürich. Schweizer gehörte zu den Begründern des europäischen Free Jazz und engagierte sich mit Projekten wie der Feminist Improvising Group für Frauen im Jazz. Die Autodidaktin begann zunächst als Jugendliche in einer Dixieland-Kapelle, spielte Ende der fünfziger Jahre dann bei den Modern Jazz Preachers. Ein Jahrzehnt später begann sie sich am Free Jazz in den USA zu orientieren, verlegte sich aber bald auf die Suche nach einem eigenen Ansatz. Platten wie Manfred Schoofs „European Echoes“ von 1969, auf der sie mitspielte, geben das programmatisch wieder. Ihr eigenes Solodebüt hieß 1975, ebenso programmatisch, „Wilde Señoritas“. In ihrem virtuosen Klavierspiel verknüpfte Schweizer das Entgrenzte der freien Improvisation mit den Formen der Jazztradition, verzichtete eher auf das dezidiert „Gewaltige“ mancher männlichen Kollegen, ohne deshalb weniger energisch zu sein.

Lenbachhaus restituiert Kunstwerk

Das Münchner Kulturreferat hat gemeinsam mit dem Lenbachhaus am 20. Juni ein Gemälde des Malers Hans Schöpfer d. Ä. aus dem Sammlungsbestand des Museums an Marei von Saher, alleinige Erbin des niederländischen Kunsthändlers Jacques Goudstikker, restituiert, wie das Lenbachhaus in einer Pressemitteilung bekanntgibt. Recherchen des Lenbachhauses hätten ergeben, dass das Werk im Jahr 1940 „NS-verfolgungsbedingt entzogen“ wurde. Das Gemälde sei ein frühneuzeitliches Bildnis des Freisinger Hofmeisters Achaz Busch aus dem Jahr 1532. Anfang der 1920er Jahre sei es aus dem Berliner Kunsthandel an den jüdischen Kunsthändler Jacques Goudstikker in Amsterdam verkauft worden. Dieser floh nach dem Angriff der deutschen Wehrmacht und der Kapitulation der Niederlande am 15. Mai 1940, verunglückte aber an Bord des Schiffes nach England. Er habe ein Register bei sich geführt, in dem er vor der Flucht die Kunstwerke seiner Sammlung und seiner Kunsthandlung aufgelistet hatte.

Nach Trump-Kommentar: Band Tenacious D sagt Tour ab

Die US-Band Tenacious D hat nach einem umstrittenen Kommentar ihres Gitarristen Kyle Gass zum Attentat auf Ex-Präsident Donald Trump bei einem Konzert in Sydney ihre restliche Tour abgesagt. Er sei von Gass' Äußerungen „überrumpelt“ worden, so der Sänger und Schauspieler Jack Black. Black hatte Gass bei dem Konzert am Sonntag eine Geburtstagstorte überreicht und ihn gefragt, was er sich wünsche. „Schießt beim nächsten Mal nicht daneben“, antwortete Gass mit Verweis auf das Attentat auf Trump am Samstag.

taz shop

Spiel ohne Grenzen

Speedminton-Set. Alles auf Anfang! Zwei Schläger aus Alu, drei Bälle (für Einsteiger, für den Wettkampf, für die Nacht), ein Windring, zwei Lichter, eine Tasche mit Schultergurt und eine Spielanleitung.
Artikel-Nr. 11340, € 49,95

Kinderball Löwe. Was beim Ballspielen wichtig ist? Fair Play, klar. Aber Fair Trade auch. Die Bälle von der Gepa sind in Pakistan handgenäht, PVC-frei und fair gehandelt. Sie werden unaufgepumpt geliefert. Umfang 47 cm, Gewicht 180–200 g.
Artikel-Nr. 12187, € 13,95

Springseil. Ob Sie mit dem Springseil Kunststücke einüben oder für den nächsten Boxkampf trainieren, ist gehüpft wie gesprungen. Spaß macht es in jedem Fall. Griffe aus Buche, Seil aus Polyamid. Aus der Spielzeugmanufaktur Pflingstweid, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung im Bodenseekreis. Für Körpergröße bis 1,40 m. In verschiedenen Farben erhältlich.
Artikel-Nr. 12263, € 12,80

Pocketgame Dame. Wenn traditionelle Brettspiele von Puzzles lernen, verwandeln sie sich in platzsparende Begleiter. Aus Schweizer Holz von Hand gefertigt in der Stiftung Weizenkorn, die mit ihren geschützten Arbeitsplätzen einen wesentlichen Beitrag zur Integration junger Menschen ins Berufsleben leistet. Ab 3 Jahren.
Maße geschlossen: B 9 x H 8 x T 7 cm. Auch als Mühle erhältlich.
Artikel-Nr. 12303, jeweils € 17,00



10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de

Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

Gut zusammengefasst

J. D. Vances Memoir ist Topseller. Noch besser aber verkauft sich die KI-generierte Zusammenfassung

Der von Donald Trump als Vizepräsidentenskandidat nominierte J. D. Vance hat auffällig viele Aktien in Medienunternehmen. Gemeinsam mit dem rechten Unternehmer Peter Thiel ist Vance Investor bei allerlei Internetfirmen wie der auch unter Rechten beliebten Videoplattform Rumble.

Im Vordergrund der Berichterstattung über Trumps Scoop stehen aber nicht die illustren Unternehmungen seines Vizes als Finanzinvestor. Im Gegenteil wird Vance gern als „Intellektueller“ porträtiert. Weil er Jura studiert und ein Buch geschrieben hat. Die während Donald Trumps ersten Wahlkampfs 2016 erschienene Biografie, „Hillbilly-Elegie“, in der Vance über den gescheiterten Aufstieg seiner Familie aus dem Rust Belt erzählt, war ein absoluter Bestseller. Sein deutscher Verlag (Ullstein, 2017) bewarb das Buch damit, es könne den Wahltriumph eines Donald Trump erklären.

Die Netflix-Verfilmung des Buchs, in der Glenn Close die Rolle der drogenkranken Mutter spielt, war allerdings ein Flop. Die Nominierung zum Mr. Vice President dürfte daran etwas ändern. Das Buch selbst steht bei Amazon schon jetzt wieder ganz oben in den Verkaufscharts. Nur ein Medium wird grade noch schneller verkauft: die mutmaßlich von einer KI generierte Zusammenfassung des Buches.

Einen erheblichen Anteil daran werden TV-Analysten, Internetfeuilletonisten und Printjournalisten auf der ganzen Welt haben, die das Buch nicht gelesen oder den Inhalt wieder vergessen haben.

Schon ab 9,99 US-Dollar kann man sich eine Zusammenfassung kaufen, die neben der schnellen Inhaltsangabe als Bonus auch noch „Analysen“ bietet. Also das, was früher der Lektüreschlüssel von Reclam war. Nur dass Verlage und Autoren von den KI-generierten Einnahmen natürlich nichts sehen.

Die witzigste Antwort unter einer der Hillbilly-Zusammenfassungen auf Amazon kommt aber nicht von einer KI, sondern von Käufer „Hillbilly Whine“ aus dem Jahr 2017: „Zusammenfassung der Zusammenfassung: Wir waren arm, trafen schlechte Entscheidungen, ich studierte Jura auf Kosten der Steuerzahler, jetzt als Bestseller-Autor arbeite ich für eine Venture-Kapital-Firma. Meiner Familie helfe ich trotzdem nicht, wieder auf die Beine zu kommen.“

Eine Zusammenfassung, die größtenteils auch auf die Scheinheiligkeit von Trumps vermeintlichem Einsatz für die Arbeiterschaft passt. Vielleicht sind die Amazon-Rezensionen doch die interessanteren Polit-Analysten.

Doris Akrap

Die „Bild“ und das Bibi-Blatt



Ein Mann verteilt „Israel Hayom“ an einem Bahnhof in der südlichen Stadt Aschkelon, November 2015. Foto: Amir Cohen/reuters

Die „Bild“ will künftig mit einer rechten Gratiszeitung aus Israel zusammenarbeiten: In dem Land selbst ist „Israel Hayom“ für ihren Kuschelkurs mit Premierminister Netanjahu bekannt

Von Leon Holly

Als Sheldon Adelson Mitte der nuller Jahre den rechten Likud-Politiker Benjamin Netanjahu erneut ins Amt des israelischen Ministerpräsidenten hieven wollte, stand er vor einem Problem. Denn Israel hat strenge Gesetze zur Parteifinanzierung. Der jüdisch-amerikanische Kasinomilliardär konnte also nicht einfach einen Scheck schreiben, wie er das über sogenannte Super-PACS für die Republikaner in den USA schon mehrmals getan hatte. Also rief er im Jahr 2007 die Gratiszeitung *Israel Hayom* („Israel heute“) ins Leben.

Mit Erfolg: Netanjahu wurde 2009 wieder ins Amt gewählt und regiert seitdem nur mit einer kurzen Unterbrechung. Er ist inzwischen der am längsten amtierenden Ministerpräsident des jüdischen Staates. Und in der israelischen Medienlandschaft konnte sich *Israel Hayom* seitdem etablieren; mit einem Marktanteil von mehr als 27 Prozent ist sie die meistgelesene Tageszeitung des Lan-

des. Doch *Israel Hayom* war seit der ersten Stunde mehr als die allermeisten, mit Werbung gefüllten Gratiszeitungen. Die Redaktion war groß, die Gehälter waren gut – und das Projekt für Adelson teuer. Rund 25 Millionen Dollar Verluste pro Jahr soll er damit verzeichnet haben.

Der Erfolg der Zeitung fällt auch in Deutschland auf, beim hierzulande auflagenstärksten Blatt. So vereinbarte die *Bild*-Zeitung vor Kurzem eine Kooperation mit *Israel Hayom*, wie das israelische Nachrichtenportal *Ice* Ende Juni vermeldete. Demnach wollen die Zeitungen künftig für Artikel und Recherchen zusammenarbeiten und diese gleichzeitig veröffentlichen. *Israel Hayom* begründete die Kooperation „mit der langjährigen Unterstützung der *Bild* für den Staat Israel“, besonders seit dem Hamas-Massaker am 7. Oktober. Mitarbeitende des Springer-Konzerns müssen sich bekanntlich per Unterschrift zum Existenzrecht Israels bekennen.

In einer ersten gemeinsamen Veröffentlichung Ende Juni be-

richteten *Bild* und *Israel Hayom* über ein Dokument der Hamas, das die israelische Armee in Gaza gefunden haben will. Es soll Details zum Anschlag am 7. Oktober offenbaren – zum Beispiel, dass es Befehle gab, das Massaker zu filmen, was Hamas-Kämpfer auch taten.

In Israel selbst ist *Israel Hayom* als „Bibiton“ bekannt, eine Kombination aus Netanjahus Spitznamen und dem hebräischen Wort für „Zeitung“: „iton“. Wie es in einer Arte-Dokumentation über Netanjahu heißt, liefert der Ministerpräsident dem Blatt nicht nur Zitierfähiges, sondern redet gar bei Überschriften für die Artikel mit. Im Jahr 2016 sprach sich die Zeitung für Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten aus. Wie die *Bild*, die sich selbst als „überparteilich“ bezeichnet, zu dieser Einflussnahme steht, konnte die taz nicht erfahren. Eine entsprechende Anfrage blieb unbeantwortet.

Dabei profitiert der Springer-Konzern selbst direkt von der Entrechtung der Palästin-

ser*innen. Im Februar berichtete *The Intercept*, dass Springers israelische Werbeseite Yad2 nicht nur in Israel, sondern auch in illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten Grundstücke zum Verkauf feilbietet. Eine Werbeanzeige von Yad2 zeigte Pins verteilt über eine Karte Israels und den palästinensischen Gebieten. Darüber steht der Spruch: „From the River to the Sea“ – ein Slogan, den Springer-Medien in Deutschland ankreiden, sobald ihn propalästinensische Demonstrierende rufen, weil der Spruch von manchen als Aufruf zur Auslöschung Israels verstanden wird.

Israel Hayoms Gründer Adelson machte sein Geld seit den 1980ern im Kasinogeschäft. In den USA spendete er großzügig an republikanische Kandidaten und proisraelische Organisationen. Adelson war als Förderer der israelischen Rechten bekannt, sprach sich gegen eine Zwei-Staaten-Lösung aus und bezeichnete die Palästinenser als „ausgedachtes Volk“. Die Demokratie war in seinen Augen verzichtbar, denn in der Bibel sei davon keine Rede. „Israel wird kein demokratischer Staat sein – na und?“, sagte Adelson in einem Panel.

2021 sollte der Milliardär eigentlich als Zeuge im Korruptionsprozess gegen seinen politischen Günstling Benjamin Netanjahu aussagen; doch Adelson starb im Januar 2021 im Alter von 87 Jahren. Für die Beerdigung wurde sein Sarg – in Israel- und US-Flaggen gehüllt – nach Israel ausgeflogen, wo Netanjahu ihm am Flughafen Ben-Gurion die letzte Ehre erwies. Mit Sheldons Tod ging die Zeitung auf seine Witwe Miriam Adelson über, die das Erbe zum reichsten Menschen Israels machte. In den folgenden Jahren entkoppelte sich *Israel Hayom* offenbar etwas von der Person Netanjahu. Ein Meinungsbeitrag im November forderte gar dessen Rücktritt nach einem „Sieg“ im Gaza-Krieg. Die rechte Agenda aber bleibt.

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Radsport: Tour de France
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 WaPo Elbe: Die geheimnisvolle Insel. D 2023
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Der Barcelona-Krimi: Der längste Tag. D 2022
- 21.45 Kontraste
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Faking Bad – Besser als die Wahrheit
- 23.35 Inas Nacht
- 0.35 Tagesschau
- 0.45 Der Barcelona-Krimi: Der längste Tag. D 2022

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Tod im Märchenpark. D 2019
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Stuttgart: Geheime Verbindungen. D 2021
- 19.00 heute
- 19.25 Notruf Hafenkante
- 20.15 Die Bergretter
- 21.45 heute-journal
- 22.15 maybrit illner
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute journal update
- 0.45 Nächste Ausfahrt Glück – Der richtige Vater

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzell – Das Strafgericht
- 17.00 Verlag mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin

- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Was verdient Deutschland? Das große Gehaltsranking
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 „Hallo Mama“ – Auf der Jagd nach den SMS-Betrügern
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.25 RTL Nachtjournal Spezial

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 15.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1 newstime
- 20.15 Die besten Comedians Deutschlands
- 23.00 Die perfekte Minute
- 0.50 Die besten Comedians Deutschlands

Pro 7

- 12.25 The Goldbergs
- 12.50 The Goldbergs
- 13.20 The Goldbergs
- 13.45 Two and a Half Men
- 14.10 Two and a Half Men
- 14.40 Two and a Half Men
- 15.10 Two and a Half Men
- 15.40 The Big Bang Theory
- 16.05 The Big Bang Theory
- 16.30 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben newstime
- 18.15 Die Simpsons
- 18.40 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Unglaublich! Spektakuläre Momente vor laufender Kamera
- 21.20 Unglaublich! Spektakuläre Momente vor laufender Kamera
- 22.25 Darüber staunt die Welt
- 0.40 Unglaublich! Spektakuläre Momente vor laufender Kamera

tagestipp

Krise statt Wirtschaftsboom: Die chinesische Generation Z erlebt einen drastischen Umbruch. Der wirtschaftliche Aufstieg scheint für viele unmöglich. Sie finden trotz Studienabschluss keine passenden Jobs. Wie geht es jungen Berufsanfänger*innen?

„Chinas Gen Z: Aus der Traum von der goldenen Zukunft?“, 20.15 Uhr, Phoenix



Foto: Alex Plavevskij/epa

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Zacki und die Zoobande
- 8.30 Der kleine Drache Kokosnuss
- 9.00 Heidi
- 9.45 Die Schlümpfe
- 10.45 Die Garfield Show
- 11.35 Die Pfefferkörner und der Fluch des schwarzen Königs. Kinder-Krimi, D/I 2017. Regie: Christian Theede. Mit Marleen Quentin, Ruben Storck
- 13.05 Luise segelt übers Meer
- 13.30 logo!

- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Lenas Ranch
- 16.30 Hexe Lilli
- 16.55 Tashli
- 17.20 Yakari
- 17.45 Der kleine Nick und die Ferien
- 18.10 Die Biene Maja
- 18.35 Mammie
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.25 Löwenzahn
- 19.50 logo!

- 20.00 KiKA Live
- 20.10 Checkpoint

ARTE

- 9.00 Die Camargue, wild und zart besätelt
- 10.50 Pferde im Sturm: Das wilde Herz Sardinien
- 12.05 Vier Düsen für ein Halleluja – Der Flugzeugparkplatz von Teruel
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 13.25 Stadt Land Kunst
- 14.15 Mord im Mittsommer: Tod im Schärengarten. S 2012 (1–3/3)
- 16.25 Mord im Mittsommer: Im Namen der Wahrheit. S 2018
- 18.00 Montenegro – Der Eselretter
- 18.30 Die Adria
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Zu zweit im Geisterdorf – Kalabriens vergessene Orte
- 20.15 Verbotenes Begehren
- 20.55 Verbotenes Begehren
- 21.40 Die Durrells (1–4/8)
- 0.50 Ein Sommer an der See. Tragikomödie, F 1990

3SAT

- 18.05 Wilde Schweiz
- 19.00 heute
- 19.20 Das Geheimnis der Meister
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Toten vom Bodensee
- 21.45 Oberösterreichs Wasserparadiese – Der Traunsee
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Maria Wern, Kripo Gotland: Raues Land. S 2020
- 23.50 Alles finster
- 0.35 Zapp
- 1.05 10vor10

BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 mehr/wert
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau

- 20.15 quer
- 21.00 Schlachthof
- 21.45 BR24
- 22.00 Mittermeiers Lucky Punch Comedy Club
- 22.45 Copriccio
- 23.15 Mein erster Sommer. Drama, AUS 2020. Regie: Katie Found. Mit Markella Kavenagh, Maijah Stewardson
- 0.30 Starttrampe COVERED
- 1.00 PULS Konzerte

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Zur Sache Rheinland-Pfalz
- 21.00 Wie extrem wird das Wetter, Sven Plöger? – Die Macht des El Niño
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Hubert ohne Staller: Mord aus zweiter Hand. D 2021
- 22.45 Hubert ohne Staller: Der nasse Tod. D 2021
- 23.35 The Last Resort
- 0.45 Der Riss – Der Sternekoche, der sein Gedächtnis verlor (1–3/3)

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Alles Wissen
- 21.00 7 Tage ...
- 21.45 Past Forward
- 22.15 hessenschau
- 22.30 Verräterkinder – Die Töchter und Söhne des Widerstands
- 23.15 Past Forward
- 23.45 Auswärtsspiel – Die Toten Hosen in Ost-Berlin
- 1.00 Scheidung für Anfänger

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Grenzenlos köstlich
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Talsperren in NRW – Wasserschatze für Tiere und Menschen
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Generation F (1–3/6)
- 23.45 „Ich bin stärker als Du!“ – Sexueller Missbrauch im Fußball
- 0.15 Das Blau des Kaftans. Drama, F/MA/B/DK 2022. Regie: Maryam Touzani. Mit Lubna Azabal, Saleh Bakri

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Neues vom Inselbauern – Zwischen Boot, Trecker und Tressen
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Lissabon: Fado, Feinkost und Flamingos
- 21.00 Die Algarve – Schrofne Klippen, sanfte Lagunen
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Morden im Norden: Der Lauf der Welt. D 2020
- 22.50 Morden im Norden: Absturz. D 2020
- 23.35 Großstadtrevier: Schuldig bei Verdacht. D 2017
- 0.25 Das ABC von Büttenwärdner

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 Raus aufs Land
- 18.45 Brisant
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Polizeiruf 110: Bei Klingelzeichen Mord. D 2001
- 21.45 rbb24
- 22.00 Die Heiland – Wir sind Anwalt
- 23.35 Blue Jean. Drama, GB 2022. Regie: Georgija Oakley. Mit Rosy McEwen, Kerrie Hayes

- 1.10 Raus aufs Land (1–4/4)
- 3.00 Unterwegs um den Müggelsee

MDR

- 18.10 Brisant Classic
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Mit Herz und Land – Mitteldeutsche Hofgeschichten
- 20.15 Lebensretter inside
- 21.00 Visite
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 artour – Das Kulturmagazin des MDR
- 22.40 Vom Glück, Kühe zu retten
- 23.10 Herbert Köfer – Spielen ist mein Leben
- 23.40 Grenadier Wordelmann
- 1.05 Lebensretter inside
- 1.50 Visite
- 2.35 artour – Das Kulturmagazin des MDR

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 13.00 phoenix plus
- 13.30 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 GlobalPolitix: Angst vor Trump
- 14.30 Dokumentation
- 16.45 Dokumentation
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Dokumentation
- 18.30 Eisenbahn-Romantik
- 19.00 Madeira – Abheben und träumen
- 19.15 Portugal – Die Küste der Störche
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Chinas Gen Z: Aus der Traum von der goldenen Zukunft?
- 21.00 Wir sind das neue Indien – jung, aufstrebend, viele Zeichen
- 21.45 heute-journal
- 22.15 The Great Way – zu Fuß um die Welt (1–3/4)
- 0.30 Chinas Gen Z: Aus der Traum von der goldenen Zukunft?
- 1.15 Wir sind das neue Indien – jung, aufstrebend, viele



helden der bewegung
Frédéric Valin

Einparken im Kleinst- raum: der findige Thomas Müller

Große Turniere sind immer auch Zeiten des Abschieds. Kaum dass irgendwer den Pokal in die Höhe gestemmt hat, kommen frisch aus dem Eisbad die Altvorderen – jene lieb- oder auch bösgewonnenen Gesichter, die die Zuschauenden seit Jahren oder gar Jahrzehnten begleitet haben – und verkünden ihre Rücktritte. Es gibt Blumen, pathetische Rückblicke, Bilderstrecken.

Nun hat es auch den ewig lausbübschen Thomas Müller erwischt, Kampfname „Der Wurschtler“. In einem eigens produzierten Abschiedsvideo sagte er im Tonfall eines Oberstufenreferates der Nationalmannschaft „Servus“. Es ist ein bitter dröges Video mit Fotoslides, im Hintergrund läuft Warteschleifenmusik, und Thomas Müller liert seine Texte herunter, die vielleicht ein ausgebildeter Bankberater für ihn vorformuliert hat. An der Machart wird schon auch deutlich, dass da ein Teil von „Die Mannschaft“ geht, diesem Bierhoff'schen Marketingkonstrukt, das immer versucht hat, eine Nähe zu den Fans zu simulieren, ohne sie je ernst zu nehmen. Fans waren für Bierhoff bestenfalls Klatschpappenhalter*innen, Bildmaterial für die Fernsehkameras, Verfügungsmasse zur Inszenierung der Fußballermarken auf dem Platz. Auch das hat sich während dieser EM jetzt geändert, Ton und Haltung der neuen Nationalmannschaft unter Julian Nagelsmann sind gleichermaßen bescheidener und nahbarer, als es in dieser Businesskasper-Zeit unter Bierhoff der Fall war.

Trotzdem bitter, dass Thomas Müller jetzt bei seinem Abschied auf diese schlecht durchgescriptete Ästhetik zurückgreift, der wir sehr viele uninteressante Dokumentationen zu verdanken haben. Ausgerechnet Thomas Müller, möchte man sagen, der doch immer durch

Thomas Müller ist jemand, der das Spiel über den Platz hinausdenkt

seine Unkonventionalität, Spontanität und diesen gewissen bayerischen Sinn fürs Anarchische aufgefallen war. Als wär aus dem Lausbub jetzt doch noch was Vernünftiges geworden – ein Mitarbeiter beim Landesvermessungsamt Bayern zum Beispiel.

Thomas Müller war kein Zauberer am Ball, kein Genie der Beherrschung des Spielgeräts. Was er beherrschte, war etwas anderes: Er beherrschte viel besser als andere die Möglichkeiten, die der Platz ihm bot. Vor allem anderen ist er ein Nonkonformist, der denkt: In diese bobbycargroße Lücke könnte mein Škoda gut reinpassen. Man hat ihn oft einen Raumdeuter genannt, dabei war er eher ein Raumerkenner, weil er – anders als zum Beispiel Cruyff oder andere große Spielmacher*innen – die Räume nie wirklich geschaffen hat, sondern sich schlicht sehr gut hineingeparkt bekam. Und wenn sich dann die Möglichkeit bot, mit seinen viel zu dünnen Haxen an den Ball zu kommen, kam er auch an den Ball ohne viel Federlesen; Müllertore sind von einer erstaunlichen Schlichtheit. Zackbumm. Er ist ein Interpret des Spiels und keiner, der es schreibt.

Das verstanden zu haben, gehört zu seinen größten Qualitäten; es grämt ihn nicht. Thomas Müller ist jemand, der das Spiel über den Platz hinausdenkt, der an die Genossenschaft denkt, die eine Mannschaft sein muss. Einem Sandro Wagner nicht unähnlich, ist er nicht deswegen Typen, weil ihn die Eitelkeit zwingt, sondern weil er verstanden hat, dass es Typen wie ihn braucht. Dass er jetzt noch ein Jahr bei Bayern München spielt, dass sein Vertrag verlängert wurde, liegt vermutlich gar nicht an seinen inzwischen relativ übersichtlichen Leistungsdaten, sondern weil er nicht nur als Integrationsfigur taugt, sondern eben auch eine ist: Thomas Müller hat nie mehr versprochen als er geliefert hat. Das macht ihn zum Link zwischen der Ära Bierhoff und der Ära Rudi Völler/Julian Nagelsmann.

Wenn es ganz dumm läuft, das heißt, wenn der FCB weder CL- noch DFB-Pokal-Finale erreicht, wird nächstes Jahr Thomas Müller seine Karriere in Hoffenheim beenden. Das wäre traurig für ihn, aber die Ära Bierhoff käme da immerhin zu ihrem berechtigten Ende.

Mit Volldampf ins Ziel: Der belgische Fahrer Jasper Philipsen (l.) sprintet ins Ziel und gewinnt vorm zweitplatzierten Phil Bauhaus (r.) aus Deutschland
Foto: dpa



Grün ist die Hoffnung

Der Kampf um das Trikot des besten Sprinters ist nach dem Sturz von Biniam Girmay wieder eröffnet, doch trotz recht guter Leistungen sind die Deutschen da außen vor

Aus Nîmes **Tom Mustroph**

Den Sprintern ist bei dieser Tour de France das große Finale genommen. Statt Sprint Royale auf den Champs-Élysées gibt es heuer ein bergiges Zeitfahren zwischen Monaco und Nizza zum Abschluss. Die schnellen Männer bedauern das. Mark Cavendish etwa musste den wahrscheinlich letzten Sprint seiner Karriere am Dienstag in Nîmes austragen. Durch den Sturz vom Mann im Grünen Trikot, Biniam Girmay, aufgehalten, wurde er nur 17. „Ich war zur falschen Zeit am falschen Ort“, beschrieb er die Situation.

Grundsätzlich war er bei dieser Tour richtig. Er holte seinen 35. Tour-Etappensieg, liegt in dieser Rekordliste jetzt allein vorn, vor Eddy Merckx. „Mein großes Ziel haben wir erreicht. Jetzt kommt es für mich nur noch darauf an, im Zeitlimit bis Nizza durchzukommen“, sagt er. Dass keine größeren Aufgaben mehr auf ihn warten, erfreut ihn nicht besonders. Auch Phil Bauhaus, Etappenzweiter in Nîmes, war deshalb geknickt. „Schade, dass es den Sprint auf den Champs-Élysées nicht gibt, das war immer mein Traum“, sagt er der taz – und gab Stunden später seinen Ausstieg aus der Rundfahrt bekannt. Im Verlauf dieser Tour wurde er von Sprint

zu Sprint besser, kam über die Plätze 6, 4, 8 und 7 nun auf den zweiten Tagesrang.

Auch für den zweiten deutschen Sprinter ging es zuletzt aufwärts. Nach mäßigem Beginn mit Platz 15 beim ersten Massensprint in Turin steigerte sich Pascal Ackermann über die Ränge 6, 9 und 4 zu drei dritten

„Ich war zur falschen Zeit am falschen Ort“

Biniam Girmay, Träger des grünen Trikots

Plätzen. „Damit kann ich sehr gut leben, gerade nach den letzten drei Jahren“, sagt die Frohnatur aus der Pfalz. Tatsächlich waren seine letzten Jahre eher mäßig. 2021 verließ er Team Bora im Zorn darüber, nicht zur Tour mitgenommen worden zu sein. 2022 gelangen ihm nur zwei Siege bei kleineren Rennen. Zur Tour wurde er nicht mitgenommen. Sein Rennstall UAE konzentrierte sich auf das Unternehmen Titelverteidigung mit Pogacar. Im letzten Jahr sprang zwar ein Etappensieg beim Giro heraus. Das reichte aber erneut nicht für den Tourkader. Ackermann entschied sich für den Schritt zurück, wechselte zum Team Israel Pre-

mier Tech. Dort klappte es mit der Tour-Teilnahme. Und sieben Top-10-Resultate bei zehn Massensprints sprechen für seine gute Verfassung.

Ganz aufgegeben hat er den Traum vom Etappensieg beim Tour-Debüt noch nicht. Die 18. Etappe könnte bergfesteren Sprintern in die Karten spielen. Fünf Berge stehen am Donnerstag auf dem Programm. Sie gehören aber der kleinsten, der dritten Kategorie an. Und die letzten zehn Kilometer sind recht flach. Allerdings muss er bis zum Ritt über die Berge auch eine Erkältung loswerden. „Geht die bis dahin nicht weg, ist das aussichtslos“, sagte er.

Kommt er wieder zu Kräften, dürfte er prominente Begleitung finden. Nach dem Sturz von Girmay ist der Kampf um Grün wohl wieder offen. 86 Punkte hatte Girmay Vorsprung. Weil er in Nîmes aber leer ausging,

Hauptkonkurrent Jasper Philipsen die Etappe gewann und zudem in den Zwischensprints vier Punkte mehr holte, schmolz der Abstand auf 32 Punkte zusammen. Philipsen muss versuchen, Girmay bei den Zwischensprints zu distanzieren und hier die volle Punktzahl zu holen. Die größte Aussicht auf Grün hat er aber auf der Etappe am Donnerstag. „Es ist schön, noch Ziele zu haben. Ich werde bis Nizza kämpfen“, versprach er.

Girmay, nach dem Sturz am Knie bandagiert, denkt vor allem ans Durchkommen. „In Nizza sehen wir, ob es reicht für Grün“, sagt er. Der Eritreer will sich nicht kirre machen lassen: „Ich habe meine Philosophie geändert. Ich setze mich selbst nicht mehr so sehr unter Druck“, verriet er. Das könnte den Ausschlag geben beim Kampf um die allerletzte Sprinterchance bei dieser Tour de France.

was alles nicht fehlt

Ein Bad in der Seine: Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo nahm am Mittwochmorgen ein Bad in der Seine. Sie wollte damit zeigen, dass der Fluss sauber genug für die anstehenden Olympischen Spiele ist. Während der Spiele soll das Freiwasserschwimmen und das Schwimmen im Triathlon in der Seine stattfinden. Bis vor Kurzem war der Fluss noch zu dreckig. Für die Säuberung des Gewässers wurden 1,4 Milliarden Euro investiert.

Eine missliche Verletzung: „Ich bin auch dazu bereit zu beten, dass es nichts Gravierendes ist“, sagte Bundestrainer Horst Hrubesch nach dem 4:0 Testspielsieg gegen Österreich. Schlüsselspielerin Lena Oberdorf blieb nach 70 Minuten im Rasen hängen und musste nach einer längeren Behandlung verletzt den Platz verlassen. Es

würde der Mannschaft laut Hrubesch „verdammte wehtun“, wenn sie für die Olympischen Spiele ausfällt. Der Bundestrainer meint freilich, Alexandra Popp könnte Oberdorf auf der Sechse vertreten.

Eine Suche dem Nachfolger: Nach 102 Spielen in acht Jahren hat Gareth Southgate seine Arbeit als englischer Nationaltrainer beendet. Nachfolger ist möglicherweise der aktuelle Newcastle-United-Trainer Eddie Howe. Laut dem britischen *Independent* könnte Pep Guardiola nächstes Jahr, nachdem sein Vertrag bei Manchester City ausläuft, Trainer der seit 58 Jahren titellosen Three Lions werden. Aber auch Jürgen Klopp und Thomas Tuchel wurden bereits gehandelt. Für Englands Stürmer-Ikone Gary Lineker ist Klopp die Idealbesetzung.



genossenschaft
taz *
Moritz Martin
Mitarbeiter der taz Panter Stiftung

SCHEINE GEGEN RECHTS

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft



das wetter

Trauer um Halt

Im Kreise seiner Familie verstarb im hohen Alter jüngst der Halt. Und zur Beerdigung kamen sie alle, alle: die Barkeit, wie immer ganz in Rot mit dunklen Rändern unter den tiefen Augen; die Losigkeit, so akkurat und korrekt wie irgend möglich gekleidet; das Machen, das vor Tränen und Kummer kaum aufrecht am Grab stehen konnte; das Verbot; dessen lange verhangene Haarsträhnen kaum Einblick gewährten in seine Gemütsverfassung; und die Ung, starr vor Schmerz wie eine Trauerweide. Alle, alle vermissen sie halt den Halt.

gurke des tages

„Betrüger!“, löste gestern das Polizeipräsidium Bielefeld auf den Tickern einen Alarm aus: „Die Polizei warnt vor Anrufern, die am Telefon versuchen, an Daten von Bielefeldern zu gelangen“, hieß es. Das sind ja schöne Betrüger. Wissen nicht einmal, dass es Bielefeld gar nicht gibt. Dann gibt es auch keine Bielefelder. Und an Daten von Bielefeldern kann erst recht keiner gelangen. Deshalb gibt es auch keine Polizei in Bielefeld. Nur eins ist wahr: Alle Bielefelder lügen.

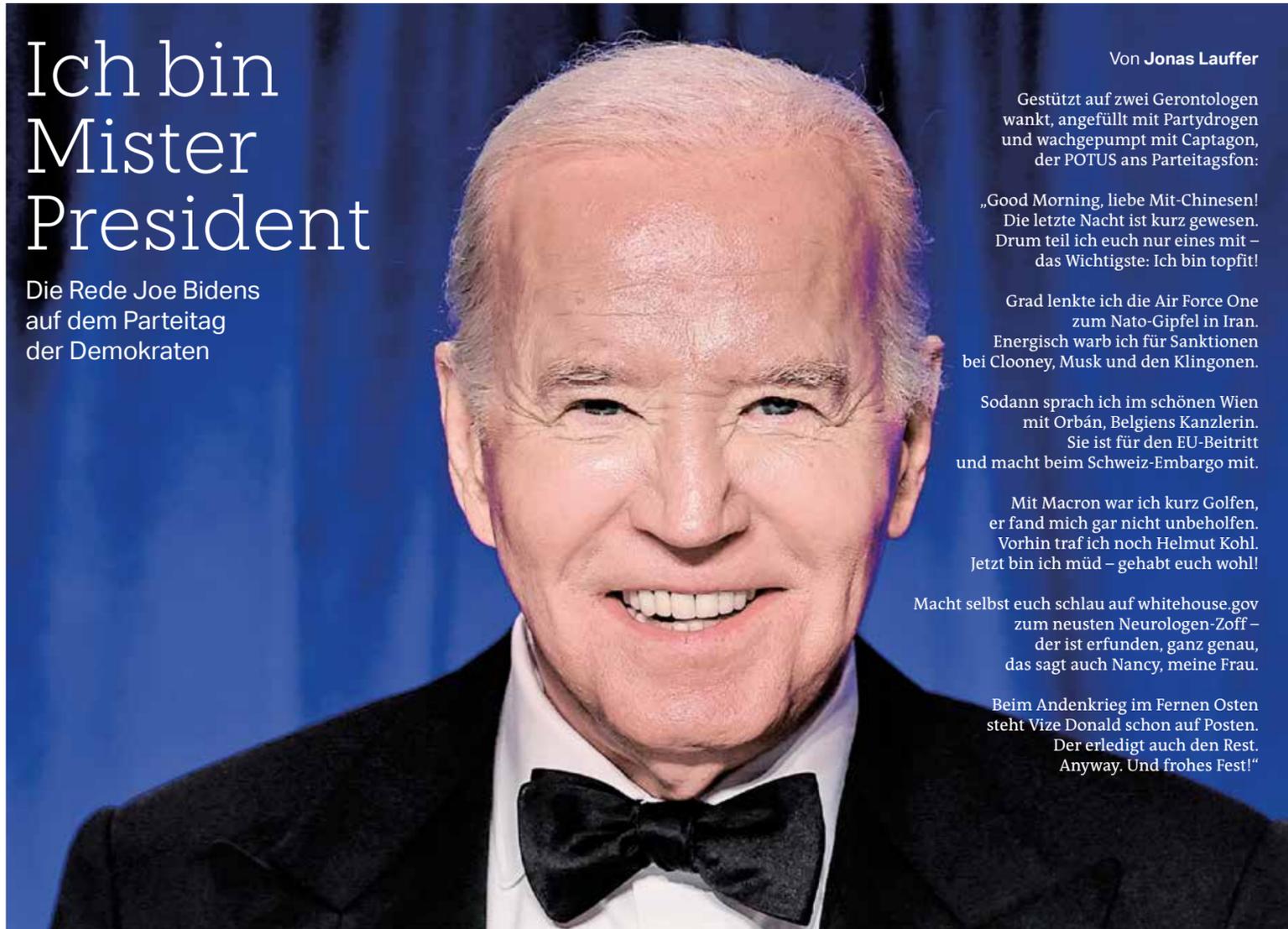


Foto: reuters

Ich bin Mister President

Die Rede Joe Bidens auf dem Parteitag der Demokraten

Von Jonas Lauffer

Gestützt auf zwei Gerontologen wankt, angefüllt mit Partydrogen und wachgepumpt mit Captagon, der POTUS ans Parteitagstafel:

„Good Morning, liebe Mit-Chinesen! Die letzte Nacht ist kurz gewesen. Drum teil ich euch nur eines mit – das Wichtigste: Ich bin topfit!

Grad lenkte ich die Air Force One zum Nato-Gipfel in Iran. Energisch warb ich für Sanktionen bei Clooney, Musk und den Klingonen.

Sodann sprach ich im schönen Wien mit Orbán, Belgiens Kanzlerin. Sie ist für den EU-Beitritt und macht beim Schweiz-Embargo mit.

Mit Macron war ich kurz Golfen, er fand mich gar nicht unbeholfen. Vorhin traf ich noch Helmut Kohl. Jetzt bin ich müd – gehabt euch wohl!

Macht selbst euch schlau auf whitehouse.gov zum neusten Neurologen-Zoff – der ist erfunden, ganz genau, das sagt auch Nancy, meine Frau.

Beim Andenkrieg im Fernen Osten steht Vize Donald schon auf Posten. Der erledigt auch den Rest. Anyway. Und frohes Fest!

Amor auf Eimer

Die Woidkes geben ein Liebesinterview

Aller guten Dinge sind drei. Es ist tatsächlich erst das dritte Mal, dass der eierköpfigste Politiker Deutschlands, Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, auf der Wahrheit-Seite erwähnt wird – und das in mehr als 30 Jahren.

Zu blass, zu unscheinbar, zu woidkesk ist das Oberhaupt der B-Burger. Als er vor Jahren endlich einmal von der Wahrheit bemerkt wurde, war auch gleich die Sorge groß, ob der Woidke nicht aussterben wird, weil eine Fortpflanzung und Reproduktion unter den Aspekten sexueller Natur auf den ersten Blick schier unmöglich erschien. Zu unsexy, zu reizlos, zu unansehnlich ist der dunkeldeutsche Runkelkopf.

Aber jeder Topf findet seinen Deckel, selbst in Brandenburg, selbst unter Sozialdemokraten, die wahrlich sehr, sehr selten Eros besitzen. Doch damit Männlein und Weiblein auch bei Sozen zusammenkommen, braucht es eine besondere Energieleistung und einen Atomkern von sprühender Sprengkraft – wie zum Beispiel Roland Kaiser: „Ehepaar Woidke: Es funkte beim Roland-Kaiser-Konzert“, meldete am Mittwoch die Dating-Agentur dpa mit Bezug auf die Friseurzeitschrift *Bunte*, der die Woidkes jetzt ein Interview gegeben haben.

Human touch, menschliche Seite, echtes Feeling – solche Blubberworte lieben Pressereferenten, die all die Blässe, die Unscheinbarkeit, die Woidkigkeit ihres Politchefs in ein neues Scheinwerferlicht getaucht sehen wollen. Mit der sonst im Dunkel existierenden Gattin an der Seite, die vor Wahlen die sehnsüchtigen Blicke der weiblichen Leser- und Wählerschaft auf den beinah unsichtbaren Sozialdemokraten ziehen soll. Der langweilige Apparatschik als buntes Liebeswesen – ein romantisches Träumchen.

Das auch schnell zerplatzt, sobald die Woidkes den Mund aufmachen. „Es war eine nachhaltige Begegnung“, sagt Susanne Woidke im besten SPD-Sprech und konterkariert mit dem modischen Politschaumwort „nachhaltig“ den steifen Versuch ihres Mannes, Rosenromantik ins Spiel zu bringen: „Wir sind uns bei einem Konzert von Roland Kaiser im Rosengarten in unserer Heimatstadt Forst begegnet“, leiert der Förster im Liebesgarten, wie auswendig gelernt, den entscheidenden Satz herunter.

Wenn ein grauer Langweiler süßlich wird und das angeschlossen Ehegespons die tiefere Wahrheit durchblicken lässt: Die beiden passen zusammen wie Amor auf Eimer.



Anke Richter

Neues aus Neuseeland: Eier auf die Beatles

Es gibt Daten, die prägen eine Nation. Bevor uns Erdbeben heimsuchten, landeten die Beatles Down Under: Vor 60 Jahren beendeten sie ihre „Australasian Tour“ mit vier Konzerten in Aotearoa. Die Spuren, die die Fab Four in jener Woche hinterließen, werden noch immer aufgearbeitet. Eine davon läuft jedoch ins Nichts: Wer waren die Eierwerfer in Christchurch?

Der 21. Juni 1964 war ein Sonntag. Ab sieben Uhr früh trafen weibliche Fans am Flughafen in Wellington ein. Nachmittags drängten sich bereits 4.000 hinter dem Stacheldrahtzaun. Einige hatten ein Loch mit dem einem Drahtschneider hineingeschnitten. Ihr Kreischen war ohrenbetäubend, als die TEAL-Maschine endlich landete. Hinten blickten die Weltstars gelangweilt aus dem Fenster.

Als sie endlich auf der Gangway erschienen, alberte Paul mit einem riesigen Kiwivogel aus Plüsch herum, den man der Band zuvor in Sydney geschenkt hatte. Maori-Frauen in Tracht übergaben eine gigantische

grüne Schnitzfigur aus Plastik. John Lennons Kommentar dazu: „Meine Frau bringt mich um!“ Es folgte ein missglückter Nasenkuss. „Ich dachte, das machen die Eskimos?“, frotzelte Lennon weiter.

Es kam noch schlimmer. Wie England habe Neuseeland bei der Landung auf ihn gewirkt, „mit Kühen und Schafen“, so vermerkte George Harrison später in einer Anthologie. Am ersten Abend hätten sie im Hotel auf Action gehofft, aber außer Fish und Chips vorm Fernseher lief nichts. „Um neun Uhr abends endeten plötzlich alle Programme“, so der Beatle. „Wir schmissen unser Dinner gegen den Bildschirm.“

Es war nicht der einzige Wurf mit Essbarem. Am 28. Juni stand eine kurze Meldung in der *New York Times* mit der Überschrift: „Eierhagel auf die Beatles“. Die Attacke passierte in Christchurch, als die Musiker dort auf den Hotelbalkon traten. „Jugendliche Rowdys“ hätten die faulen Eier geworfen. Sie tropften vom Geländer des Balkons und den Anzügen der Band.

In der Menge waren auch Studenten der Uni, die Transparente hochhielten. „Go home Beatles – lasst unsere Mädchen in Ruhe.“ Verbarg sich dahinter das Motiv der Eierwerfer – pure Eifersucht? Eine australische Historikerin fasste es vor Kurzem so zusammen: „Beatlemania war ein Ausdruck weiblicher Begierde.“ Und die war in prä feministischen Zeiten bedrohlich.

Das Konzert an jenem Abend in Christchurch war das kürzeste der gesamten Tournee und dauerte nur 26 Minuten. Zu hören waren die Songs eh kaum, da die Fans die Musik übertönten. Wenn Ringo Starr seine Haare schüttelte, ging es nochmal um ein paar Oktaven nach oben. Paul McCartney zerriss eine Gitarrensaiten, aber spielte einfach weiter.

„Eier sind eine neue Erfahrung für uns“, berichtete er danach auf einer Pressekonferenz. „Zumindest beweist das, dass Neuseeland eine Bauernation ist.“ Bis heute wurden die Täter nicht gestellt. Doch die örtliche Presse hat den Fall zum 60. wieder aufgegriffen.



Seitfoto: dpa

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Aboservice: 030 | 25 902 590

9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.

Fax: 030 | 25 902-680

E-Mail: abo@taz.de

Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €



Dann brannte halb Kreuzberg

Was war schon die Mauer gegen diesen Zaun. Kein normaler Baustellenzaun. Eine politische Provokation. Ein Versuch, Kinder gegen Kinder auszuspähen und ein selbstverwaltetes Projekt zu verdrängen.

So sahen es viele Ende der 1980er Jahre im West-Berliner Waldekiez. Das selbstverwaltete Projekt war der Kinderbauernhof am Mauerplatz. Wer die Adalbertstraße Richtung Mauer ging, tauchte hinter der Waldemarstraße in eine fast ländliche Idylle, inklusive Schafen auf dem besetzten „Acker“, wie die Betreiber ihre Fläche nannten.

Seit 1981 konnten hier, im Schatten der Mauer, Kinder Tiere gucken. Bis der Bezirk herausfand, dass im dicht bebauten SO36 Kinder auch eine Kita brauchen. Es war die Geburt eines Konflikts, der Kreuzberg und vor allem die Alternative Liste, die Vorläuferin der Berliner Grünen, spaltete.

Noch bevor mit dem Bau der Kita (natürlich aus Holz, schließlich war Baustadtrat Werner Orlowsky ein Grüner) begonnen wurde, wurde das Gelände 1987 eingezäunt. Schnell wurde der Zaun zum Politikum. Jeden Sonntag mobilisierte die Szene zum Zaunspaziergang. Mal wurde er geschmückt, mal demoliert, meistens gab es Ärger mit der Polizei.

Anfang 1987 machte Orlowsky einen letzten Kompromissvorschlag. Warum nicht die Kita auf die Adalbertstraße bauen? Die führte ohnehin nur zur Mauer, könnte also entwidmet werden. „Doch da waren der Senat und die Alliierten vor“, schrieb die taz damals. „Eine Umwidmung der Straße käme nicht infrage, schließlich führe sie Richtung Osten und müsse im Falle der Wiedervereinigung vorhanden sein.“

So kam, was kommen musste. Im Frühjahr 1987 begannen die Bauarbeiten für die Kita. Unter Polizeischutz. Es war der Auftakt eines Jahres, in dem in SO36 nichts mehr blieb, wie es war. Am 1. Mai brannte halb Kreuzberg (samt Bolle), es folgten der Reagan-Besuch, die Abriegelung des Bezirks, Ausnahmezustand.

Auch am Mauerplatz war bald alles anders. Im Herbst 1987 brannte der Rohbau der fast fertiggestellten Kita nieder. Trotz Zaun. Schnell hieß es: ein Brandanschlag der Autonomen. Erst viele Jahre später stellte sich heraus: Es war ein Pyromane. Armin S. hieß er, er hatte auch den Bolle abgefackelt. Später, da war er schon wieder aus dem Knast entlassen, gab er der Kollegin Plutonia Plarre ein Interview. Als er gesehen habe, wie die Autonomen Mollis in den geplünderten Bolle geworfen hätten, habe er sich gedacht: „So funktioniert das nicht. Denen werde ich zeigen, wie man das macht.“

Tag und Nacht im Görlitz

CDU und SPD kennen für die Probleme im und rund um den Görlitzer Park in Kreuzberg nur eine Lösung: Zäune, Polizistinnen, Überwachung. Gegner:innen des Zaunbaus mobilisieren deshalb ab Donnerstag, 16 Uhr, vor Ort zum Aktions-Tag & Nacht. Mit Kids- und Kiezversammlung, Film-screensings, einem Nachtspaziergang und vielem mehr. (taz)

Schöner leben ohne Zaun

Kaum ein Projekt des Senats wird so bekämpft wie die Umzäunung des Görlitzer Parks. Es sind nicht die ersten Gitter, an denen sich der stadtpolitische Widerstand entzündet

Von Uwe Rada, Erik Peter, Uta Schleiermacher und Jonas Wahmkow



Zaun des Anstoßes Foto: Amadeus Waldner/plainpicture

Die Kita wurde nicht wieder aufgebaut. Zwei Jahre später fiel die Mauer. Den Kinderbauernhof gibt es immer noch. (wera)

Von wegen Tempelhofer Freiheit

„Hinter dem Zaun liegt der Strand“. Der abgewandelte Sponti-Spruch geisterte durch das autonome Berlin, als sich Anfang 2009, wenige Monate nach Einstellung des Flugbetriebs am Flughafen Tempelhof, die Idee breit machte, das Feld in Beschlag zu nehmen. „Have you ever squatted an airport?“, lautete die Frage, die dann weit über die Szene hinaus mobilisierte und von einer Mehrheit der Berliner:innen mit Sympathie verfolgt wurde.

Die Forderungen von Squat Tempelhof, wie die Kampagne schließlich hieß: „Keine Bebauungen, erst recht keine Luxuswohnungen, weg mit dem Zaun und Öffnung der Freifläche für alle.“ So schreibt es Stefan Romvári in seinem 840-Seiten-Wälzer „Rebelliges Berlin“. Der damalige rot-rote Senat hatte sich zu diesem Zeitpunkt beim Titel „Tempelhofer Freiheit“, unter dem über eine Nachtnutzung diskutiert werden sollte, des zweiten Begriffs schon entledigt – zu wörtlich nahmen ihn viele Berliner:innen.

Es entwickelte sich eine Bewegungsdynamik verschiedener Akteur:innen und Aktionen – immer wieder stand dabei der Zaun als Trennstück zur ersehnten „Freien Republik Tempelhof“ im Mittelpunkt. So wurde er auf Ebay zur Versteigerung angeboten – für Selbstabholer*innen. Und auf einer Pressekonferenz wurde erläutert, dass das Betreten eines eingezäunten Geländes kein Hausfriedensbruch sei, wenn man als Imker*in einen entflohenen Bienenschwarm verfolge.

Im Juni 2009 sollte der acht Kilometer lange, mit Stacheldraht verstärkte Zaun in einer Massenaktion überwunden werden. Tausende versuchten es, am Columbiadamm kam ein Wurfanker zum Einsatz, um den Zaun niederzureißen. Doch letztlich scheiterte die Massenbesetzung am polizeilichen Großaufgebot – und am Zaun.

Ein knappes Jahr später, im Mai 2010, wurde das Gelände offiziell geöffnet – wieder unter Protesten. Die Jubelzeremonien wurden von mehr als 1.000 Menschen gestört. Am Ende des amtlichen Programms ließen sich Demonstrierende unter „Der Zaun muss weg!“-Rufen auf dem Feld nieder, ehe sie im Kessel von der Polizei nach draußen buginiert wurden.

Abgesehen von gut 500 Metern Zaun am Columbiadamm auf Höhe des Flughafengebäudes, die vergangenes Jahr zurückgebaut wurden, blieb die Umzäunung des Feldes bestehen, ebenso die Pflicht, es zum Einbruch der Dunkelheit zu verlassen. Die Aufregung darüber hatte sich schnell gelegt. Heute bedrohen die Neubaubestimmungen des Senats, gegen den erfolgreichen Volksentscheid, die Freiheit Tempelhoofs. (epe)

Die Reichen bleiben eingezäunt unter sich

Bei Gated Communities verspricht der Zaun den drin wohnenden Zaunenthusiast*innen mehr Sicherheit. Mit der kiezigen Mieter*innenstadt Berlin scheint dieses Konzept für amerikanische Vorstädte erst mal wenig zu tun zu haben, weshalb sich dieses Konzept hier als „Townhouses“ tarnt.

„Sind wir überhaupt noch in Berlin? Und ob!“, zitiert der Stadtforscher Tim Rieniets ein Werbeplakat der „Eldenaer Höfe“ in Friedrichshain bei einer Besichtigung solcher Townhouses. Diese teuren Reihenhäuser mit Concierge-Service in innerstädtischen Vierteln beschreibt er als ein Projekt, das gleichzeitig Nähe und Distanz zur Stadt verspricht.

soll das möblierte Appartement mit zwei Eingängen (wegen Diskretion) 28.000 Euro im Monat.

Klar, dass es da stören würde, wenn Passant*innen zu nah am diskreten Nebeneingang vorbeiflanieren. Die Türen in den Zaunelementen, die mitten in Mitte die Häuser abschirmen sollen, sind daher auch abgeschlossen. Entgegen vorheriger Absprachen mit den Investor*innen, die eigentlich freien Durchgang zugesichert hatten. Der Zaun wird hier eine in die Stadt gestellte Normativität des Faktischen. (usch)

Wem gehört das Ufer des Plötzensees?

Der Plötzensee in Wedding ist ein beliebter Badesees. Das Problem: Das Baden außerhalb des Freibads ist hier schlicht verboten. Das Gewässer ist Teil eines Landschaftsschutzgebiets. Als die Beliebtheit der „Plötze“ in der Pandemie alle Rekorde brach, verschärfte sich die Probleme: Wildbader:innen verdichteten den Boden und verhinderten das Nachwachsen von Schilf, beides fördert die Erosion. Außerdem störten sie Wasservögel, die am Ufer nisten.

Das Bezirksamt Mitte reagierte, indem es – Überraschung! – einen höheren Zaun baute. 1,40 Meter statt der bisher kniehohen Barriere sollten nun Wildbader abhalten. Doch die renitenten, aber sportlichen Weddinger:innen ließen sich von einer Metallkonstruktion nicht abhalten; es wurde einfach höher geklettert. Da viele Anwohnende den Zaun als Verschwörung des Freibadbesitzers interpretierten, setzte der Bezirk auf Aufklärung. Parkläufer:innen ermahnten die illegalen Badegäste und erzählten ihnen etwas über brütende Schwäne.

Im vergangenen Jahr startete der Bezirk dann die Kampagne „Hai-Alarm am Plötzensee“. Der Zaun wurde mit großformatigen „Vorsicht Haie!“-Plakaten zugedeckt, auf denen dann im Kleingedruckten auf die ökologischen Schäden durch das Wildbaden hingewiesen wurde.

Die Kampagne war von zweifelhafter Effektivität. Es wurde weiter gesprungen und gebadet. Logisch, dass der Bezirk nun auf sein schärfstes Schwert setzt: Ordnungsamtsbeamte:innen patrouillieren am Plötzensee und verteilen Strafzettel in Höhe von 50 Euro. Ein Zaun ist eben nur so viel Wert, wie die Kontrolleure, die ihn überwachen. (wah)

Anzeige

Staatliche Museen zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz

Sommer Kino

→ Kulturforum am Potsdamer Platz

taz Tickets und Programm yorck.de

Unklar, ob die Poller fallen

Gerichtsbeschluss gegen Fahrradstraße könnte von kurzer Dauer sein

Von **Claudius Pröber**

Zwar hat das Berliner Verwaltungsgericht entschieden, dass die Durchfahrtsperren für Autos in der Tucholskystraße in Mitte rechtswidrig angeordnet wurden und abzubauen seien – ob das Bezirksamt das auch tut, bleibt abzuwarten. Denn die Entscheidung, über die das Gericht am Dienstag die Öffentlichkeit informierte, fällt in einen außergewöhnlichen Zeitraum: Wenn in Kürze die novellierte Straßenverkehrsordnung (StVO) in Kraft tritt, könnte die Verkehrsmaßnahme auf einmal doch rechtmäßig sein.

Geklagt hatten AnwohnerInnen und Gewerbetreibende gegen die auf dem Abschnitt zwischen Oranienburger und Torstraße eingerichtete Fahrradstraße, die zusätzlich mit einem Modalfilter – einer diagonalen Pollerreihe – an der Kreuzung mit der Auguststraße ausgestattet wurde. Die Unterbrechung der Auguststraße zwingt sie und ihre KundInnen dazu, Umwege zu fahren, machten sie vor Gericht geltend – Gründe der Verkehrssicherheit gebe es für die Sperre nicht.

Das Bezirksamt, das die Fahrradstraße auf der Grundlage eines Kiezblock-Beschlusses der BVV angeordnet hatte, argumentierte dagegen, es gehe darum, mit der Unterbindung des Durchgangsverkehrs „Gefahrensituationen an Kreuzungspunkten“ zu entschärfen. Das überzeugte die VerwaltungsrichterInnen nicht: Die Verwaltung habe keine „qualifizierte Gefahrenlage“ nachgewiesen, etwa indem sie Verkehrs- oder Unfallzahlen vorgelegt hätte.

Die Erfüllung des Sicherheitskriteriums ist für die StVO in ihrer geltenden Form unabdingbar. Ausnahmen gibt es für die Anlage von Fahrradstraßen, nicht aber für das Aufstellen von Pollern, die die Durchfahrt verhindern. Auch auf das Berliner Mobilitätsgesetz, dem zufolge Fahrradstraßen und Nebenstraßen so gestaltet werden sollen, dass Durchgangsverkehr unterbleibt, könne sich der Bezirk nicht berufen, so das Gericht – es handele sich dabei um „stadtplanerische Erwägungen“ und Zielvorgaben, die Bundesrecht nicht „überlagern“ könnten.

Allerdings tritt dieser Tage die novellierte StVO in Kraft, die Anfang des Monats den Bundesrat passiert hat. Damit verändert sich das Panorama entscheidend, denn die Neufassung erlaubt die „Bereitstellung angemessener Flächen für den fließenden und ruhenden Fahrradverkehr sowie für den Fußverkehr“, was auch mit Zielen wie Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz oder der städtebaulichen Entwicklung begründet werden kann. Auf dieser Grundlage hätte das Gericht die Anordnung wohl nicht als rechtswidrig einstufen können.

Auf die StVO-Novelle und ihre neuen Spielräume verweist auch der grüne Verkehrsstadtrat von Mitte, Christopher Schriener. Den Beschluss des Verwaltungsgerichts respektiere man, schreibt er in einer Pressemitteilung, das Bezirksamt werde aber „in den nächsten zwei Wochen den Beschluss eingehend rechtlich prüfen“. Eine Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht könnte folgen. Sollte es dazu kommen, wird sich das OVG mit einer geänderten Rechtslage auseinandersetzen haben.

An den Rüdern wird gespart

Der Liefer-Riese Lieferando will weniger Boni zahlen. Vor der Zentrale protestieren Fahrer:innen gegen den Verdienstverlust



Sollen auch bei Hitze und Gewitter fahren: Lieferando-Fahrer:innen
Foto: IMAGO / Emmanuele Contini

Von **Jonas Wahmkow**

Lohnkürzungen in Zeiten der Inflation? Was absurd klingt, kündigte der Delivery-Riese Lieferando gegenüber seinen Fahrer:innen an. Dagegen protestierten rund 70 Beschäftigte am Mittwochmittag in der Nähe der Konzernzentrale am Spreuerufer. Neben einer fairen Bezahlung forderten die Fahrer:innen bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag.

Konkret gehe es um die Umstrukturierung des Bonusystems, die das Unternehmen Ende Juni den Fahrer:innen ankündigte, sagt ein Mitglied der Beschäftigtenorganisation Lieferando Workers Collective zur taz. Ihren Namen will die Lieferando-Fahrerin nicht nennen, weil in der Vergangenheit schon häufiger gewerkschaftlich engagierten Kolleg:innen gekündigt wurde.

Demnach sollen bislang gezahlte Boni für Spitzenzeiten abgeschafft und durch ein anderes System ersetzt werden. Die Boni sind ein wichtiger Teil des Einkommens, das sonst mit 12,50 Euro pro Stunde nur knapp über dem Mindestlohniveau liegt.

Ein Sprecher des Unternehmens teilt auf taz-Anfrage mit, es handle sich bei der Umstellung nicht um Lohnkürzungen. Vielmehr sei ein befristetes Pilotprojekt ausgelaufen. „Das neue Modell beinhaltet eine Lohnerhöhung sowie ergänzende Zuschläge, mit denen fast alle Fahrer bundesweit mehr verdienen“, so der Sprecher.

„Wir leben jetzt schon von der Hand in den Mund“

R., Lieferando Fahrer

Die Fahrer:innen sehen das anders: „Ich würde nach dem neuen System 300 bis 400 weniger pro Monat bekommen“, klagt R., ein Fahrer, der Vollzeit für Lieferando arbeitet. „Wir leben jetzt schon von der Hand in den Mund.“ Mit den Kürzungen werde es schwer, die Miete zu bezahlen.

Der 41-Jährige kommt aus Pakistan und berichtet, dass viele seiner migrantischen Kol-

leg:innen sich nicht mit deutschem Recht auskennen und Lieferando dreist versuche, die Löhne zu drücken. So seien Fehler in der Abrechnung die Regel, es werde wiederkehrend weniger gezahlt, als eigentlich gearbeitet wurde. Auch Trinkgelder werden manchmal einbehalten, berichtet R. „Die klauen einfach Geld bei den Fahrern, die kein Bewusstsein dafür haben.“

Die jüngsten Maßnahmen seien die härtesten, aber nicht die ersten der vergangenen Jahre, berichtet ein weiterer Fahrer, der sich als Mo vorstellt. Mit der Zeit sei es immer schwieriger geworden, Arbeitstelefone und Firmenfahrräder zu bekommen, auch die Reparaturpauschale wurde irgendwann abgeschafft. „Das sind einfach Kürzungen“, so Mo.

Um für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen, haben die Fahrer:innen eine Petition gestartet. Darin fordern sie unter anderem feste Feiertags-, Sonntags- und Nachtzuschläge, die sich am Stundenlohn orientieren. Auch sollen Überstunden besser bezahlt werden und nicht verpflichtend sein.

CDU Brandenburg Offene Fragen zur Suff-Fahrt

Die Polizeikontrolle bei der Alkoholfahrt von Brandenburgs CDU-Chef Jan Redmann auf einem Elektroller lässt Fragen offen. Redmann wurde nach eigenen Angaben ohne spezielle Begründung von den Beamten gestoppt. Die *Märkische Allgemeine* berichtet jetzt aber unter Verweis auf einen internen Polizeibericht, Redmann sei „aufgrund seiner Fahrweise von den eingesetzten Beamten“ kontrolliert worden. Der 44-Jährige wurde nachts bei einer kurzen Fahrt von einem Treffen zu seiner Wohnung in Potsdam-Babelsberg auf dem Elektroller mit 1,3 Promille kontrolliert. Redmann hatte einen Fehler eingeräumt und den Führerschein nach eigenen Angaben freiwillig abgegeben. In dem Polizeibericht heißt es nach Angaben der Zeitung, der Führerschein sei sichergestellt worden. Wenn jemand den Führerschein nicht freiwillig abgeben will, wird er beschlagnahmt. (dpa)

Gewässerqualität Lageso gibt grünes Licht fürs Baden

Fast alle Berliner Badegewässer weisen eine sehr gute Wasserqualität auf. Das teilte das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) mit. Demnach ist die große Mehrheit der 39 offiziellen Badestellen zum Schwimmen und Planschen geeignet. Lediglich an den Badestellen Schmöckwitz an der Dahme sowie an der Unterhavel wird vor Blaualgengewirb am Groß Glienicker See wird ebenfalls vor einer erhöhten Keimzahl gewarnt, die durch die Starkregen in den vergangenen Wochen entstanden ist. Bei starken Regenfällen kann unter anderem ungereinigtes Abwasser in die Gewässer gespült werden. Dadurch kann es laut Landesamt zeitweise zu Verunreinigungen kommen. (dpa)

Nahostkonflikt Zeugnisausgabe auf dem Schulhof

Nach einem Brandanschlag im Kontext mit dem Gazakrieg auf ein Gymnasium in Tiergarten ist die Zeugnisausgabe vor Beginn der Sommerferien auf dem Schulhof erfolgt. Störungen waren Polizei und Elternvertretung nicht bekannt. Die Schule ist seit dem Feuer geschlossen. Die Polizei habe ein besonderes Augenmerk auf die Einrichtung, sagte ein Sprecher auf Anfrage. Es gebe aber keine speziellen polizeilichen Maßnahmen. Durch das Feuer in der Nacht zum Sonntag wurde die Technik im betroffenen Raum nach Polizeiangaben „erheblich beschädigt“. Das Gymnasium hatte vor wenigen Wochen für Schlagzeilen gesorgt, weil eine Abiturfeier wegen angekündigter Gaza-Proteste abgesagt wurde. (dpa)

Anzeigen



BACK TO BLACK
IM KINO MOVIEWENT

taz blogs

Wie tickt die taz? Das Blog aus und über die taz mit Innenansichten, Kontroversen und aktuellen Entwicklungen. Die taz ist kein abgeriegeltes Komplex – die taz gehört ihren Leserinnen und Lesern, sie versteht sich als Zeitung, die Debatten führt und auch den eigenen Standpunkt reflektiert. taz.de/blogs/hausblog

Buffalo Gals, Won't You Come Out Tonight
Solistenensemble Kaleidoskop & Silvia Costa, Andrea Belfi, Wojtek Blecharz

radialsystem.de

19.07.2024
20.07.2024
21.07.2024

Arbeitskampf light

In abgespeckter Form setzt Verdi den Streik in den kommunalen Kitas fort

Die Gewerkschaft Verdi hat ihre Serie von Warnstreiks für bessere Arbeitsbedingungen in den Kita-Eigenbetrieben des Landes Berlin fortgesetzt. Am Mittwoch hätten Beschäftigte allerdings nur „in begrenztem Maße“ ihre Arbeit niedergelegt, sagte Verdi-Sprecher Kalle Kunkel, ohne Zahlen zur Beteiligung zu nennen. Dies habe keine Auswirkungen auf den Betrieb gehabt.

„Wir gehen davon aus, dass keine Kita geschlossen werden musste“, so Kunkel. Die Gewerkschaft habe aber auch keinen Überblick über alle 280 kommunalen Kitas. Am Donnerstag soll es laut Verdi genauso laufen.

Äußerungen Verdis aus der Vorwoche waren von der Öffentlichkeit so verstanden worden, dass die Gewerkschaft in

dieser Woche nicht erneut zum Warnstreik aufruft. Kunkel sagte, diese Aussage sei auf Schließungen bezogen gewesen. Auch im Sommer werde es keine streikbedingten Kita-Schließungen geben. Die Möglichkeit kleinerer Arbeitsniederlegungen hält sich die Gewerkschaft damit offen.

An den 13 größeren Streiktage in den vergangenen Wochen hatten sich laut Verdi stets 2.000 bis 3.000 der etwa 7.000 Beschäftigten in den kommunalen Kitas beteiligt. Etliche Einrichtungen blieben dicht. Die Gewerkschaft will mit ihren Aktionen den Druck auf das Land für eine höhere pädagogische Qualität und Entlastungen erhöhen. Verdi fordert einen Tarifvertrag, in dem unter anderem Regelungen zu Gruppen-

größen und zum Ausgleich von Belastungen verankert werden. Der Senat lehnt das mit Verweis auf die Mitgliedschaft Berlins in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ab.

Der Staatssekretär für Jugend und Familie, Falko Liecke (CDU), forderte Verdi auf, die Eltern stünden vor unlösbaren Herausforderungen, kurzfristig eine Kinderbetreuung zu organisieren. „Die Behauptung, ein Streik schränke den Kitabetrieb nicht ein, ist fragwürdig und zeigt, dass Verdi offenbar wenig Interesse an konstruktiven Lösungen hat“, sagte Liecke. Umgekehrt wirft Verdi dem Senat vor, eine Lösung im Sinne der Beschäftigten, Eltern und Kinder zu blockieren. (dpa)

Berlins langsamer Abschied von Twitter

Nicht nur El Hotzo hat Probleme mit Twitter, auch viele Organisationen denken über einen Abschied nach. SPD und BVG sind die letzten prominenten Abgänger

Von Erik Peter, Rainer Rutz und Claudius Pröber

Mit El Hotzo, bürgerlicher Name Sebastian Hotz, ist einer der reichweitenstärksten Twitterer Berlins weiterhin auf X aktiv – dabei steht er selbst im Fokus von Plattform-Eigentümer Elon Musk. Der rechts-extreme Milliardär reagierte auf einen Post einer neurechten Influencerin, wonach der Comedian Donald Trump und Musk den Tod gewünscht habe. Letzterer wollte hernach vom Bundeskanzler wissen, wieso El Hotzo von der deutschen Regierung bezahlt werde.

Olaf Scholz (SPD) hat auf die Verschwörungserzählung nicht reagiert, dafür der RBB. Demnach werde El Hotzo die Sendung „Theoretisch cool“ auf Radio Fritz – selbst nicht auf Twitter – nicht mehr moderieren. Seine Äußerungen, etwa: „Ich finde es absolut fantastisch, wenn Faschisten sterben“, seien mit den Werten des RBB nicht vereinbar. El Hotzo schrieb zum Ende seiner alle zwei Monate stattfindenden Radioshow: „Ich bin Deutschlands frechster Arbeitsloser.“

Die Posse um El Hotzo mit seinen 700.000 Followern wirft erneut die

„Würde ich all die Kommentare lesen, würde ich durchdrehen“

Ferat Koçak, Linke

Frage auf, inwiefern X, wie es seit der Übernahme von Musk 2022 heißt, noch ein öffentlicher Raum ist, in dem seriöse Akteur:innen etwas zu suchen haben. Oder ob es sich, um mit Jan Böhmermann zu sprechen, um eine „rechtsextreme Loserplattform“ handelt? Tatsächlich ist X zu einem unmoderierten Ort für Hass und Hetze geworden. Kaum ein Beitrag, vor allem aus der linken Ecke, der nicht im Shitstorm rechter Trolle und mit Kommentaren von Sex-Bots geflutet wird.

Die Debatte um eine – möglichst kollektive – Flucht wurde in den vergangenen zwei Jahren schon mehrfach geführt. Im Zuge der Hypes um die Alternativ-Plattformen Mastodon, Bluesky und Threads hatten vor allem linke User:innen X verlassen. Doch voll durchgesetzt hat sich keiner der neuen Räume, weshalb der prominente Exodus ausblieb. Vor allem staatliche und öf-

fentliche Akteure hatten Angst vor Bedeutungsverlust, zumindest in der primären Twitter-Gemeinde aus Journalist:innen, Aktivist:innen und Politiker:innen.

Als erster wichtiger Akteur des politischen Berlins – abgesehen vom Abgang von SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert 2022 – hat Ende Mai die Berliner SPD ihren Account zwar nicht gelöscht, aber immerhin stillgelegt. Vorausgegangen war ein Beschluss des Landesparteitags. Demnach behalte man sich vor, regelmäßig zu überprüfen, „ob sich die Plattform im Sinne eines freiheitlich-demokratischen Diskurses und eines im Wesentlichen sicheren digitalen Raumes entwickelt, was eine Reaktivierung der Accounts ermöglicht“. Sollte Musk nicht die Lust an seinem Spielzeug verlieren und es verkaufen, wird das wohl noch lange dauern.

Es wäre nicht die SPD, wenn nicht die Fraktion zu einem anderen Ergebnis käme. Wie ein Sprecher auf taz-Nachfrage erklärt, sei ein Abschied von X zwar diskutiert, dann aber verworfen worden. Man betrachte X nach wie vor als ein wichtiges Mittel der Öffentlichkeitsarbeit. Nun ja, der X-Account der Genoss:innen im Landesparlament hat etwas mehr als 3.800 Follower.

Ähnlich argumentiert auch die Berliner Linke unter ihr prominentester Twitterer Ferat Koçak. „Als Aktivist und Politiker braucht man die Masse“, sagt Koçak. Und da er mit seinen Statements medial „nicht immer durchdringe“, sei er auf X angewiesen. Doch der Preis ist hoch: „Der Hassmob ist bei mir angekommen“, so Koçak. „Würde ich all die Kommentare lesen, würde ich durchdrehen.“

Überraschend kam diese Woche ein zweiter prominenter Berliner Abgang. Nach 13 Jahren Präsenz hat sich die BVG zurückgezogen – mit der kurzen Botschaft: „Liebe Fahrgäste, das ist unsere Endstation. Wir sind weiterhin bei Instagram, Facebook und TikTok unterwegs.“ Auf Nachfrage teilte ein Unternehmenssprecher mit, die BVG verlasse X „aufgrund der zunehmenden Präsenz von Hass, Hetze, Populismus und unkontrollierter Hatespeech – ohne angemessene Moderation der Inhalte durch die Plattform selbst“.

Für die Verkehrsbetriebe war Twitter/X jahrelang ein wichtiger Kanal ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Nicht nur nutzen sie die Plattform, um die Fahrgäste über Baustellen oder Schienenersatzverkehr zu unterrichten, sie diente auch der Verbreitung von Kommentaren, Memes und Werbevideos in eigener Sache, seitdem sich die BVG ein von Ironie geprägtes Image verpasst hat. An den Nutzerzahlen habe sich aber schon ablesen lassen, „dass wir unsere Fahrgäste offensichtlich nicht mehr über X erreichen“, so der Sprecher.

Beim zweiten großen Verkehrsunternehmen, der S-Bahn Berlin, ist man von einem solchen Schritt offenbar noch weit entfernt. Ende Juni hatte der Twitterkanal seine Nutzer:innen „mal unverbindlich“ gefragt, ob sie „weiter hier informiert werden“ wollten oder lieber „drüben auf Insta/Threads oder ganz woanders“. Nach der Auswertung der Antworten – ein Abstimmungstool wurde nicht verwendet – stehen die Zeichen offenbar nicht auf Rückzug.

Die Freie Universität hatte sich dagegen im April ohne viel Aufsehen mit einem letzten Tweet verabschiedet und dies mit den „Entwick-

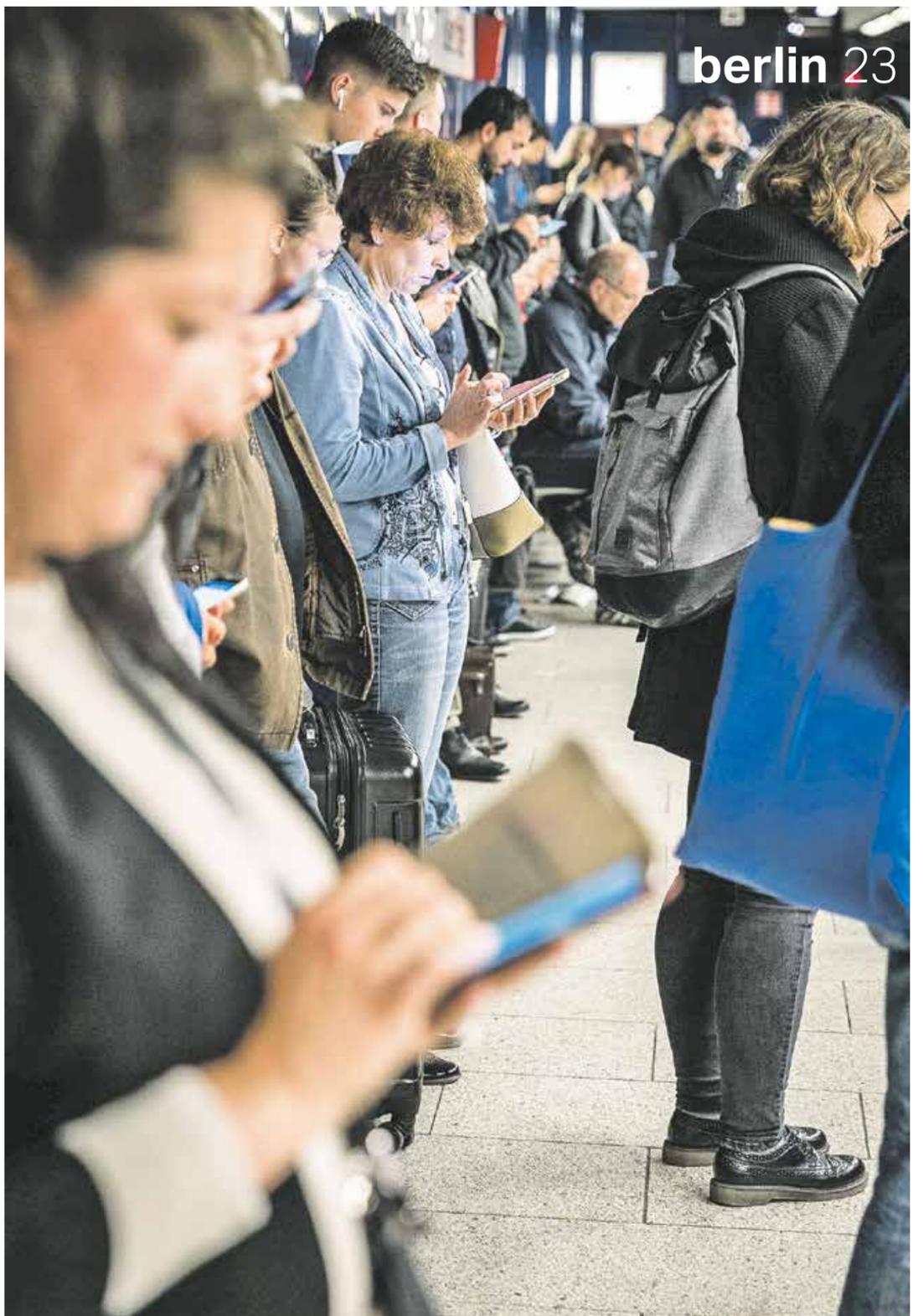
lungen auf X“ begründet. Schon zuvor war das Grips-Theater mit der vagen Hoffnung gegangen: „Unser Account schläft hier, bis es wieder besser wird.“

Bei Organisationen der Zivilgesellschaft ist das Bild uneinheitlich. So hat etwa der Landesverband des BUND schon am 5. Oktober vergangenen Jahres einen #lasttweet gepostet. Bereut habe man diesen Schritt nicht, sagt des Umweltschutzverbands BUND Sprecher Nicolas Šustr, und man habe auch nicht die Absicht zurückzukehren. Die Reichweite sei ohnehin überschaubar gewesen: „Wir hatten den Eindruck, dass die X-Algorithmen Posts von Accounts gewerblicher Kunden oder gemeinnütziger Organisationen unterdrückten, wenn diese nicht dafür zahlten.“ Auf Mastodon und Bluesky habe der BUND bereits jetzt rund drei Viertel der Followerzahl auf X erreicht, so Šustr.

Der Naturschutzbund Nabu ist weiterhin auf X präsent, allerdings „weitaus weniger und weitaus weniger enthusiastisch als noch vor ein oder zwei Jahren“, so die Sprecherin des Landesverbands, Alexandra Ri-

gos. Dass ein Rückzug noch nicht erfolgt sei, liege daran, dass „wir keine echte Alternative sehen“. X sei wichtig, weil die Plattform es ermögliche, „Entscheidungssträger und Multiplikatoren direkt zu adressieren“, sagt Rigos. „Wir würden jederzeit wechseln, wenn sich eine überzeugende Alternative bietet.“

Die Mobilitätswende-Organisation Changing Cities hat sich Mitte Juni zusammen mit 46 anderen Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Menschenrechte und Soziales von X zurückgezogen – unter dem Hashtag #Bye-ByeElon. Changing-Cities-Sprecherin Ragnhild Sørensen sagt heute, das sei „genau die richtige Entscheidung“ gewesen. Eine erste Reaktion sei von den eigenen Media-Mitarbeiter:innen gekommen: „Die sagten, ihre Arbeit sei so viel angenehmer, seit sie sich nicht mehr mit so viel Hass und Hetze auf X auseinandersetzen müssten.“ Mit X habe man zwar den größten Kanal eingebüßt, die Followerschaft auf den anderen Plattformen wachse aber zum Teil extrem stark, gerade auf Instagram und LinkedIn.



Menschen, die auf Handys starren
Foto: Karsten Thielker

was macht die bewegung?

Wo ein Wille, da kein Dritter Weg
Wahrscheinlich lachen sich Nazis hinter verschlossener Tür über die Dummheit von Liberalos ins Fäustchen, die ihre Attacken auf die offene Gesellschaft auch noch verteidigen. Die Faschos vom „Dritten Weg“, die mutmaßlich Anfang dieses Monats Antifas mit Schlagstöcken und Holzknüppeln verprügelt haben, trauen sich jedenfalls immer offener, ihre Gewalt auszuleben. Um dem etwas entgegenzusetzen, klärt ein Infovortrag über Strukturen, Strategien und Personen der neonazistischen Kleinstpartei auf.

Donnerstag, 18. Juli, JUP e. V., Pankow, Florastraße 84, 19 Uhr

Auf den Spuren Käte Rogallis

Die Verfolgung von trans* Personen im Nationalsozialismus ist ein bis heute wenig beachtetes Thema. Ein Workshop des Educat Kollektivs befasst sich deshalb mit der in der NS-Zeit verfolgten Käte Rogalli. Entwickelt werden soll ein Stadtspaziergang entlang verschiedener Orte im Leben der trans* Person – um so die queere Verfolgungsgeschichte im Nationalsozialismus besser erfahrbar zu machen.

Freitag, 19. Juli, Tiergarten, Gedenksäule für das Institut für Sexualwissenschaft, 14 Uhr

Soli für die Ost-Antifa

Auf dem Soli-Flohmarkt für das Netzwerk Polyflux e. V. lässt sich ein schöner Nachmittag mit der Unterstützung von Antifaschist:innen und anderen linken Initiativen in Ostdeutschland verknüpfen. Das Netzwerk unterstützt Initiativen der kritischen Zivilgesellschaft, die vom zunehmenden Rechtsruck bedroht werden. Es gibt Drinks und Musik, Kleiderspenden sind erwünscht.

Auch unabhängig vom Flohmarkt freut sich das Netzwerk über Spenden: Netzwerk Polyflux e. V., DE19 8306 5408 0004 1674 06. Freitag, 19. Juli, Lichtenberg, Türschmidtstraße 1, 15 Uhr

Kein Vergeben, kein Vergessen

Am 23. Juli vor vier Jahren starb Ferhat Mayouf im Alter von 36 Jahren in der Justizvollzugsanstalt Moabit an einer Rauchvergiftung, wo er lediglich wegen eines Diebstahlvorwurfs einsaß. Obwohl er um Hilfe rief, öffneten die



Wärter:innen 20 lange Minuten nicht die Tür seiner brennenden Zelle.

Für die Initiator:innen der Demo am Sonntag ist deshalb bis heute klar: „Das war Mord! Mord durch diesen Staat und seine rassistischen Institutionen.“ Die Demo unter dem Motto „Kein Vergeben – kein Vergessen“ wird den Inhaftierten im Knast Moabit zeigen, dass sie nicht vergessen wurden. Dienstag, 23. Juli, Mitte, U-Bahnhof Turmstraße, 17:30 Uhr

berliner szenen

Sound von Regen und Schlägen

Das Wetter ist ein weiteres Sportgerät. Stellt euch das einfach so vor“, sagt die Trainerin, nachdem viele Teilnehmerinnen der morgendlichen Kraftstunde sich beschwert haben, dass es zu schwül dafür sei.

Draußen wird geschwitzt, draußen regnet es. Die dicken Wolken sehe ich bereits auf dem Weg zum Verein. Sie kommen aus verschiedenen Himmelsrichtungen und treffen sich über dem Hermannplatz, als hätten sie sich dort verabredet. Vögel und Menschen zeigen sich nervös, es wird dunkel und bedrückend. Gleich geht es los, sage ich mir und beeile mich.

Wir sind an diesem Morgen viele, und wegen der hohen Temperaturen dürfen wir ausnahmsweise mit offenen Fenstern trainieren. Das Geräusch aller Atemzüge im Raum vermischt sich mit dem Regensound und erzeugt ein seltsames Stück experimentellen Klangs. In der Regel bleiben alle Fenster geschlossen, sonst beschweren sich Nachbar*innen über die Lautstärke der Musik oder das Rumschreien weiblicher Stimmen. Wenn jemand neu im Haus ist und nicht weiß, dass sich im selben Hinterhof ein Kampfsportverein befindet, muss diese Geräuschkulisse ein bisschen abschreckend sein: Tritte und Schläge, Sparring, Sandsäcke, Stockkämpfe, werfen und geworfen werden, bei Selbstverteidigungskursen „Nein“ sagen und laut sein ...

Das Gewitter lässt langsam nach, und einige Sonnenstrahlen schaffen sich einen Weg durch die Wolken, das Licht ist golden. Während einer Trinkpause sehen wir den Regenbogen. Alle rennen zum Fenster und schauen nach oben. Einige schießen Handyfotos. „Schön“ hört man hier und da, immer wieder, bis die Trainerin „Pause vorbei!“ ruft und wir uns noch Liegestützen und Bauchmuskeln widmen. Gegenüber hängt eine Nachbarin die Wäsche wieder an der Leine auf.

Luciana Ferrando

verweis

Vermessung der Uckermark

Der Regisseur Thomas Arslan hat mit „Verbrannte Erde“ gerade eine souveräne Fortsetzung seines Thrillers „Im Schatten“ (2010) ins Kino gebracht, zugleich ist „Verbrannte Erde“ ein weiterer Berlin-Film im Schaffen dieses Vertreters der Berliner Schule. Zuvor hatte Arslan sich mit „Helle Nächte“ (2017) und „Gold“ (2013) aus Berlin fortbewegt. Und auch in „Ferien“ (2007) meidet er die Hauptstadt. Dieser in der Uckermark spielende Familienfilm ist heute in der Retrospektive „In Bewegung – Die Filme von Thomas Arslan“ um 20 Uhr im Arsenal zu sehen. Die Einführung hält die an der FU Berlin lehrende Filmwissenschaftlerin Sabine Nessel.

Bestens vernetzt: Manuel Liebeskind
Foto: Marc Rodenhäuser



Gegen das Stromlinienförmige

Kompromisslos seit 1983: Ein Besuch bei Manuel Liebeskind, der mit Alex Buess in Berlin und Basel das kleine Label Skin and Speech für Postindustrial, Noise, Klangkunst und andere entlegene Musik betreibt

Von Andreas Hartmann

Ein verzerrter Bass, hektisches Schlagzeuggeklöppel, Schabgeräusche, irre Breaks und dazu ein quietschendes Saxophon sind zu hören auf der Platte „Live @ Taktlos Festival 1995“ des Schweizer Trios 16-17. Die Band war von 1983 bis Anfang der nuller Jahre aktiv, existiert aber immer noch und genießt heute Kultstatus. Ihr collagierter und hochkomplexer Mix zusammengesetzt aus Versatzstücken aus Metal, Hardcore, Free Jazz und Noise gilt als Vorläufer für das, was Jazzcore-Bands wie die Flying Luttenbachers erst viel später versuchten. Und er nahm den brachial-virtuoseren Sound des Tausendsassas und Erzavantgardisten John Zorn bei seinen Projekten Naked City und Painkiller vorweg. Gerüchteweise sei jedoch das, was die Band einst veranstaltet hat, selbst dem New Yorker Krachliebhaber „zu heftig“ gewesen, sagt Manuel Liebeskind. Auf seinem Label Skin and Speech sind vor Kurzem fast 30 Jahre alte Liveaufnahmen eines Kon-

zerts von 16-17 in der Roten Fabrik in Zürich erschienen.

Skin and Speech gibt es seit 1983. Alex Buess, der Saxophonist von 16-17, hat das Label ungefähr zeitgleich wie seine damalige Band ins Leben gerufen. Es existierte in seiner ersten Phase bis Ende der Achtziger. Nach mehr als zwanzigjähriger Pause wurde es vor fast zwei Jahren revitalisiert. Buess, der inzwischen 70 Jahre alt ist, leitet das Labelgeschäft weiter von Basel aus. Manuel Liebeskind, der ebenfalls von dort kommt und ein alter Weggefährte von Buess ist, seit fast 30 Jahren aber in Berlin lebt, kümmert sich von hier aus um die kleine Plattenfirma.

Man besucht ihn in seinem Büro im neunten Stock eines Mietshauses im Hansaviertel. Das Büro ist letztlich nicht mehr als der Schreibtisch in seinem Wohn- und Schlafzimmer in der kleinen Bude, die er sich mit seinem Sohn teilt. Die Tätigkeit für das Label ist für ihn ein Nebenjob und eigentlich nicht einmal das. Geld könne man mit dem Verkauf von ein paar Vinylplat-

ten obskurer Acts aus den Bereichen Postindustrial, Noise und Klangkunst so gut wie gar nicht verdienen, sagt Liebeskind. Deswegen hat er auch einen Brotjob als Systemadministrator an der Freien Universität.

Eigentlich habe er nie vor gehabt nach Berlin zu ziehen, berichtet er. Seiner damaligen Freundin sei er gefolgt, habe sich in der deutschen Haupt-

Nach mehr als zwanzigjähriger Pause wurde das Label vor fast zwei Jahren revitalisiert

stadt dann aber „gleich wie zu Hause gefühlt“. Um bis heute in Berlin zu bleiben. Im Bereich Musik hat er sich außer an der Labelarbeit bereits in allen möglichen Bereichen ausprobiert. Er hatte eine kleine Konzertagentur, tourte mit von ihm betreuten Noiserockbands wie Melt Banana und Oxbow durch Europa. Er arbeitet immer noch

gelegentlich als Toningenieur, spielt Gitarre und ist in diversen Bandprojekten tätig, unter anderem gleich in zweien gemeinsam mit dem in San Francisco ansässigen Kopf von Oxbow, Eugene Robinson.

Liebeskind ist vernetzt oder gar befreundet mit schillernden Figuren der Undergroundszene weltweit. Daraus macht er aber kein großes Gewese: „Ich kenne eigentlich kaum jemanden“, sagt der 59-Jährige. Überhaupt ist er eher der Typ, der sich lieber im Hintergrund hält. Voller Respekt erzählt er von seinem Partner Alex Buess in Basel und macht deutlich, dass man diesen ruhig weiterhin als das wahre Mastermind hinter dem gemeinsamen Label betrachten dürfe.

Dabei stellt sich dieses seit seiner Wiedergeburt und Liebeskinds Einstieg schon etwas anders dar als zu Beginn, zeitgemäßer, wenngleich auch nur in Maßen. In den Achtzigern veröffentlichte Skin and Speech ausschließlich Kassetten. Heute sind es Schallplatten und Downloads, Streamingdienste werden jedoch nicht be-

dient. Die Kompromisslosigkeit ist geblieben. Die Kassetten damals erschienen von vornehmlich Schweizer Underground-Acts wie Hirnschlag oder Menschenhauttrommel, die selbst der Onlineplattform Discogs zu entlegen sind und dort nicht zu finden sind, obwohl auf Discogs eigentlich so gut wie jedes jemals erschienene Tondokument aufgelistet wird. Heute sind es Platten von Acts wie der französisch-portugiesischen Dub-Noise-Free-Jazz-Combo Mécanosphère oder von Kikiriki, einem noisyen Solo-Act aus Slowenien. Oder eine Platte mit Klangcollagen des Berliner Künstlers Thomas Schulz. Und eben besagter Archivfund von 16-17.

„Die waren einfach extrem“, führt Liebeskind noch einmal zu dieser Band aus. „Das passte gut in die damalige Zeit. Das passt aber auch jetzt wieder, indem es sich gegen das von einer KI getriebene Stromlinienförmige von Spotify und Co wendet.“ Und was für 16-17 gilt, das gilt auch für das übrige Programm von Skin and Speech.

Selten gesehene Klassiker

Wiederentdecken eines Meisters: Das Kino Arsenal zeigt ab Freitag Filme des bengalischen Regisseurs Satyajit Ray

Von Fabian Tietke

Die Guavenbäume, von denen die junge Durga eine Frucht pflückt, sind Zeugnisse besserer Zeiten für ihre Familie. Nun sind sie im Besitz einer Familie von Geldleihen, und das junge Mädchen wird verscheucht, wenn sie sich dem Obstgarten nur nähert. Ihre eigene Familie lebt in Bengalen Anfang des 20. Jahrhunderts in ärmlichen Verhältnissen. Der Vater ist ein Priester mit den Ambitionen, Schriftsteller zu werden, die Mutter damit beschäftigt, die Familie am Leben zu halten. Bald bekommen die beiden Eltern noch einen kleinen Sohn, um den sich Durga aufmerksam kümmert.

Apu, der Sohn, wächst im Laufe von Satyajit Rays „Pather Panchali“ (1955) zu der Hauptfigur heran, die er in zwei weiteren Filmen sein wird. „Pather Panchali“, Rays erster Film, gewann einen Preis auf den Filmfestspielen von Cannes, katalysierte den bengalischen Sohn einer Künstlerfamilie und das bengalische Kino auf die Weltbühne. Die folgenden

Filme der Apu-Trilogie zementierten Rays Status als einer der wichtigsten Regisseure seiner Zeit. Am kommenden Wochenende ist die Trilogie, zu der neben „Pather Panchali“ auch „Aparijito“ (1956) und „Apur Sansar“ (1959) gehören, im Rahmen einer von dem Programmgestalter Gary Vanisian für das Kino Arsenal organisierten Retrospektive des Regisseurs in ihrer ganzen Pracht zu bewundern.

Es ist eine viel zitierte Anekdote der Filmgeschichte, dass Rays Anfänge als Filmemacher von der Begegnung mit westlichen Realisten wie dem italienischen Neorealismus und dem magischen Realismus des französischen Kinos der 1930er und 1940er Jahre inspiriert wurden. Diese Filme trafen jedoch auf eine bereits existierende realistische Tendenz im bengalischen Kino, die von einer neuen Welle von Regisseuren, zu denen Ray gehörte, aufgegriffen wurde.

Die Filme Satyajit Rays prägen auch die Geschichte des Arsenaus von der ersten Stunde an. Noch bevor sie ein eige-

nes Kino hatte, widmete die Vorgängerorganisation des Arsenaus dem bengalischen Regisseur und seinem ersten Film eine Veranstaltung in der Akademie der Künste. In seiner gemeinsam mit Enno Patalas verfassten Geschichte des Films wiederum schreibt der Arsenal-Mitbegründer Ulrich Gregor über die ersten Filme Rays: „Die Apu-Trilogie besitzt einen langsamen, epischen Rhythmus, in dem aber doch die geduldige Anteilnahme an unscheinbaren Vorgängen sich ausspricht. In Blicken, Gesten, Kamerawinkeln artikuliert sich das eigentliche Geschehen. So bescheiden sich jedes einzelne Bild gibt, so voll von subjektiver Intensität ist es zugleich.“

Zu Beginn von „Charulata“ (1964) zückt die gleichnamige Protagonistin ein Opernglas, um die Passanten auf der Straße besser durch die Fensterläden beobachten zu können. Eine sinnbildliche Szene: Charulata ist klug, eine begabte Schriftstellerin und doch für die männliche Welt der bengalischen Renaissance des 19. Jahrhunderts unsichtbar. Rays

Film setzt die Protagonistin vor dem Hintergrund der immer stärker enttäuschten Hoffnungen einer bürgerlichen Elite auf mehr politische Selbstbestimmung unter britischer Herrschaft zwischen ihren Mann Bhupati, einen wohlhabenden Zeitungsherausgeber, und dessen jüngeren Bruder, den Schriftsteller Amal. „Charulata“ ist ein ebenso eleganter wie ergreifender Film und gewann 1965 den Silbernen Bären der Berlinale.

Die Filme Satyajit Rays sind längst zu Klassikern des Kinos avanciert, in den letzten Jahren jedoch nur noch selten im Kino zu sehen. Die Retrospektive, die Gary Vanisian für das Arsenal organisiert hat, leistet diesem Verschwinden willkommene Abhilfe. Die Reihe lädt ein zur (Wieder-)Begegnung mit einem der Großen der Filmgeschichte, dessen Filme sich Seherwartungen und Sehgewohnheiten gleichermaßen entziehen. Nicht nur darin hat sich Rays Kino große Aktualität bewahrt.

19. Juli bis 23. August, Kino Arsenal



Protest fürs Klima: Mitglieder von Extinction Rebellion haben ein Banner über einem Bremer Autobahnzubringer aufgehängt. Foto: Michael Bahlo/dpa

Zweierlei Maß bei Nötigung

Vor dem Amtsgericht in Achim müssen sich Klimaaktivisten rechtfertigen, weil sie Autofahrer genötigt haben sollen. Bei einem ähnlichen Prozess in Bremen wurden sie freigesprochen

Von **Lotta Drügemöller**

Manchmal kommt es auf Kleinigkeiten an: Ob man die beim Lotto die Neun angegeben hat oder die Elf, ob man über Rot gefahren ist oder gerade noch über Dunkelgrün, ob man sich beim Klimaprotest über der Airbus-Allee vorm Bremer Flughafen abgeseilt hat oder über der A27 bei Achim. Beim Abseilen in Bremen folgt: nix. In Achim hingegen stehen zwei Klimaaktivist*innen nun wegen Nötigung vorm Amtsgericht.

Nötigung, um genau zu sein, sogar Nötigung im besonders schweren Fall. Sechs Monate bis fünf Jahre Haft drohen darauf. Der Vorfall, der verhandelt werden soll, ist nun bereits gut drei Jahre her. Im April 2021, anlässlich der Verkehrsministerkonferenz in Bremen, sollen sich die Verkehrswendeaktivist*innen von der Autobahnbrücke abgeseilt und Transparente angebracht haben, „in der Aufmachung eines Autobahnschildes“, liest der Staatsanwalt vor. „Weiter so! Immer weiter Richtung Klimawandel!“ habe darauf gestanden.

Die Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft aufzählt: Gemeinschaftlich handelnd in abgeschlossene Räume eingedrungen zu sein; rechtswidrig Gegenstände zum öffentlichen Gebrauch zerstört zu haben; Tausende Menschen menschenrechtswidrig genötigt zu haben. Oder, konkret gefasst: Aktivist*innen hätten eine abgesperrte Schilderbrücke an der Autobahn betreten; das Autobahnschild sei durch Klebeband beschädigt worden; und als sie von der Brücke geholt wurden, da gab es einen Stau. Einen menschenrechtswidrigen.

Der Vorwurf der schweren Nötigung erfordert für gewöhnlich den

bedenkenlosen Einsatz physischer Gewalt. Das Strafgesetzbuch nennt zwei Beispiele für besonders schwere Fälle: Eine Schwangere zum Schwangerschaftsabbruch nötigen und Nötigung durch Amtsmissbrauch. „Dass die Aktion an der A27 damit verglichen wird, das ist“, der Angeklagte Ruben G. sucht nach Worten, „widerlich“, ruft ein Zuschauer im Prozess.

Der Vorwurf der Nötigung wurde nach der Verkehrsministerkonferenz auch von der Staatsanwaltschaft Bremen für die ähnlich gelagerten Aktionen auf Bremer Landesgebiet erhoben – der damit begründete Antrag auf eine Hausdurchsuchung wurde aber sowohl vom Amts-, als auch in zweiter Instanz vom Landgericht abgelehnt. Dem Ziel der Aktion – auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes hinzuweisen, stünde als „existenzielle Frage der Allgemeinheit“ größeres Gewicht zu als Eigeninteressen – hier also den Eigeninteressen der Autofahrer.

„Eigentlich wird bei jeder Versammlung jemand genötigt“, findet auch Tabea M., die heute in Achim angeklagt ist. „Wer das anklagt, untergräbt wesentliche Freiheitsrechte.“ Schließlich schreibe das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht vor, wo man sich versammeln solle – in der Fußgängerzone, auf einer Autostraße oder auch auf einer etwas größeren Straße.

M. und ihr Mitangeklagter stehen mit etwa zwanzig Unterstützer*innen vor der Tür des Amtsgerichts im Zentrum von Achim. Der Prozess verzögert sich, sodass sie die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt zu erläutern.

In ihrem Fall, sagt sie, sei der Vor-

wurf besonders absurd. „Es wurde ja überhaupt kein physisches Gewaltmittel angewandt“, sagt M. Nicht einmal den Stau hätten die Aktivist*innen bei der fraglichen Aktion selbst verursacht – „den gab es nur durch die Polizeisperrung“.

Der Vorwurf der Nötigung wird dennoch gern in Prozessen gegen politische Aktivist*innen verwendet. Es ist wirklich um Strafparagrafen, kritisiert der Angeklagte Ruben G., „sondern um eine moralische Ab-

„Eigentlich wird bei jeder Versammlung jemand genötigt. Wer das anklagt, untergräbt Freiheitsrechte“

Tabea M., angeklagte Aktivistin

lehnung.“

Einige ihrer Unterstützer*innen befinden sich auf einer Art Prozess-tour durch Deutschland: Mittwoch war Lingen, Freitag folgt Flensburg. „Ich weiß, wie es sich anfühlt, vor Gericht zu stehen“, sagt Emma, die heute als Unterstützerin dabei ist. „Es hilft mir, meine Stimme zu finden, wenn ich weiß, dass Leute hinter mir stehen.“ Deshalb sei es für sie selbstverständlich, dabei zu sein. „Das ist kein Spaß für uns, das ist einfach notwendig.“ Für manche ist es derweil vielleicht auch ein bisschen Spaß dabei: Die Aktivistin Hannah Poddig erzählt gerade von ihren schönsten Prozessen, den derbsten

Vorwürfen, den besten Verkleidungen. Und im Gerichtssaal wird gelegentlich plump gescherzt und laut gelacht.

Beide Angeklagten lassen sich von Laienverteidiger*innen vertreten. „Wir verteidigen uns gegenseitig“, erklärt Verteidigerin Salome. Jura hat sie mal studiert, wenn auch ohne zweites Staatsexamen. Laienverteidiger sorgten vor Gericht für eine andere Atmosphäre. Strafverteidiger wollten zumeist einen schnellen Prozess, drängten auf einen Vergleich, knieten sich nicht so rein. „Wenn es die Prozesse gegen uns schon gibt“, sagt Salome, dann wollen wir sie auch auf Augenhöhe führen. Wir führen sie politisch.“ So ein Prozess sei beides, sagt sie, „Einschüchterung und Bühne – die Frage ist, was wir draus machen“.

Was das heißt? Ausschweiften, vor allem. Es geht um abgehackte Wälder und darum, wie grün Elektroautos sind, um Wirtschaftswachstum, um kranke Flüsse, fehlende Natur in Europa, um Nationalismus und abgeriegelte Grenzen gegenüber Geflüchteten – und viel um Prozessrechte, ein paar alberne Gags gibt es: „Nicht, dass das Gericht mich wegen Entziehung von elektrischer Energie anklagt.“

Die Richterin ist ein bisschen genervt von dem Aktivismus, zeigt aber Humor. „Schade, dass wir heute nicht darüber sprechen!“, klagt Ruben G., nachdem er die Nötigungen durch Feinstaub, Verkehrsunfälle und Umweltzerstörung beklagt hat. „Das wissen wir doch noch gar nicht“, entgegnet die Richterin. „Wir haben doch noch keinen einzigen Zeugen gehört. Wer weiß, zu was wir noch alles kommen.“ Der Prozess wird kommende Woche fortgesetzt.

südwest

Die Supernasen

Vielversprechende Nachwuchstalente für den Verfassungsschutz finden sich in Bremens Jugendorganisationen von FDP und CDU. Auf Instagram posteten die Verbände gemeinsam Recherchen, die denen von fertiggebackenen Verfassungsschützern in nichts nachstehen: Mehr als drei Jahre zurück liegt ein Post, den die **jungen Spürnasen** ausgegraben haben, um der Bremer Gesamtschülervertretung (GSV) eine **linksextreme Gesinnung** zu attestieren. Die GSV hatte darin Anfang 2021 zu einer Antifa-Demonstration gegen Polizeigewalt aufgerufen. Neben „linker Polemik“ kritisierten die Bürgerlich-Liberalen an der GSV auch ihre „ineffiziente Arbeitsstruktur“. Wenn es mit dem Verfassungsschutz nichts wird, **vielleicht eine Karriere** in der Unternehmensberatung?



Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie der Sound von Querdenkern klingt

Der Ticketverkauf läuft. Am 3. August sind die Rapbellions im Angel Klub live on Stage. In dem blauen Haus am Hamburger Fischmarkt will die selbsternannte „Kritische Stimme des Hip-Hop“ auftreten. Auf der Website behauptet die Rapcrew: „Die Musikszene ist weitgehend still und äußert sich kaum bis gar nicht zu gesellschaftlichen, politischen und sozialen Geschehnissen.“

Ihre Mitglieder hätten sich aber „zusammengetan um dem Hip-Hop wieder eine kritische Stimme zu verleihen“. Die Band vertrete den Grundgedanken des Hip-Hop: „Rap als Sprachrohr und Gesellschaftskritik“. Nice, wenn sie keine rechten Messages hätte.

Schon 2022 inszenierte sich die Crew, die sich selbst als „das Rudel“ bezeichnet, als Verkündende der Wahrheit. In ihrem Hit „Ich mache da nicht mit“ propagierte sie eine Fundamentallopposition gegenüber den staatlichen Pandemiemaßnahmen: „Ich mach' da nicht mit, denn ich bin nicht down mit der Maskenpest. Fick deine Diktatur. Der Teufel, der Mörder hinter Tausenden Waffentests. Digga, was willst du tun, wenn dieser Schlauch deine Atmung schwächt? Nimm deinen Okkultismus und ich leg' ihn unter den Christus. Dieser bunte Faschismus macht mich krank wie diese Tunten im Business.“

Oder: „Fuck NWO und bewahr' mein Gesicht.“ Oder: „Sag mir, ist das nicht ein Witz, dass ein Haufen Psychopathen beinah' die gesamte Menschheit einfach nebenbei versklaven? Ich steh' außerhalb der Matrix, die Hälfte hier spürt gar nichts.“ Der Sound der Verschwörungsnarrative und Faschismusrelativierungen dröhnt durch. Auf der Website der Band findet sich der Song bis heute – die passende Tonspur für das Milieu der Querdenker und Verschwörungsideologen.

Auf der Website führen sie Xavier Naidoo noch als Teil des Rudels an

Zum Rudel gehören neun Männer: Bustek, Lapaz, Yannick D., Twanie, Goethe, Galstarr, Holy Smoke, Tumani Beatz und Der Typ werden auf der Website benannt. Die Künstlernamen Der Typ und Galstarr fehlen auf der Ankündigung des dritten Konzerts der Rapbellions. Auf der Website führen sie Xavier Naidoo noch als Teil des Rudels an. Sie bedanken sich für einen „unglaublichen Refrain“ für ihren „ersten gemeinsamen Song“.

In dem Lied „Ich mach da nicht mit“ singt Naidoo: „Euer Gift kommt niemals in unsere Körper rein (...) Wir wagen den Schritt, wir machen nicht mit.“ Naidoo hatte selbst schon weit früher Reichsideologie- und Verschwörungsnarrative verbreitet. 2022 entschuldigte sich der Sänger allerdings in einem kurzen Video für diese Positionierungen.

Die anderen Hip-Hopper der Formation bewegen sich aber weiter auf Querdenken-Niveau. Sie haben einen Solisong für Heinrich Habig eingespielt. Der Arzt aus Recklinghausen stand vor Gericht, weil er rund 200 ungegerechtfertigte Impf-Bescheinigungen ausgestellt hatte. „Helden werden inhaftiert“, rappen sie und singen von „unserem Unrechtssystem“.

Im Clip nutzen sie Aufnahmen von einschlägigen Medien wie Auf1 oder Nius. In einem anderen Song stellen Lapaz und Bustek gleich im Titel ihre Position zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine klar: „Ich bin nicht im Krieg mit Russland“ und sie intonieren, das Bundeskabinett sei nur noch ein „Haufen Scheiße“.

In seinem Lied „Niemand hält uns auf“ bezieht sich Bustek auch wieder auf die Corona-Proteste. Die Rapbellions intonieren in ihrem aktuellen Song „Es geht vorbei“: „Der Teufel offenbart sich endlich sehen sie seine Lügen“. Die „Gutmenschen“ werden erwähnt und beklagt, dass die Skeptiker „erpresst und geschändet“ worden seien. „Das Licht“ werde aber die Hetze beenden. Dass im Video der Schlagzeuger ein „Free-Palestine“-Shirt trägt, dürfte eine Botschaft sein. „Bustek“ war schon 2023 wegen seines Songs „Free Palestine“ in die Kritik geraten.

Kritische Nachfragen zu dem geplanten Konzert wurden vom Veranstalter bisher weggeschoben.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Sorge um die medizinische Versorgung: Demonstration für die Erhaltung des St.-Raphael-Krankenhauses Ostercappeln
Foto: Foto-stand/imagio



Von Harff-Peter Schönherr

Am 28. Juni ist die Kirche St. Lambertus der niedersächsischen Gemeinde Ostercappeln brechend voll. 600 Menschen verfolgen einen „Bürgerdialog“ zur Schließung des örtlichen Krankenhauses St. Raphael (SRO).

Protest brandet auf. Christina Jaax, Geschäftsführerin des Niels-Stensen-Klinikverbundes (NSK), zu dem das SRO gehört, hat einen schweren Stand.

Am 6. Juli setzt der Protest sich fort. 2.000 Menschen sammeln sich zu einer Demo, darunter SRO-Mitarbeitende in Dienstkleidung. Banner wie „Wir retten Leben! Wer rettet uns?“ sind zu sehen.

Das 170-Betten-Haus bietet Hunderte Arbeitsplätze und betreut pro Jahr bis zu 21.000 Patienten. „Wir sind bis zum 31.07.2025 weiterhin für Sie da“, steht auf seiner Website. Danach werden seine Leistungen ins Christliche Klinikum Melle (CKM) und ins Franziskus-Hospital Harderberg (FHH) verlagert, beide Teil des Klinikverbundes und rund 30 Fahrminuten von Ostercappeln entfernt.

Der Grund ist die „Medizinstrategie 2028“ des NSK, 7.000 Mitarbeitende stark, in Stadt und Landkreis Osnabrück, im

Emsland. Sie zielt auf Schwerpunktbildung. Deren Kern: der Maximalversorger Marienhospital Osnabrück (MHO).

Neben dem St. Raphael in Ostercappeln werden die Geburtshilfe und Gynäkologie in Melle und die Geburtshilfe in Harderberg geschlossen. Leistungen des Osnabrücker Niels-Stensen-Standortes Natruper Holz werden nach Osnabrück verlegt. Vor Kurzem hatte der NSK das Marienhospital Ankum-Bersenbrück zum Regionalen Gesund-

„Wenn der Klinikverbund sich nicht reformiert, gerät er als Ganzes ins Straucheln, das wäre fatal“

Anna Kebschull, Landrätin des Kreises Osnabrück

heitszentrum degradiert.

Die geplante Schließung des Krankenhauses St. Raphael sei eine „historische Fehlentscheidung“, schreibt Erik Ballmeyer (CDU), Ostercappeln's Bürgermeister, der taz. „Für die Gemeinde würde das einen erheblichen Verlust an Kaufkraft, Lebensqualität und Vertrauen in politische Entscheidungen bedeuten.“

Ballmeyer ist kämpferisch: „Nach anfänglicher Ohnmacht

und Ungläubigkeit wechselt in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung in Wut und Unverständnis.“

Der Bürgerdialog habe „kein Vertrauen in den Sanierungsplan und die Zukunft der Gesundheitsversorgung gebracht“, sagt Ballmeyer, der selbst mit auf dem Podium stand. „Das kann man auch nicht erwarten, wenn man mit so einer stringenten Linie den Bürgern gegenübertritt.“

Aus Ballmeyers Sicht berück-

sichtigt das Sanierungskonzept nur Betriebswirtschaftliches und Medizinstrategisches, „völlig eingengt“. Und selbst diese Aspekte hätten nicht überzeugend dargelegt werden können. Ballmeyer hofft, „dass noch rechtzeitig erkannt wird, dass Alternativen zur Schließung nicht ausreichend geprüft wurden“.

Die Gemeinde Ostercappeln habe sich angeboten, finanziell zur Stützung des St.-Raphael-

Krankenhauses beizutragen. „Das ist im Rahmen der Erstellung des Sanierungskonzeptes nicht weiter betrachtet worden“, bedauert der Bürgermeister.

Der radikale Wandel des Klinikverbundes hat eine Vorgeschiede. Ökonomisch hänge der Verbund „am seidenen Faden“, sagt Landrätin Anna Kebschull (Grüne) der taz. Sie war beim Bürgerdialog und bei der Demonstration dabei. „Ich verstehe die Trauer, die Angst um die Daseinsvorsorge, die Sorge vor längeren Wegen“, sagt die Landrätin. „Das Problem ist, wenn der NSK sich nicht reformiert, gerät er als Ganzes ins Straucheln, und das wäre für unsere Gesundheitsversorgung fatal.“

Verantwortlich für die Insolvenzgefahr sei, so die Landrätin, die Politik der letzten Jahrzehnte in Berlin, die Rahmenbedingung, dass eine Klinik ihr Geld über Fallpauschalen erhält: „Die Finanzierung hat keine Grundversorgung mitgedacht“, sagt Kebschull. „Man musste Behandlungen bevorzugen, die viel Geld Erlösen, ob sinnvoll oder nicht, die Kosten sind explodiert, und die Folge war ein Kliniksterben.“ Das Bundesgesundheitsministerium will diese Fallpauschalen künftig durch eine Vorhaltevergütung ersetzen, eine Grunddeckung.

nachrichten

Bundeswehr darf wieder schießen

Die Bundeswehr kann ab dem 1. August wieder uneingeschränkt auf dem Übungsgelände in Meppen schießen. Das Bundesverteidigungsministerium hat eine entsprechende Freigabe erteilt, wie die Wehrtechnische Dienststelle für Waffen und Munition (WTD 91) in Meppen gestern mitteilte. Auf dem Militärgelände war im September 2018 bei einem Waffentest mit einem Kampfhubschrauber ein Moorbrand ausgebrochen, der auf rund 1.000 Hektar mehr als einen Monat lang schwelte und zeitweise rund 1.700 Einsatzkräfte beschäftigte. (taz)

Fußgängerin antisemitisch beleidigt

Eine Fahrradfahrerin soll eine 56-jährige Fußgängerin am Montag in Hamburg antisemitisch beleidigt und dann körperlich at-

tackiert haben. Die 56-Jährige hatte die Radfahrerin darauf hingewiesen, nicht auf dem Fußweg zu fahren, wie die Polizei Hamburg gestern mitteilte. Daraufhin habe die Radlerin antisemitische Beleidigungen geäußert und nach der Halskette der 56-Jährigen gegriffen, um diese damit zu würgen. Das Opfer erlitt Verletzungen im Halsbereich und wurde vor Ort medizinisch versorgt. Die Polizei sucht Zeug*innen. (dpa)

224 Waldbrände registriert

In Niedersachsen sind im vergangenen Jahr 224 Waldbrände festgestellt worden. Rund die Hälfte in der waldreichen Heide-Region, wie das Landwirtschaftsministerium gestern mitteilte. Betroffen war eine Fläche von etwas mehr als 19 Hektar, das sind knapp 27 Fußballfelder. „Insgesamt lag des Waldbrandgeschehen 2023 damit auf einem ge-

wöhnlichen Niveau“, sagte eine Ministeriumssprecherin. „Sowohl die Anzahl der Waldbrände als auch die einzelnen Brandflächen blieben mit durchschnittlich unter 1.000 Quadratmeter überschaubar.“ (dpa)

Diakonie sammelt Schulmaterial

Die Diakonie in Hamburg hat dazu aufgerufen, original verpackte Schulmaterialien für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche zu spenden. „Vielen Familien in Hamburg fehlt das Geld für Schulmaterialien. Wir möchten, dass allen Hamburger Kindern ein guter Schulstart ermöglicht wird“, sagte Lea Krause-Solberg, Geschäftsführerin der Diakonie-Stiftung „MitMenschlichkeit“, gestern. Die Materialien können bis 16. August beim Diakonischen Werk in der Königstraße 54 abgegeben oder per Post geschickt werden. (epd)



Die Axt angesetzt

Das Krankenhaus St. Raphael im niedersächsischen Ostercappeln muss schließen. Der marode Niels-Stensen-Klinikverbund, mitten in einem Strukturwandel, verkauft das den Anwohnern als positiv. Die schütteln den Kopf

Es gelte jetzt, Ostercappeln als Gesundheitsstandort zu sichern. „Die Gespräche, die wir dazu führen, gemeinsam mit den Bürgermeistern, der Kreispolitik, dem Krankenhausträger, sind und werden intensiv“, sagt Kechsull. „Wir haben wenig Zeit; je länger wir im luftleeren Raum hängen, desto geringer wird das Vertrauen der Mitarbeitenden des NSK. Dann wandern sie womöglich ab.“ Angesichts des derzeitigen Fachkräftemangels bestehe darin das größte Risiko.

„Die Diskussion ist sehr verständlich, teils hochemotional“, sagt die Landrätin. Wichtig sei es in dieser schwierigen Situation, sich nicht zu bekämpfen, sondern gemeinsam eine Lösung zu suchen.

Das St.-Raphael-Krankenhaus habe „in den letzten Jahren ein negatives Jahresergebnis von deutlich über einer Million Euro ausgewiesen“, schreibt NSK-Sprecherin Ute Laumann der taz. Keine dramatische Zahl. Aber sie sei auch nicht primär die Ursache der Schließung, so Laumann.

Es gehe „um die Notwendigkeit, ein verbundweit abgestimmtes Sanierungskonzept mit der Bündelung von Leistungsbereichen an bestimmten Standorten in der Region Osna-

brück zu erreichen“. Beim verbundweiten Defizit bleibt Laumann mit „in achtstelliger Millionenhöhe“ vage.

In der Tat funktioniert die Verlagerung des Ostercappeler Medizinangebots nach Osnabrück und Melle nur, wenn die Belegschaft den Wandel mitmacht. Das sei „der wesentliche Erfolgs- und damit auch Risikofaktor“ der Strategie 2028, räumt Laumann ein. Man sei aber „sehr zuversichtlich“. Betriebsbedingte Kündigungen sind nicht auszuschließen: „Wir gehen von maximal 115 Kündigungen aus, davon maximal 70 am Standort Ostercappeln.“

Ob die Reorganisation gelingt, ist auch eine Frage der Kommunikation. Statt deutlicher den seidenen Faden zu erklären, behauptet der NSK, die Schwerpunktbildung stärke die Qualität der Versorgung. „Wenn Kompetenzen noch besser gebündelt werden, sichert das eine maximale Behandlungsqualität“, verspricht Laumann. Aber der Kahlschlag in der Fläche bleibt.

Der Um- und Ausbau des Marienhospitals Osnabrück, der das alles auffangen soll, ist schon seit Jahren in Planung und teuer: 340 Millionen Euro seien „im Gespräch“, sagt Laumann. Sie kommen vom Land

Niedersachsen. Ab dem Jahr 2028 sollen eine Zentrale Notaufnahme, ein OP-Bereich mit 13 Sälen, eine Intensivstation mit 72 High-Care-Betten, zwei Pflegestationen mit 136 Betten für die Allgemeinpflge und eine Technikzentrale entstehen.

Eine Übernahme von Ostercappeln durch die öffentliche Hand ist nicht im Gespräch. Die Schließung von Ostercappeln sei „integraler Bestandteil der Medizinstrategie“, betont Laumann. Werde die Strategie nicht umgesetzt, betrage das daraus entstehende Defizit für den NSK „mehr als 20 Millionen Euro pro Jahr“.

Zu den NSK-Gesellschaften gehört auch der Bischöfliche Stuhl zu Osnabrück mit 41 Prozent. Dominicus Meier, ab Herbst Osnabrücks neuer Bischof, ist für die Frage der taz, wie es zusammenpasst, dass der Verbund sich in seinem Leitbild als „christlich“ bezeichnet, zugleich aber die Versorgung massiv einschränkt, noch nicht zuständig.

Der Bischöfliche Stuhl sehe, teilt Diözesanadministrator Johannes Wübbe der taz zur NSK-Strategie mit, „keine Alternative zu den darin festgelegten Maßnahmen“. Besonders bedauerere man, „dass für den Klinikstandort Ostercappeln keine zu-

kunftsfähige Lösung gefunden werden konnte“.

L. (Name der Redaktion bekannt), niedergelassener Arzt aus dem Wittlager Land, der auch für Kollegen spricht, betrachtet die möglichen Schließung des St. Raphael mit „großer Sorge“, wie er der taz sagt. Es sei ein Krankenhaus mit „herausragender medizinischer Qualität“. Es bleibe leider völlig unklar, wo dessen Patienten künftig versorgt werden sollen.

Die Medizinstrategie 2028 überzeuge nicht. Sie sei vor allem eine Finanzstrategie, um der akuten finanziellen Not zu entgehen. „Wir befürchten, dass die Versorgung unserer Patienten schlechter wird, Wartezeiten massiv zunehmen, die verbleibenden Krankenhäuser mit dem Zustrom der Patienten überfordert sein werden.“

Das St. Raphael sei nach Ansicht seiner Kollegen für die Menschen in der ländlichen Region um Ostercappeln nicht verzichtbar, sagt L. Die NSK-Geschäftsführung sei in der Pflicht, mit der Politik, den Kommunen, dem Kreis und dem Land nach Möglichkeiten zu suchen, das Krankenhaus zu erhalten.

Bürgermeister Ballmeyer sieht das genauso: „Diese Möglichkeit muss man sich leisten wollen“, sagt er.

das portrait

Die Journalistin Hazal Ocak lässt sich nicht einschüchtern

Hazal Ocak wünsche sich eine Auszeit von der „andauernden Einschüchterung“, schreibt die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte in der Mitteilung, mit der sie ihren neuen Gast vorstellt. Die Einschüchterung, das ist eine Welle von Klagen, mit der die türkische Regierung die 33-jährige Klimajournalistin überzieht. „Slapp-Trials“ nennt Ocak sie in ihrer E-Mail an die taz. Das ist der Begriff für Gerichtsverfahren, die einzig dazu dienen, öffentlich vorgebrachte Kritik zu unterbinden. Wäre es nicht so bedrückend, könnte die Journalistin den Nachdruck, mit dem man sie verfolgt, als Auszeichnung ihrer Arbeit nehmen und als Zeichen dafür, dass sie das Erdoğan-Regime an einer Stelle trifft, wo es weh tut: bei der Korruption.

Journalistin zu sein, das schreibt Ocak an die taz, war ihr „Kindheitstraum“ – und sie hat ihn zielstrebig verfolgt. Bereits als Journalismusstudentin an der Istanbuler Universität schrieb sie für türkische Medien. Kurz danach begannen die Demonstrationen rund um den Gezi Park, der teils einem Bauprojekt weichen sollte. Die Proteste weiteten sich zu einer grundsätzlichen Kritik an der Erdoğan-Regierung aus – und es klingt so, als hätte diese Erfahrung mit dafür gesorgt, dass sich Hazal Ocak auf die Themen Umwelt, Stadtentwicklung und Klima spezialisiert hat.

Für ihre Recherchen, die unter anderem auch in der taz erschienen, wurde sie als beste Nachwuchsjournalistin und mit dem hoch angesehenen Sedat-Simavi-Preis des türkischen Journalistenverbandes ausgezeichnet. Doch ihre Arbeit und die ihrer Kolleg:innen sei „zunehmend schwierig“, schreibt Ocak. In einem Text schrieb sie darüber, dass Fahrettin Altun, der Kommunikationschef des Präsidenten, in einem geschützten Gebiet des Bosphorus illegal einen Pavillon errichtet hat; das Gelände wiederum pachtete er günstig von der Direktion, die das Gebiet verwaltet. Nach Erscheinen des Textes reichte Altun Klage gegen Ocak und weitere Mitglieder der Redaktion ein mit der Begründung, seine Adresse werde im Text genannt und er somit potenziell Ziel eines Terroranschlags.

Ocak schreckte nicht davor zurück, das familiäre Umfeld von Erdoğan anzugehen

Tatsächlich, so schreibt Ocak, werde Altuns Adresse in dem Text nicht genannt, zudem gehöre er als Pressechef nicht zu dem Personenkreis, der mit Terrorabwehr beschäftigt sei. Das Gericht sprach sie frei – doch Altun legte Berufung dagegen ein. Nun drohen Ocak erneut bis zu 14 Jahre Haft, sollte sie verurteilt werden.

Ocak schreckt nicht davor zurück, auch das familiäre Umfeld von Präsident Erdoğan anzugehen: So schrieb sie über dessen Schwiegersohn und früheren Minister, Berat Albayrak, der sich mit Land auf der Route des von Umweltschützer:innen kritisierten Istanbul-Kanals bereicherte. Auch Albayrak ist nach einem Freispruch für Ocak in Berufung gegangen.

In Hamburg will sie ein Buch darüber schreiben, wie sie die Prozesse erlebt hat – eines in Alltagssprache. „Ich weiß nicht, welchen Druck ich erleben werde, wenn es veröffentlicht ist“, schreibt sie dazu. Es nicht zu veröffentlichen, davon ist nicht die Rede. Und weil Hazal Ocak ein Mensch mit viel Energie ist, hat sie noch ein Ziel für die Zeit in Hamburg: Deutsch lernen und zwar richtig gut. Unterricht hatte sie schon in der Türkei und den will sie nun fortsetzen.

Friederike Gräff

Rassistische Gesänge vorm Kadi

Nach dem Singen eines rechtsradikalen Texts zu einem Partyhit wurden Strafverfahren eingeleitet

Wegen des Singens eines rassistischen Texts zum Partylied „L'amour toujours“ von Gigi D'Agostino hat die Staatsanwaltschaft Oldenburg zwei Jugendliche wegen Volksverhetzung angeklagt. Die beiden sollen am 20. Mai auf dem Schützenfest in Löningen-Bunnen (Landkreis Cloppenburg) auf die Melodie des Liedes die Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ skandiert haben, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft mitteilte.

Gegen drei weitere Beschuldigte stellte die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren

ein, weil ihnen nicht mit der für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden konnte, dass sie ebenfalls volksverhetzende Parolen gerufen hatten, wie es hieß.

Der Fall wurde öffentlich bekannt, weil Ausschnitte des Gesangs in einem Video aufgenommen und über soziale Medien verbreitet wurden. Die Berichterstattung darüber fand bundesweite Beachtung. Zeugen zeigten den Vorfall bei der Polizei an.

Mehrere Mitglieder, die in Verdacht stehen, das Lied ge-

sungen zu haben, traten danach aus dem Schützenverein aus, um weiteren Schaden von dem Verein abzuwenden. Der Vereinsvorstand hatte sich von den Gesängen distanziert und eine Aufarbeitung angekündigt.

In der Folge wurden viele Strafverfahren wegen des Singens dieser rassistischen Parolen bei Partys und Volksfesten

Mehrere mutmaßliche Sänger traten aus dem Verein aus

in Niedersachsen und Bremen eingeleitet. Das Landeskriminalamt Niedersachsen zählte allein bis Ende Mai 28 Fälle. Erstmals hatte ein entsprechender Vorfall auf der Nordseeinsel Sylt für bundesweite Empörung gesorgt.

Die beiden Angeklagten im aktuellen Fall müssen sich nun vor dem Jugendrichter des Amtsgerichts Cloppenburg verantworten, sofern das Gericht die Anklage zulässt und das Hauptverfahren eröffnet wird. Verhandlungen gegen Jugendliche finden in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. (dpa)

Wird von
Vetretern der
Erdoğan-
Regierung mit
Klagen
überzogen:
Hazal Ocak
Foto: privat



das wird

„Verbeugung vor den Klängen des Regenwalds“

In Europa kennen nur Spezialisten die peruanische Cumbia-Band Los Mirlos. Ein rares Konzert in Hamburg bietet die Chance, das zu ändern

Von **Knut Henkel**

Bunte Schlaghosen, leuchtende, bunte Hemden und die langen Ketten, meist dicken Samen, im Regenwald gesammelt: An den Markenzeichen von Los Mirlos hat sich auch knapp 50 Jahre nach ihrer Gründung im peruanischen Moyobamba nicht wesentlich geändert. Die Band, deren Cumbia psychedelisch verzerrten jaulende Gitarren den ganz besonderen Drive verleihen, ist in Lateinamerika tatsächlich schon seit Dekaden unterwegs: Los Mirlos – deutsch: die Amseln – kommen her.

Mit dabei ist von Anfang an Jorge Rodríguez Grándes. „Unser Sound ist eine Verbeugung vor den Klängen des Regenwaldes, an dessen Rand wir aufgewachsen sind“, erklärt er mit reichlich Understatement. Der inzwischen Anfang-70-Jährige war es, der Los Mirlos die Gitarren verpasste und damit für eine kleine Revolution innerhalb der Cumbia sorgte.

Die Wiege des Genres steht in Kolumbien, an der Karibikküste. Die Cumbia schwappte in den 1940er-Jahren in die Nachbarländer und eroberte von dort aus die Tanzpaläste des ganzen Kontinents – mit dem Akkordeon als Leit-Instrument. Das änderte sich im Hause Rodríguez' in der Provinzstadt Moyobamba: Hier traf sich der musikalische Nachwuchs, um den musikbegeisterten Vätern nachzueifern. „Mein Vater hatte ein Akkordeon, das wir anfangs benutzen“, erzählt Jorge Rodríguez Grándes. „Doch mir und den chicos gefiel auch die US-amerikanische Rockmusik und so das griffen wir zu den Gitarren.“

Die kamen aber von Anfang an mit psychedelischen Wah-Wah-Effekten zum Einsatz – die Geburtsstunde einer neuen Cumbia-Variante, der Cumbia amazónica. Wimmernde Gitarren also, Vogelgezwitscher und Videoclips, in denen Tukane pizzagroße, rotierende Pupillen haben und Fliegenpilze swingen: Dafür wurde die Band bekannt. Und für ihre schrillen Klammotten.

Familienband mit Strahlkraft

Längst haben Bandleader Jorge Rodríguez und Gitarrist Danny Johnson der Amazonasregion den Rücken kehren und sind nach San Martín de Porras/Lima gezogen, alle Fäden in Händen: Der Sohn des Bandleaders ist für die Arrangements verantwortlich und spielt Gitarre. Er kümmert sich aber auch um die Tourpläne der Kapelle, die in der Region nach wie vor gefragt ist – in Europa aber beinahe ausschließlich spezialisierten DJs bekannt.

Das könnte sich ändern, nachdem vor zwei Jahren die ihrerseits psychedelisch schepfernde Band-Doku „La Danza de los Mirlos“ entstand, die nun auch an den östlichen Ufern des Atlantiks angekommen ist: In ein paar Programm-Kinos, darunter dem Berliner Babylon, ist sie zu sehen gewesen zum Auftakt der Tournee von Los Mirlos durch Frankreich und Deutschland.

Über neue, europäische Fans würden sich Cumbia-Pionier Jorge Rodríguez Grándes und seine familiär geprägte Kultband freuen. Wenn die nun im Hamburger Knust auftritt, dürfte sie ihre Hymne „La Danza de los Mirlos“ genauso spielen wie ganz frische Kompositionen: Für das Programm ist längst Sohn Jorge Luis zuständig, der auch schon manche musikalische Kooperation auf den Weg gebracht. Die nächste könnte anstehen mit Rodrigo Gallardo: Mit dem chilenischen Electro-Folk-Pionier teilen Los Mirlos heute die Bühne.

der sahnescnitten-in-schutzanzügen-glamour

Schweißperlen auf straffer Brustmuskulatur, Sahnescnitten-Dudes in Schutzanzügen: Was die Feuerwehr kann, können wir schon lange, werden sie sich bei der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gedacht haben bei ihrem Wandkalender. Der trägt den, zugegeben, waffenscheinpflichtigen Namen „... wir kommen 2025“, höhö. Ah, stopp: Auf den Fotos sind gar keine horny Lebensretter zu sehen, sondern – Schiffe. Verkaufspreis 29,95 Euro.

Konzert

Los Mirlos und Rodrigo Gallardo:
Do, 18. 7.,
21 Uhr, Knust,
Hamburg



Einer, auf den sich die Bundeswehr gern beruft: Stauffenberg-Foto wacht über Festakt im Berliner Bendlerblock Foto: Jörg Carstensen/dpa

„Eine Verengung auf den militärischen Teil“

Vor 80 Jahren scheiterte das Hitler-Attentat der Offiziere um Stauffenberg. Das Gedenken blendet bis heute die zivilen Unterstützer aus. Warum, erklärt die Autorin Ruth Hoffmann

Interview **Petra Schellen**

taz: Frau Hoffmann, war das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wirklich die Tat weniger?

Ruth Hoffmann: Nein, im Gegenteil. Hinter dem Hauptakteur, Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, stand ein breites Bündnis. Rund 200 Menschen waren an der konkreten Vorbereitung beteiligt, zum weiteren Netzwerk zählten mehrere Tausend. Da das Attentat einen Umsturz einleiten sollte, standen Zivilisten in ganz Deutschland parat, um Posten in Politik und Verwaltung zu übernehmen.

Seit wann wurde der Umsturz vorbereitet?

Das Attentat war der Endpunkt einer Entwicklung über viele Jahre. 1938 gab es erste Vorbereitungen für einen Staatsstreich, aber bis zum 20. Juli 1944 haben die Beteiligten gewechselt – weil Leute der Mut verließ, weil sie verhaftet oder an die Front gerufen wurden. Stauffenberg selbst stieß erst im Herbst 1943 dazu. Bis dahin war er überzeugter Nazi gewesen. Vor ihm war Henning von Tresckow die treibende Kraft, der seit 1939 nach Wegen suchte, Hitler zu töten. Andere, wie der Sozialdemokrat Julius Leber, der 1944 dabei war, waren gleich 1933 für mehrere Jahre im KZ.

Aus welchen politischen Milieus kamen die Unterstützer?

Aus allen. Da waren Berufsoffiziere wie Stauffenberg oder Tresckow, der bürgerlich geprägte Kreisauer Kreis um Helmut James von Moltke, aber auch Arbeiter, Sozialdemokraten und Gewerkschafter wie Wilhelm Leuschner. Zudem Christen beider Konfessionen und Nationalkonservative wie Carl Goerdeler. Im Juni 1944 hatten Verschwörer um Stauffenberg sogar zum kommunistischen Untergrund Kontakt aufgenommen, weil man für den Umsturz die breite Unterstützung der Bevölkerung brauchte. Das ist das Besondere am 20. Juli: dass Menschen über große soziale und

weltanschauliche Gräben hinweg kooperierten. Leider hat sich die Rezeption des 20. Juli auf den konservativ-militärischen Teil verengt. Damit geben wir die schönste Botschaft dieses Tages aus der Hand.

Warum verübten junge Offiziere das Attentat – und nicht die Generäle?

Die Verschwörer haben bis zuletzt um die Unterstützung der Generäle gekämpft, aber die haben sich auf ihren Eid zurückgezogen und weiter Krieg geführt, obwohl die militärische Aussichtslosigkeit spätestens 1942 offensichtlich war – und die Verbrechen sowieso. Das ist unverzeihlich. Dass es den Widerständlern nicht gelang, die Generäle für den Staatsstreich zu gewinnen, ist ein wesentlicher Grund für das Scheitern des 20. Juli. Als Befehlshaber hätten die Generäle maßgeblich etwas bewirken können, etwa, indem sie ihre Truppen oder Teile davon in den Dienst des Umsturzversuchs gestellt hätten.

Nach dem gescheiterten Attentat feierte das Volk Hitler.

Ja. Der Historiker Hans Mommsen hat den deutschen Widerstand als „Widerstand ohne Volk“ bezeichnet. Tatsächlich hielt die Mehrheit Hitler bis zuletzt die Treue. Auch wenn wir von mehreren Tausend im Verschwörer-Netzwerk sprechen, war das gegenüber 65 Millionen Deutschen eine Minderheit. Im ganzen Land gab es freiwillige Solidaritätsbekundungen für den „Führer“, der angeblich „durch die Vorsehung geschützt“ sei.

Wie lange galten die Verschwörer als „Verräter“?

Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer erreichte 1952 die Verurteilung des früheren Wehrmachtsoffiziers Otto Ernst Remer, der als Zugpferd der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) Wahlkampf mit der Verunglimpfung der Widerständler des 20. Juli betrieb. Damit gelang Bauer die juristische Rehabilitierung der Verschwörer.

Erstmals sagte ein deutsches Gericht: Das NS-Regime war ein Unrechtsstaat, und dagegen war Widerstand geboten. In großen Teilen der Bevölkerung hielt sich der Verratsvorwurf aber bis in die 1970er-Jahre. Und die Urteile des „Volksgerichtshofs“ wurden erst 1998 offiziell aufgehoben, die der Militärjustiz wegen „Kriegsverrats“ erst 2009.

Wann setzte die Heroisierung der Attentäter ein?

Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) hat gegenüber den Alliierten früh auf sie verwiesen. Zugleich sorgte die Regierung mit Zustimmung des Bundestags dafür, dass NS-Beamte und -Richter wieder auf ihre Posten kamen. Der Erste, der die Attentäter auf großer Bühne würdigte, war 1954 Bundespräsident Theodor Heuss (FDP). Danach haben sich Gedenkfeiern eingebürgert, die aber vor allem auf den militärischen Teil der Verschwörung fokussiert waren.

Warum diese Verengung?

Hier hat die Gründung der Bundeswehr eine wichtige Rolle gespielt. Für sie sollte der 20. Juli zum einen die Existenzberechtigung liefern, zum anderen traditionsstiftend sein. Denn das Personal speiste sich überwiegend aus der alten Hitler-Armee. Adenauer hat darum schon 1950 Männer aus dem Umkreis des 20. Juli mit der Vorbereitung der Wiederbewaffnung beauftragt. Und das, obwohl er ansonsten kein Wort zum Widerstand verlor.

Wie kam es zur starken Militärpräsenz bei den Gedenkfeiern?

Für die allmähliche Verankerung eines positiven Bildes vom 20. Juli hat der Traditionsbezug der Bundeswehr eine wichtige Rolle gespielt. Insofern sehe ich ihre Präsenz auch bei den Gedenkfeiern nicht nur kritisch. Problematisch finde ich aber, dass der zivile Teil der Verschwörung dabei schon rein optisch ins Hintertreffen gerät.

Warum ist so wenig bekannt, dass auch Kommunisten in die sonst so adelig ge-

prägte Verschwörung einbezogen werden sollten?

Das ist ein Ergebnis des Ost-West-Konflikts: In der BRD wurde der kommunistische Widerstand auch deswegen abgewertet, um sich gegen die DDR abzugrenzen. Denn dort galt der kommunistische Widerstand als der einzig wahre – und der 20. Juli als Aufstand reaktionärer Offiziere.

Und darunter litt auch der sozialdemokratische Anteil am 20. Juli?

Die ersten 20 Jahre konservativer Regierung nach dem Krieg haben entscheidende Weichen gestellt. Der Emigrant Willy Brandt (SPD) wurde von der CDU als „vaterlandsloser Geselle“ diffamiert, wie alle Exilanten. Diese Abwertung des linken Widerstands und das konservative Narrativ halten sich bis heute.

Fazit: Inwiefern ist der 20. Juli ein „deutsches Alibi“?

Insofern, als er sich von unterschiedlichen politischen Gruppierungen und der deutschen Bevölkerung insgesamt instrumentalisiert lässt. Vor einigen Jahren ergab eine Umfrage, dass fast jeder dritte Deutsche glaubt, seine Vorfahren hätten Widerstand geleistet. Das zeigt, wie stark sich das Entlastungsnarrativ durchgesetzt hat.



Foto: Valeria Achenbach

Ruth Hoffmann

*1973, hat Ethnologie, Geschichte und Politik studiert, ist Absolventin der Henri-Nannen-Schule und seit 2006 freie Journalistin. Sie lebt in Hamburg.

„Das deutsche Alibi. Mythos ‚Stauffenberg-Attentat‘ – wie der 20. Juli 1944 verkündet und politisch instrumentalisiert wird“. Goldmann, München 2024, 400 S., 24 Euro; E-Book 17,99 Euro